

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonellzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Verwandten die 10gep. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Restamezeile 2 Mt. Inzerate v. ausw.: die 10gep. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg., Restamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Bund der Diktatoren

Ein Interview Mussolinis für Revision der ungarischen Grenze

U London, 28. März.

Die Daily Mail veröffentlicht ein Interview ihres Besitzers Lord Rothermere mit Mussolini. Lord Rothermere bezeichnet als größtes Verdienst Mussolinis seinen Kampf gegen den Bolschewismus, durch den er diesen von Westeuropa ferngehalten habe. Mussolini werde vielleicht einmal in der Geschichte des 20. Jahrhunderts einen Namen haben, wie Napoleon in der des 19. Jahrhunderts. Im Verlauf des Interviews hätte Mussolini erklärt, daß er den Frieden wünsche. Italien hätte noch einen schweren Kampf für seine wirtschaftliche Entwicklung vor sich. Verhandlungen mit dem Ausland seien für Italien untragbar. Er hätte Beweise für seine pazifistischen Absichten gegeben, indem er mit Jugoslawien, dem früheren Rivalen Italiens, einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hätte. Selbst wenn Jugoslawien den Vertrag nicht ratifizierte, würden, da beide Länder Mitglieder des Völkerbundes seien, ausreichende Mittel für die Behandlung eines Konfliktes bestehen, wenn ein solcher vorhanden sein sollte. Mussolini wies mit Genugtuung auf den Freundschaftsvertrag Italiens mit Ungarn hin und erklärte, die Durchführung der Friedensverträge müsse gesichert werden, aber dieses Prinzip schließe eine Modifizierung der Einzelheiten nicht aus, wenn eine sorgfältige Prüfung sie erwünscht erscheinen lasse. Noch nie hätte sich ein Vertrag als unabänderlich erwiesen. Mussolini unterschied jedoch zwischen den ungarischen Grenzen, wie sie durch den Trianon-Vertrag festgelegt wurden und der Grenze, die Oesterreich von Italien trenne.

Er erklärte, Ungarn könne nicht wie Italien eine geographische Grenze haben, aber es sollte eine rassenmäßige Grenze zugestanden erhalten. Der Brennerpaß, der die Grenze des neuen Italiens bildet, wäre die natürliche geographische Grenze und als solche eine Garantie für den internationalen Frieden. Der italienische Patriot Mazzini, ein entschiedener Vertreter des Prinzips der Rassenreinheit, hätte stets erklärt, daß der Brenner die natürliche Grenze für die italienische Ausdehnung darstelle. Die Tatsache, daß etwa 2000 Angehörige der österreichischen Rasse auf der italienischen Seite der Grenze lebten, könnte nicht die Sicherheit und die Einheit einer Nation von 40 Millionen beeinträchtigen. Die wegen der Italienisierung dieser österreichischen Bewohner vorgebrachten Beschuldigungen wären unbegründet. Die österreichischen Bewohner Südtirols wären italienische Untertanen mit denselben Rechten, wie die gesamte übrige italienische Bevölkerung. Mussolini hätte zum Schluß auf das außerordentlich starke Anwachsen der italienischen Bevölkerung hingewiesen und erklärt, Italien wäre gezwungen, in seinen nordafrikanischen Kolonien Tripolis und der Cyrenaika ein großzügiges Kolonisierungswerk durchzuführen.

SPD Paris, 29. März. (Radio.)

Die Erklärungen Mussolinis, daß Ungarn auf Grund des Nationalitätenprinzips Anspruch auf Revision seiner Grenzen habe, haben in der Pariser Presse einen ungeheuren Entrüstungssturm hervorgerufen. Man protestiert dagegen, daß Mussolini, der erst Albanien unterjocht hat, das Nationalitätenprinzip im Munde zu führen wage und noch dazu zugunsten Ungarns, das sich durch länderliche Vertragsverletzungen jedes Entgegenkommen verweigert habe. Der offiziöse Petit Parisien erklärt, daß Mussolini sich nur aus Feindschaft mit Jugoslawien zu derartigen Erklärungen habe hinreißen lassen, denn mit der Tschechoslowakei pflege er die besten Beziehungen und Rumänien habe er sogar die Unverletzlichkeit seiner Grenzen garantiert. Er habe sich aber einer zweischneidigen Waffe bedient, um Ungarn zu Hilfe zu kommen, denn er habe nun jedes Recht zu einer Opposition gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland oder gegen eine Revision der Brenner Grenze verwirkt. Besonders bemerkenswert ist, daß das Echo de Paris, das sich sonst sehr faschistenfreundlich geäußert hat, eine scharfe Erklärung der französischen Regierung verlangt, in der die Revisionsanträge Mussolinis rundweg abgelehnt werden müßten. (Selbstverständlich entspringt dieser ganze Entrüstungssturm nicht nur einer gegnerischen Einstellung zum faschistischen System, sondern die Angst, daß das enge Verhältnis Mussolini-Belgien die südeuropäischen Interessen der französischen Außenpolitik fördern könnte. Red.)

Mussolini und der Papst

Auflösung der katholischen Jugendverbände

Eine Veranstaltung der faschistischen Nationalkatholiken Italiens hatte den Zorn des Papstes gefunden, weil die Nationalkatholiken ihm nicht die gleiche Ehrerbietung wie dem Duce zuteil werden ließen. Der Papst hatte daraufhin am Montag vor den Vertretern katholischer Organisationen eine Rede gehalten, die sich gegen die Eingriffe des faschistischen Staates in seine Kompetenzen in der Jugenderschulung, Religionsfragen ufm. wendete. Mussolini hat diese Rede, wie die folgende Meldung mitteilt, mit der Auflösung der katholischen Jugendverbände beantwortet. Bisher haben sich Papst und Duce immer ganz gut vertragen, so daß vor einiger Zeit bereits die Frage einer Wiederherstellung der kirchenstaatlichen

Autorität des Papstes diskutierfähig wurde. Die Diskussion scheint jedoch inzwischen nicht weitergekommen zu sein, und wahrscheinlich ist dies nicht der letzte Anstand, der bei dem Konflikt zwischen Mussolini und dem Papst mitspielt. Daneben fällt natürlich noch eine ganze Reihe anderer Gründe ins Gewicht, die im Hinblick auf den universalen Charakter der obersten katholischen Instanzen die Wahrung der geistlichen Autorität des Papstes betreffen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser Konflikt zu größeren Auseinandersetzungen führen und eine Veränderung der bisherigen päpstlichen Einstellung zum Faschismus bringen werden.

SPD Berlin, 29. März. (Radio.)

In Erwiderung auf die Papstrede vom letzten Sonntag hat Mussolini am Mittwoch das Verbot aller katholischen Jugendverbände angeordnet. Dazu führte der Diktator im Verlauf des gestrigen Ministerrats nach der Volksischen Zeitung u. a. aus: „Die faschistische Revolution erblickt in der totalitären und allseitigen Erziehung und Vorbereitung des Italiens eine der grundlegenden Aufgaben des Staates. Wenn der Staat diese Aufgabe nicht lösen oder auch nur eine Diskussion darüber zulassen wollte, würde er damit nicht mehr und nicht weniger als seine Existenzberechtigung aufs Spiel setzen. Angesichts der Aufstellung der staatlichen Organisationen der Knaben und der Jungmänner verlieren die den anderen Jugendorganisationen bisher eingeräumten Ausnahmen jeden Tag mehr an Berechtigung, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, das bestehende Gesetz entsprechend den intransigenten und integralen Zielen des Faschismus zu revidieren.“

Die katholischen Jugendverbände bejahen bisher neben den faschistischen Organisationen noch eine gewisse Bewegungsfreiheit. Sie werden sich jetzt nach den Anordnungen Mussolinis dazu entschließen müssen, in den faschistischen Verbänden aufzugehen. Die seit Jahren bestehende Spannung zwischen Diktator und Vatikan wird damit um einen erheblichen Prozentsatz vergrößert.

Moskau rüstet zum Königsempfang

SPD Riga, 29. März. (Radio.)

Die Sowjetregierung ist zur Zeit eifrig mit den Vorbereitungen für den Empfang des Königs von Afghanistan, Amanullah, beschäftigt. Wie die deutsche Bürgerkinderregierung, so werden auch die Bolschewisten dem Emir aus dem Wogenlande ein Palais zur Verfügung stellen. Die Gesellschaft für proletarische Kultur, die zur Zeit in diesem Palais wohnt, wird für die Dauer der Anwesenheit Amanullahs ausquartiert werden. Die militärischen Ehren sollen dem Afghanenkönig durch mehrere Regimenter erwiesen werden.

Der Unfehlbare

Mussolini verbot die Verbreitung der Papstrede gegen die faschistische Jugendbewegung.



Mussolini: „Heiliger Vater, deine Worte sind zwar unfehlbar, aber mein Mittel dagegen ist auch unfehlbar!“

Riß im Stahlkartell

Die Gründung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft ist von vielen als eine Zeitenwende begrüßt worden. Viele wähten, das Zeitalter des ewigen Friedens sei angebrochen, wenn die Herren über Stahl und Eisen zu friedlichem Zusammengehen einander die Hände reichten, anstatt Helatomben von menschlicher und materieller Kraft im Kampfe um den Weltabsatz zu vergeuden. Die so hoch gespannten Erwartungen sahen sich sehr bald enttäuscht. Es zeigte sich, daß unter der trügerischen Dede des Kartellvertrags der Konkurrenzkampf weiterging, daß das Kartell also nur eine Fortsetzung des Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln ist. Von vornherein hatte man auf eine Festsetzung der Verkaufspreise verzichtet und sich mit einer Produktionseinschränkungsvereinbarung begnügt. Aber nicht einmal diese wurde wirklich durchgeführt, denn man erlaubte den Kartellmitgliedern die ihnen zugewiesene Produktionsmenge zu überschreiten, nur mußten sie die Überschreitung durch eine Strafzahlung abhüften, während die, die ihr Kontingent nicht erreichten, eine Vergütung als Belohnung bekamen. Die Vertragstheoretiker haben sich verpflichtet, einander auf den heimischen Märkten nicht ins Gehege zu kommen, also einander die Inlandsmärkte zu hemmungsloser Ausbeutung zu überlassen. Auf den Binnenmärkten hört der Konkurrenzkampf auf, zwar nicht überhaupt, aber doch unter den Kartellpartnern; auf den Außenmärkten wütet er desto heftiger, weil hier keine wirksame gegenseitige Bindung, weder in der Höhe der Preise noch der Produktion, besteht und weil die gegenseitige Preisunterbietung mit den aus der Ausnutzung des wechselseitig garantierten Inlandsmonopols stammenden Ueberprofiten finanziert werden kann. In Deutschland hatte man sich als bedeutendstes Ergebnis der Kartellvereinbarung die Annäherung der niedrigen Auslands- an die damals schon höheren Inlandspreise versprochen. Da jedoch die gegenseitige Unterbietung nicht aufhörte, ließen die Auslandspreise nicht, sondern sanken; die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreisen wurde nicht kleiner, sondern größer.

Der Bergarbeiterstreik in England und die Nationalisierung erlaubten der deutschen Schwerindustrie, von dem Recht zur Ueberfreisetzung ihres Produktionskontingents ausgiebig Gebrauch zu machen. Die vollkommene Verfügung über das Inlandsmonopol, ihre straffe Organisation und die gewaltige Senkung der Lohnquote durch Rationalisierung, also die Erhöhung zugleich der Profitrate wie der Produktivität, erlauben ihr, die französische Schwerindustrie an ihrem Profit teilnehmen zu lassen, als Belohnung dafür, daß sie ihren Produktionsapparat, anstatt ihn voll auszunutzen, teilweise brachliegen läßt. Solange der Eisenpakt besteht, ist die Erzeugungsfähigkeit der französischen Eisenindustrie niemals voll verwertet worden. Das hat die französischen Eisen- und Stahlmagnaten nicht gehindert, die von der deutschen Kartellpartnerin gezahlte Entschädigung zum Ausbau und zur Modernisierung ihrer Werke zu verwenden. Die streng nationalen Inhaber des schwerindustriellen Monopols in Deutschland spielen sich, besonders wenn Lohnerdhöhungen und Arbeitszeiterbesserungen bevorstehen, als treue Bewahrer der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf. Wir sehen, wie sie kraft ihrer staatlich gesicherten Monopolgewalt die deutschen Verbraucher und Arbeiter zwingen, ihnen zu frohnden, auf daß nicht nur ihre eigene Konkurrenzfähigkeit, sondern auch die ihres französischen Konkurrenten gesteigert werde. Denn die an sie abgeführten Entschädigungsgelder bedeuten nichts anderes, als daß das deutsche Montanapital dem französischen die Mittel zur Finanzierung einer Expansionspolitik gratis und franco liefert.

Für die deutsche Schwerindustrie ist der Kartellvertrag dadurch nicht schmachhafter geworden, daß die Entschädigungszahlungen für Kontingentsüberschreitung höher und gleichzeitig die Auslandspreise niedriger wurden. Vor etwa Jahresfrist hat einer der Großen im Reiche der rheinisch-westfälischen Montanindustrie, der Generaldirektor Reusch von der Gutehoffnungshütte, mit dem Austritt aus dem Kartell gedroht. Es sollte eine bloße, an die Adresse der Kartellpartner gerichtete Drohung sein, deren Verwirklichung sicherlich niemals ernsthaft in Erwägung gezogen worden ist, weil der deutschen Schwerindustrie kein Preis hoch genug ist, mit dem sie sich die Erhaltung ihres Inlandsmonopols erkaufen kann. Immerhin waren die Franzosen und Belgier den Deutschen infolgedessen entgegengekommen, als sie eine Erleichterung der ihnen aus dem Kartellvertrag erwachsenden Lasten eintreten ließen. Die Entschädigung für Ueberfreisetzung wurde von 4 auf 1 Dollar für die Tonne herabgesetzt und ein Teil des Exportes von der Entschädigungsleistung befreit. Damit wurden die Lücken des Kartells nur geflickt, aber nicht beseitigt, denn die Konkurrenz unter den Kartellpartnern auf den besetzten Gebieten wurde damit nicht ausgeschaltet. Das ist nur möglich durch Bildung gemeinsamer Verkaufsorgani-

fationen und ferner durch Einbeziehung der polnischen Schwerindustrie in das Kartell, das die Bezeichnung Internationale Rohstahlgemeinschaft eigentlich zu Unrecht führt; sie ist vorläufig keine Gemeinschaft, noch weniger ist sie international, denn vorläufig gehören ihr nur die Länder Kontinentaleuropas an, und auch diese nicht vollständig. Polen ist bis jetzt noch nicht beigetreten, weil man ihm die geforderte Beteiligungsquote nicht zugestehen will.

II.

In langen Verhandlungen, die in den letzten Wochen in Paris stattgefunden hatten, hat man sich ausgiebig mit der Frage der Bildung von Verkaufsunterverbänden für die einzelnen Warengruppen und der Einbeziehung Polens beschäftigt. Auf beiden Gebieten wurde, wie die Kölnische Zeitung berichtet, „so gut wie nichts erreicht“. Man kann schon sagen: überhaupt nichts. Das geringe tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen ist lediglich Flidwerk. Den zentral-europäischen Mitgliedern (Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien) wurde eine Herabsetzung der Strafzahlungen bei Ueberschreitung und den deutschen eine Erhöhung der Straffreie Exportquote um 50 000 Tonnen auf 150 000 Tonnen monatlich zugestanden.

Bei der französischen und belgischen Schwerindustrie spielt die Ausfuhr eine verhältnismäßig größere Rolle als bei der deutschen. Man sollte also meinen, daß sie das größte Interesse haben, der gegenseitigen Preisunterbietung einen Riegel vorzuschleiden. Gerade von der belgischen Schwerindustrie sind indes der Bildung von Verkaufsorganismen die größten Schwierigkeiten bereitet worden. Ohne Eingreifen des Kartells, sondern ganz selbsttätig durch die Besserung der Eisenkonjunktur ist die bisher nach unten gerichtete Preiscurve für Auslandsware in der letzten Zeit nach oben gegangen. Diese veränderte Lage voll auszunutzen, sind gerade die Länder interessiert, die am meisten auf Ausfuhr angewiesen sind, also Belgien und Frankreich. Frankreich hat in zweifacher Hinsicht sich inzwischen bemüht, dem deutschen Beispiel nachzueifern. Es hat in der Kartellierung seiner heimischen Industrie wesentliche Fortschritte gemacht. Es gibt jetzt, wie das Magazin der Wirtschaft mitteilt, neben dem Kohleisen-, dem Schienen- und Walzdrahtverband auch für Halbzeug und Formeisen Inlandsyndikate. Ueber die Syndizierung von Stabeisen und Blechen sollen schon vor längerer Zeit Verhandlungen gepflogen worden sein. Die französische Schwerindustrie ist, aber nicht nur organisatorisch, sondern auch fabrikatorisch für den Kampf um den Absatz besser gerüstet als vordem, dank der Finanzierung durch die deutschen Entschädigungszahlungen. So kommt es, daß ein Rollenwechsel eingetreten ist. Vor noch nicht allzu langer Zeit war es die deutsche, jetzt ist es die französische Schwerindustrie, die mit der Kündigung des Kartellvertrages droht. Nach der Kölnischen Zeitung tauchen in Frankreich Gerüchte auf, „wonach man mit der angeblich bevorzugten Stellung der deutschen Werke innerhalb der Gemeinschaft in Frankreich unzufrieden ist und sie zum Vorwand für eine Kündigung der Vereinigung nehmen will“. Die Kölnische Zeitung urteilt über die tieferen Gründe dieses Stimmungsumschwungs wie folgt:

„Wenn jetzt die Stimmung umgeschlagen und in Frankreich der unmittelbare Wunsch nach Aufhebung der innerhalb der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft vereinbarten vertraglichen Bestimmungen vorhanden sein sollte, so müßten dafür tiefere Gründe vorliegen. Die sind vielleicht darin zu suchen, daß die Franzosen die Befürchtung hegen, ganz vom internationalen Markt zurückgedrängt zu werden, weil sich für die deutsche Stahlindustrie die Notwendigkeit ergibt, ihren Absatz stärker in den Weltmarkt hineinzuschieben.“

Man sieht bereits die Gefahr einer Auflösung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft“ heraufziziehen. Das ist zum mindesten übertrieben. Im Schacher der Kapitalisten untereinander kommt der meist nicht weit, der seine wahren Absichten zu erkennen gibt. Wie im Falle Reusch handelt es sich auch hier um eine bloße Drohung, die als Waffe im Kampfe um die Quote benützt wird, der also unter der Decke der gemeinsamen Organisation weitergeht und immer weiter gehen muß, und zwar um so mehr, je besser das Kartell funktioniert. Denn je wirksamer es seinen Zweck, die Profitrate zu erhöhen, erfüllt, um so mehr muß auch die Profitmasse und mit ihr die zur Betriebsausdehnung bereiten finanziellen Mittel wachsen. Mit der Ausdehnung der Betriebsanlagen wächst der Zwang zur Ausdehnung des Absatzes, der also nicht aufhört, auch wenn das internationale Stahlkartell bestehen bleibt und der Kampf um die Quote zu einer vorläufigen Verständigung führt. Auch dann wird der Kampf mit ökonomischen und militärischen Waffen nicht aufhören, denn er wird endgültig nicht durch die Scheinsolidarität des internationalen Kapitals, sondern durch die wirkliche Solidarität des internationalen Proletariats beendet.

Vor dem Abschluß des Barmatprozesses

Urteilsverkündung am Freitag

II Berlin, 28. März.

In der heutigen Sitzung des Schöffengerichtes, das sich mit dem Barmatprozess beschäftigt, wurde dem Hauptangeklagten Julius Barmat das Schlusswort erteilt. In außerordentlich temperamentvoller Ausföhrung erklärte der Angeklagte, nachdem er auf die Zusammenhänge hingewiesen hatte, die ihn in das deutsche Geschäft brachten, daß ihm nur durch völligen Freispruch und Aufhebung des Haftbefehls Gerechtigkeit widerfahren könne. Barmat führte weiter u. a. aus, im Kampf der Staatsanwaltschaft gegen ihn handele es sich um einen Prestigekampf. Es müsse jemand verurteilt werden, und da solle gerade er als Diktator und Sozialdemokrat daran glauben. — Nach dem Schlusswort wurde die Verhandlung auf Freitag 10 Uhr zur Urteilsverkündung vertagt.

Senatsbildung in Hamburg und Bremen

SPD Berlin, 29. März (Radio).

In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft wurde das für die Senatsbildung entscheidende verfassungsändernde Senatsgesetz, nach dem die Zahl der Hamburger Senatoren von 15 auf 16 erhöht wird, mit den Stimmen der Koalitionsparteien gegen die deutsch-nationale-kommunistische Agitation angenommen.

Aus Bremen wird gemeldet, daß die Verhandlungen über die Umbildung des Bremer Senats am Mittwoch zu einem Ergebnis geführt haben. Man kann überein, einen Senat von elf Mitgliedern zu bilden, von denen die sozialdemokratische Fraktion fünf Mitglieder und die beiden bürgerlichen Gruppen (Volkspartei und Demokraten) je drei Mitglieder stellen sollen. Für eine Uebertragung bis zum 31. März 1929 soll ein zwölfster Senator einer bürgerlichen Partei im Senat verbleiben.

Wahlvorbereitungen der Bürgerlichen

Die Industriellen kaufen Abgeordnete

SPD München, 29. März (Radio).

Der Bayerische Industriellenverband sammelt seit dem 1. Februar einen Wahlfonds an. Auf der Tagung des Verbandes in München teilte der Geschäftsführer mit, daß von den 2160 Mitgliedern bisher 240 000 Mark Wahlgelder eingegangen sind. Dieses Geld werde zur Unterstützung derjenigen Kandidaten der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf ausgegeben, die für die Interessen der Industrie eingetreten sind und dabei insbesondere „Verständnis für die Erfordernisse einer gesunden nationalen Wirtschaftspolitik“ haben. Es werde nicht zugunsten einzelner Parteien, sondern nur im Interesse der Industrie verwendet.

Es werden also mit Hilfe dieses Fonds Abgeordnete gekauft, die als finanzierte Vertrauensmänner des Industriellenverbandes in das Parlament einzutreten sollen. Es fehlt nur noch die Aufforderung: „Kandidaten, die sich verkaufen wollen, belieben ihre Bewerbungsschreiben einzusenden.“

Der „Wille zur Geschlossenheit“

Um Wirths Kandidatur

Das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, teilt parteiunabhängig u. a. mit:

In einer Besprechung am Mittwochnachmittag, die der Parteivorstand des Reichstages Dr. Marx mit Mitgliedern des Parteivorstandes abhielt, und die sich mit der Vorbereitung der Fragen befaßte, die dem Vorstand und dem Reichsausschuß der Partei am 11. und 12. April beschlußfähig vorgelegt werden sollen, ergab sich völlige Einmütigkeit in dem Willen, den Wahlkampf in größter Geschlossenheit durchzuführen.

Dr. Wirth nahm bei dieser Besprechung Gelegenheit, die Beweggründe darzulegen, die ihn von der Reichstagsfraktion abweichendes Verhalten in den letzten Jahren bestimmt hatten und betonte, daß seine politische Einstellung der Sorge entspringen sei, es möchte die deutsche Demokratie dem Geiste untreu werden, der die Arbeit von Weimar befehle habe.

Die gescheiterte Amnestie

Ein neuer Vorschlag der Sozialdemokratie

Berlin, 28. März.

Am Mittwochnachmittag ist der Rechtsausschuß des Reichstages zu seiner letzten Sitzung zusammengetreten. Sie galt der Beschlußfassung über die Amnestievorlage. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte, wie schon berichtet, die von Vertretern der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen ausgearbeiteten Kompromißvorschläge abgelehnt. Sie wurden damit gegenstandslos. Trotzdem wurden sie von den Kommunisten wieder aufgenommen und der Rechtsausschuß hatte endgültig zu entscheiden. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten inzwischen einen neuen Vorschlag eingereicht, der folgendermaßen lautet:

„Es wird Straferlaß gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verurteilten Straftaten, die von den Gerichten des Reichs und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind.“

Der Straferlaß erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, Sicherungsmassnahmen, rückständige Geldbußen und Kosten. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind vollendete oder verurteilte Tötung und Teilnahme an einer solchen Straftat.

Das Schwergewicht der neuen Fassung lag naturgemäß bei Absatz 3, der sinngemäß auch im ursprünglichen Antrag der Kommunisten enthalten war. Er schließt die Amnestierung der Fememörder und der Arnsdorfer Schießhelden völlig aus; er war also für die Deutschnationalen nicht akzeptabel. Auch die anderen Parteien umrissen nochmals kurz ihre grundsätzliche Haltung zur Frage der Amnestie in dieser Zeit. Volkspartei, Zentrum und die kleineren Splitter lehnten ihre Zustimmung kategorisch ab. Die endgültige Abstimmung ergab dann 15 gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten.

Demzufolge war alles abgelehnt. Die einzige Möglichkeit, zu einem Ergebnis zu gelangen, war nach Lage der Sache das Kompromiß mit den Deutschnationalen, und das wurde von der Fraktion abgelehnt, wobei Richtungsfragen keine Rolle spielten. Man verwies auf die bisherige Behandlung der Fememörderverbrechen in der Arbeiterpresse und auf die Auswirkungen, die die Freilassung dieser Banditen in der Folge mit sich bringen werde. Insbesondere der Fall Arensdorf dürfte schwere Konsequenzen zeitigen. Weniger in den Städten, wohl aber für diejenigen, die die Agitation auf dem Lande betreiben sollen. Was würden ferner die Richter aus dieser schnellen Amnestierung für Schlüsse ziehen?

Wie dem auch sei, die sozialdemokratischen Vertreter haben alles getan, um die proletarischen Opfer der Justizhüter und Gefängnisfreiwerdenden; aber sie haben geglaubt, damit nicht den Fememördern, den Klapproth und Schuß, die Bahnen für neue Blutspenden öffnen zu sollen. Die Sozialdemokratie kämpft unentwegt weiter für die Amnestierung der proletarischen Gefangenen, aber ohne auf die Gnade der Deutschnationalen angewiesen zu sein.

Sowjetregierung und Spezialisten

II Kowno, 29. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlichte der Oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion einen Beschluß, wonach das Gesetz über die Herausziehung ausländischer Spezialisten in Kraft bleibt. Insbesondere interessiert dieser Beschluß im Zusammenhang mit den Donej-Gefangenen, da er besagt, daß die Verträge mit den deutschen Spezialisten automatisch verlängert werden.

Zwischen Brodoff-Rankau und Tschitscherin fand gestern eine neue Besprechung bezüglich der deutschen Verhafteten statt. Bei dem Verhör am Dienstag verlangten die Ingenieure Otto und Meier die sofortige Zusammenkunft mit dem deutschen Konsulatsvertreter in Charkow. Es wurde ihnen erwidert, daß eine solche Zusammenkunft nicht vor dem Abschluß der Unternehmung zustandekommen könne. Bei dieser Gelegenheit wurde ihnen erklärt, daß die Zulassung eines deutschen Verteidigers abgelehnt sei. Es stehe ihnen frei, sich des amtschen Verteidigers zu bedienen. Aus gutunterrichteter Quelle wird mitgeteilt, daß Otto am Dienstag einen Revensford erteilt habe; wenn er weiter im Gefängnis verbleibe, könne sein Gesundheitszustand erheblichen Schaden erleiden.

Es fand eine eingehende Aussprache allgemeiner Art statt, die sich auf Fragen der Deutung des politischen Verantwortungsgedankens des deutschen Staatsbürgers, auf die Betonung und Verlesung des sozialen Charakters der Demokratie, auf den Ausbau unseres Volkstums, auf die geistigen und sittlichen Kräfte des Christentums und schließlich auf die Ziele unserer Außenpolitik bezog. Grundräßliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich dabei nicht.

Der Parteivorstand Dr. Marx, wie auch der derzeitige Führer der Reichstagsfraktion Dr. Stegerwald, stellten mit Genugtuung fest, daß die Verlesung Dr. Wirths, seine weitere politische Wirksamkeit innerhalb der Partei und der Fraktion zu betätigen, die Kampfesfront für die Wahlen völlig geschlossen habe.

Nach einer Mitteilung des Soz. Pressedienstes ist in der Führerbesprechung eine Vereinbarung zustande gekommen, die Aufstellung Dr. Wirths auf die Reichswahlliste des Zentrums zu empfehlen. Der Vorstand des Provinzialverbandes der Windhorstbünde Berlin-Brandenburg hat eine Entschlieung angenommen, in der die Aufstellung Dr. Wirths als Spitzenkandidat des Zentrums für Berlin gefordert wird.

Gegen Handwerker-Wahllisten

II Berlin, 28. März.

Angeichts der bevorstehenden Wahlen geben der Reichsverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetamstag als die maßgebenden Spitzenorganisationen des gesamten Berufsstandes bekannt, daß entgegen der erneuten Bestrebungen durch Aufstellung besonderer Handwerkerlisten eine bessere Berücksichtigung des Berufsstandes durchsetzen zu können, die Spitzenverbände an den Jenaer Beschlüssen aus dem Jahre 1920 festhalten und eindringlich vor Versuchen zur Bildung einer selbständigen politischen Handwerkerpartei warnen.

Eine neue „Volkspartei“

SPD Die „Reichspartei für Aufwertung und Recht“ hat ihren Namen in „Allgemeine Deutsche Volkspartei“ umgeändert.

Der USA-Imperialismus in Nicaragua

II London, 28. März.

Das nicaraguanische Kabinett ist nach Meldungen aus Managua heute auf Aufforderung des Präsidenten Diaz zurückgetreten. Der Rücktritt hängt mit dem Wunsch des Präsidenten zusammen, ein Kabinett zu ernennen, das bereit ist, die Politik der amerikanischen Ueberwachung der nicaraguanischen Wahlen zu unterstützen. Der bisherige Außenminister Pales ließ sich als Präsidentschaftskandidat der Konservativen Partei aufstellen.

II Berlin, 28. März.

Wie die Abendblätter aus Washington melden, hat Senator Mac Kellar gestern im Senat eine Entschlieung eingebracht, wonach für 200 Millionen Bons ausgegeben werden sollen, die für den Bau des Kanals durch Nicaragua verwendet werden sollen. Die Entschlieung ist angenommen worden. Ferner läßt die Entschlieung die Regierung ein, sofort 10 Millionen Dollars zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeit unverzüglich in Angriff genommen werden kann.

Der geplante Bau des Nicaraguakanals, der handelspolitischen und strategischen Zwecken dienen soll, die der Panamakanal allein nicht mehr erfüllen kann, ist nicht das letzte Moment gewesen, daß die Vereinigten Staaten zur Intervention in Nicaragua bestimmte. Der Rücktritt des nicaraguanischen Kabinetts veranschaulicht auf das beste, in welcher Art der nordamerikanische Imperialismus die schöne Freiheitsrede des Herrn Coolidge auf der panamerikanischen Konferenz und die jüngsten Friedensformeln des Herrn Kellogg bei den nicaraguanischen Wahlen praktisch demonstrieren wird.

Aus dem polnischen Parlament

SPD Warschau, 28. März.

Im Sejm hat sich nach der Mittwoch-Session der Abgeordneten des Regierungsblochs eine paradoxe Situation ergeben. Während die Linksparteien ihren oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung durch die Wahl Dajonskis zum Sjemarschall noch bekräftigten, haben die Abgeordneten des Regierungsblochs, also die Leute, die die parlamentarische Vertretung der Regierung bilden, beschlossen, nun ihrerseits in Opposition gegenüber dem Sjempräsidium zu treten, um auf diese Weise gegen die nicht erfolgte Wahl des Kandidaten Bilschick zu protestieren. Sie nahmen daher an der am Mittwochnachmittag stattgefundenen Wahl der stellvertretenden Marschälle nicht teil. Diese Ämter wurden daher unter die 5 stärksten Parteien verteilt, mit dem Ergebnis, daß folgende Abgeordnete zu Bismarschällen gewählt wurden: Dr. Marzel (Soz.), Woznick (Bauernpartei Befreiung), Dombiski (Bauernvereingung), Jasi Tzetewynski (Nat.-Dem.) und als Vertreter der Minderheiten der Ukrainer Schafstewicz. In der gleichen Sitzung ist es zu einer bemerkenswerten Abstimmung gekommen.

Von radikaler Seite wurde beantragt, die Regierung um Aufklärung über zahlreiche Wählerkorruption in den Okrainen zu ersuchen. Für den Antrag stimmten die Linksparteien mit den Sozialisten an der Spitze sowie die Minderheiten. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen des Regierungsblochs und der Rechten abgelehnt. Das Bündnis des Regierungsblochs mit der von der Regierung angeführt bekämpften Rechten scheint sich also bereits vollzogen zu haben. Die deutschen Sozialisten, die bei den Wahlen gemeinsam mit den polnischen Sozialisten gegangen sind, haben beschlossen, eine eigene Fraktion im Parlament zu bilden, wobei ihnen jedoch von seiten der PPS die Teilnahme an einzelnen Kommissionen zugesichert worden ist.

Polnisch-litauischer Grenzzwischenfall

DE Kowno, 28. März.

Fünf polnische Soldaten überschritten die Grenze und überfielen und plünderten den Hof eines litauischen Bauern beim Dorf Kalniskis in Litauen. Litauische Grenzpolizisten vertreiben die Polen nach einem längeren Feuergefecht. Diese zogen sich über die Grenze zurück.

Havas berichtet aus Athen, daß die Besprechungen über die Ratifizierung des griechisch-sowjetrussischen Vertrages gescheitert sind.

Berlin, 28. März.

Erst glaubte man bis zum 31. März das Arbeitsprogramm nicht bewältigen zu können, nun ist der Reichstag dazu übergegangen, den Beratungskörper zu rationieren, damit wenigstens noch einige Verhandlungstage ausgefüllt werden können. Für Mittwoch war der Beginn der Sitzung auf 10 Uhr festgesetzt, aber schon gegen 1 Uhr wurde der letzte Punkt der Tagesordnung aufgerufen. Dann mußten die Verhandlungen um zwei Stunden unterbrochen werden, da für die Schlussabstimmung über das Ueberleitungsgezet zur Strafrechtsreform die Anwesenheit von wenigstens 368 Abgeordneten erforderlich war. Die erste Abstimmung ergab die Präsenz von 373 Mitgliedern des hohen Hauses. Dann erst wurde die Abstimmung zum Ueberleitungsgezet vorgenommen. Es wurde mit 344 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion votierte, entsprechend dem feinerzeitigen Beschluß, mit ja.

Gegen 16,30 Uhr war auch diese Sitzung zu Ende geführt. Bereits in der Vormittagsitzung wurden die Beratungen über die zweite Lesung des Etats abgeschlossen. Demzufolge bleibt nur noch die Novelle zum Tabaksteuergesetz und die große politische Aussprache bei der dritten Lesung des Etats. Aus diesem Grunde wurde der Beginn der Donnerstagsitzung wieder auf 13 Uhr angesetzt, da andernfalls der Beratungskörper bereits zwei Tage vor dem ursprünglich in Aussicht genommenen Auflösungsstermin erschöpft gewesen wäre. So wird der Reichstag am Freitag auseinandergehen, um so mehr, als heute nachmittag die Amnestiefrage im Rechtsausschuß definitiv entschieden ist.

In der Vormittagsitzung wurden ferner allgemeine etatsrechtliche Grundsätze festgelegt. Im Etat der „Allgemeinen Finanzverwaltung“ werden alle übrigen Etats zu einem geschlossenen Ganzen zusammengefaßt. Darum die Erörterungen über den Stand der Finanzlage in ihrer Gesamtheit und über die Aussichten der Etats für die kommenden Jahre. Im September 1928 tritt der Dawes-Plan erstmalig in all seinen Auswirkungen in Kraft. Dadurch entsteht eine weitere Belastung der Etats von wenigstens 293 Millionen Mark. Mit dem Ergänzungsetat für 1928 wurden die letzten Reflexen herangezogen, die aus der „Blütezeit“ des Herrn v. Schlieben noch geblieben sind. Für die 184,5 Millionen des Notprogramms ist eine Deckung nicht vorhanden. Man hat sich indes zu helfen gewußt, indem die geschätzten Einnahmen für Zölle und Tabaksteuern kurzerhand um 180 Millionen erhöht worden sind. Damit wurde die ertragreichste Einnahmequelle, das Einkommen an Zöllen, auf das äußerste angespannt und jede Verschlechterung der Konjunktur wird daher auf die Gestaltung der kommenden Etats von geradezu verhängnisvollster Wirkung sein. Dies um so mehr, da sich, wie die Landverbände zeigen, die Besitzenden beharrlich weigern, auch nur die jetzt geltenden Steuern zu bezahlen und da die Arbeiterklasse jetzt bereits rund 65 Prozent aller Reichseinnahmen zu bestreiten hat. Genosse Hilferding schätzte daher das Defizit für den Etat des Jahres 1929 auf 761 Millionen Mark, und der Finanzminister hat dagegen nichts Entscheidendes einzuwenden vermocht. Ein riesenhaftes Defizit, das ist die Bilanz des Bürgerblocks in der Finanzpolitik. Schonung der Großverdiener und Subventionen oben oben, so lautete die Devise des Kabinetts der Schwarzen und der Blauen.

Für die Zukunft freilich sollen Mehrausgaben verhindert werden. Aus diesem Grunde wurde eine Stärkung der Stellung des Finanzministers in Vorschlag gebracht. Der Haushaltsausschuß hatte entsprechende Vorschläge ausgearbeitet, denen der Reichstag in zweiter Lesung beigetreten ist. Sie lauten:

„Die außerordentlichen Haushalte für das Haushaltsjahr 1928 bewilligten Ausgaben einschließlich der aus früheren Jahren rückständigen Ausgaben dürfen nur im Rahmen der vom Reichsminister der Finanzen bereitgestellten Mittel geleistet werden; auch dürfen Verpflichtungen zu ihrer Leistung nur insoweit eingegangen werden.“

Der Reichsminister der Finanzen soll Mittel für die Deckung der im Abs. 1 bezeichneten Ausgaben nur bereitstellen, soweit die für das Haushaltsjahr 1928 im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Einnahmen einschließlich der aus früheren Jahren rückständigen Einnahmen tatsächlich zur Verfügung stehen. Darüber hinaus kann er ausnahmsweise Mittel bereitstellen, wenn die Einstellung oder Unterbrechung der Arbeiten schwere wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben würde; in diesem Fall ist dem Reichsrat und dem Haushaltsausschuß des Reichstags ein Verzeichnis der genehmigten Ausgaben mit Erläuterungen über die Gründe der Genehmigung vorzulegen.

Soweit bei den ausdrücklich als übertragbar bezeichneten Ausgaben und bei den in einmütigen Ausgaben bewilligten Mitteln am Schluß des Rechnungsjahres 1927 Ausgaben noch nicht geleistet sind, dürfen sie nur geleistet werden, wenn entweder eine Verpflichtung zu ihrer Leistung besteht oder der Reichsminister der Finanzen der Leistung zustimmt. Neue Ver-

Die zweite Lesung des Etats abgeschlossen

Ablehnung durch die Sozialdemokratie

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung im Reichstag sprach

Abg. Neubauer (Komm.). Die Deutschnationalen hegen die Bauern zum Steuerstreit auf, verschweigen aber, daß sie selbst diese Steuerpolitik mit Luther und Schlieben gemacht haben. Der Redner richtet dann heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten, denen er vorwirft, sie hätten durch ihre schwächliche Haltung erst die gegen die arbeitenden Massen gerichtete Steuerpolitik ermöglicht.

Abg. Dietrich, Baden (Dem.). Wir haben seit dem Bestand der gegenwärtigen Regierung vergeblich versucht, auf die Wirtschaft und Finanzpolitik in der Richtung einzuwirken, daß der deutschen Wiederaufbauarbeit bestimmte Ziele gesetzt wurden. Es widerspricht dem Wesen des Parlamentarismus, wenn man jetzt den Versuch macht, die Regierungsparteien dadurch zu entlasten, daß man der Opposition die Verantwortung dafür mit aufbürden will. Die demokratische Fraktion ist daher nicht in der Lage, dem Etat für 1928 zuzustimmen.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.). Die Volkspartei sei sich bewußt, daß sie mit der Zustimmung zum Etat eine große Verantwortung übernehme. Es komme nun darauf an, ob sich das Notprogramm tatsächlich im Rahmen des Ergänzungsetats durchführen lasse.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

Es kommt weniger auf Paragrafenbestimmungen über die Zuständigkeit an, als auf die Gesinnung, mit der das Parlament seine Ausgabenwirtschaft treibt. Die von Dr. Hilferding angeführten Zahlen könnten irreführend wirken, weil sie nicht die gesteigerten Reparationslasten und viele andere zwangsläufige Ausgabenposten berücksichtigt hätten. Von einer verschwendertischen Wirtschaft könne nicht gesprochen werden. Der Netto-Etat des Reiches sei vielmehr wesentlich herabgesetzt worden. Die für den kommenden Etat von Dr. Hilferding aufgestellte Prognose stütze sich auch auf nicht ganz zutreffende Zahlen. Das Steuervereinheitlichungsgesetz sei nur wegen des vorzeitigen Auseinandergehens des Reichstags nicht verabschiedet worden. Zur Anteilhaftigkeit erklärt der Minister: Der Grundgedanke der Sparpolitik darf auch bei der Aufnahme von Anleihen nicht verlassen werden. Auslandsanleihen der Länder und des Reiches sind zur Zeit nicht zweckmäßig. Allein die Reichsregierung trägt die letzte Verantwortung für die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften. Von dem Bewußtsein der Verantwortung ist auch bei ihren Entscheidungen die Beratungsstelle getragen, die jetzt beschäftigt ist, sich ein Bild über die Höhe des bestehenden Gesamtbearfs an Anleihen zu machen und zu prüfen, wieviel und wovon den vorliegenden Anträgen tragbar ist. Die Prüfung ist soweit fortgeschritten, daß wir binnen kurzem mit ihrem Abschluß rechnen können. Dann wird die endgültige Entscheidung über das als berechtigt anzuerkennende Maß der Anleihen sowie über Art und Form ausgesprochen werden, in denen die Verhandlungen freigegeben werden können. Dabei wird geprüft werden, für welchen angemessenen Zeitraum der Bedarf der öffentlichen Körperschaften an Anleihen als gedeckt angesehen werden kann. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß die Länder und Gemeinden bemüht sind, mit der Reichsregierung auf dieser Grundlage zusammenzuarbeiten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Hilferding (Soz.) und Dr. Duesch (Dn.) wird der Haushalt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

pflichtungen zu ihrer Leistung können nur mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen übernommen werden.

Der Reichsminister der Finanzen kann im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaftsführung hiervon Ausnahmen zulassen.“

Mit diesen Maßnahmen soll der bisherigen Wirtschaft gesteuert werden, wo Einnahme- und Ausgabenpositionen ohne jede Mitbestimmung des Parlaments fortdauernd in die folgenden Jahre verschleppt worden sind, so daß die Bureaucratie immer selbstherrlicher walten konnte. Dann aber soll mit diesen Beschlüssen neuen außerordentlichen Ausgaben gesteuert werden. Auch dagegen wäre in Anbetracht des außerordentlich angespannten Etats nichts einzuwenden, wenn nicht eben Herr Köhler nur Werkzeug der besitzenden Klasse wäre. Sofern es gelten wird, sozialpolitische Ausgaben zu vermeiden, wird der Finanzminister sicherlich auf diese Beschlüsse verweisen. Andererseits muß jede Neuausgabe eine Erweiterung des Steuerfolls zur Folge haben. Neue Steuern aber werden in erster Linie der Arbeiterklasse aufgedrückt, aus diesen Gründen hat auch die Sozialdemokratie, als das Maximum des Tragbaren, diesen Vorschlägen zugestimmt.

Jetzt gilt es, bei den kommenden Wahlen den Einfluß der Arbeiterklasse soweit zu steigern, daß ihre Anteile an den Lasten der Staatsverwaltung gesenkt, dafür aber die Summen der rückstehenden Steuern zugunsten des Proletariats entsprechend gesteigert werden.

Angenommen werden auch die Entschlüsse des Haushaltsausschusses.

Angenommen wird weiter das Haushaltsgezet, das gewisse Stärkungen der Stellung des Reichsfinanzministers bringt.

Hierauf wird ohne Aussprache der Ergänzungsetat mit dem Teil des Notprogramms angenommen, der 25 Millionen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften einsetzt.

Es folgt die zweite Beratung der zum Notprogramm gehörenden Novelle zum Gesetz über die Rentenbank-Kreditanstalt.

Abg. Hörnte (Komm.) bekämpft die jetzige Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die nur von den Großagariern beherrscht werde.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.)

stimmt der Vorlage zu und erklärt sich auch einverstanden mit einem Antrage Thomsen (Dn.), wonach die Beteiligung an der Preußentasse 5 Prozent nicht übersteigen darf. Das landwirtschaftliche Notprogramm vertritt einige früher bekämpfte sozialdemokratische Forderungen.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (Dn.) tritt für die Vorlage ein und empfiehlt den Antrag Thomsen.

Der Antrag Thomsen wird angenommen, darauf die Gesamtvorlage.

Um 13 1/2 Uhr wird die Sitzung bis 16 Uhr ausgesetzt.

Nachmittagsitzung

Um 16 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Die Novelle zur Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt wird ohne Aussprache, mit Ausnahme des Artikels II, in dritter Beratung angenommen. Die weitere Beratung wird vertagt, weil in den 2. Artikel noch der Termin des Inkrafttretens des ganzen Notprogramms hineingearbeitet werden sollte, so daß das sogenannte Mantelgesetz zum Notprogramm überflüssig wird.

Angenommen wird der Antrag Thomsen (D. Nat.) über die Beteiligung an der Preußentasse.

In namentlicher Abstimmung wird dann mit 368 gegen 5 Stimmen die Einsetzung des 28gliedrigen Ausschusses beschlossen, der bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms überwachen soll.

Die namentliche Abstimmung war, wie Präsident Löbe bemerkt, notwendig, um festzustellen, daß die für verfassungsändernde Gesetze nötige qualifizierte Mehrheit erreicht ist. Sie ist mit der vorgenommenen Abstimmung erreicht.

Die darauf aus dem gleichen Grunde namentlich vorgenommene Schlussabstimmung über das Ueberleitungsgezet zur Strafrechtsreform ergibt die Annahme dieses Gesetzes mit 344 gegen 36 Stimmen, also mit der notwendigen Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Um 16,45 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die 2. und 3. Beratung des Antrags auf Änderung des Tabaksteuergesetzes, die 3. Beratung des Etats für 1928 und die 3. Beratung des Nachtragsstats für 1927.

Ein kommunistischer Antrag, auch die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Spanien fordert wieder einen Ratschik

SPD Paris, 28. März. (Radio.)

Der Excelsior veröffentlicht heute ein Interview mit dem spanischen Diktator Primo de Rivera. Dieser versicherte, daß Spanien bei seinem Wiedereintritt in den Völkerverbund in der Septembertagung sofort wieder den Antrag auf Zuerkennung eines Ratschik stellen werde. Sollte es sich als notwendig erweisen, dann werde er sich persönlich nach Genf begeben, um die spanischen Forderungen zu vertreten.

Brasilien lehnt ab

SPD Paris, 29. März. (Radio.)

Nach einer Meldung des Excelsior wird Brasilien in den nächsten Tagen auf die Einladung des Völkerverbundes, wieder in den Genfer Bund zurückzukehren, in ablehnender Weise antworten.

Hermes Vorsitzender der Bauernvereine. Zum Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Bauernvereine wurde, wie die Germania berichtet, der Reichsminister a. D. Dr. Hermes gewählt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Alfred Herre in Leipzig

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Seyland in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Kaliklora-Fabrik Queisser & Co.

G. M. B. H. / HAMBURG 19

Wer sich an dem Kaliklora-Wettbewerb beteiligt, unterwirft sich der Entscheidung der Jury, welche endgültig ist und deren Vorsitz Herr Notar Dr. jur. Wichmann, Hamburg, übernommen hat.

Die Auszahlung der Preise erfolgt bis zum 31. Juli 1928. Die Bezahlung der 50 besten Werber in den Tagesleistungen bis zum 10. August 1928.

Wichtig! 2 leere Kaliklora-Kartons der 50 4-Packung zählen als 1 leerer Karton der 80 4-Packung.

Nur wirkliche Werbeleistung soll belohnt werden.

Die Kaliklora-Werbung wird in der Weise ausgeteilt, daß jeder Werber seine Freunde und Bekannten zur Benutzung der Kaliklora-Zahnpasta veranlaßt; er sammelt von allen, die sich ein Kaliklora-Tube gekauft haben, die leeren Kartons ein und läßt sie vorher mit der Namensunterschrift jedes Käufers versehen. Letzteres ist notwendig, um Massenandränge auszuschließen, die zu einer ungerechten Preisverteilung führen würden.

Probetuben, wissenschaftliche Literatur, Gutachten und Anerkennungs-schreiben stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Wer unter seinen Freunden und Bekannten für Kaliklora wirbt, wird sichtlich Dank und Anerkennung ernten, wegen der Güte des Präparates und wegen der Ersparnis imolge des billigen Preises. Deshalb auf zur Kaliklora-Werbung! Es lohnt sich! (Erlaubt sich der Preis!) Es lohnt sich!

Jeder kann sich ganzlich kostenlos daran beteiligen. Der Zweck der Kaliklora-Werbung ist, die Kaliklora-Zahnpaste in die Hände aller zu bringen, die sie kennen und nicht wissen.

das sie zu den allerbesten Zahnpflegemitteln gehört, obwohl die große Tube nur 80 4 und die kleine Tube nur 50 4 kostet.

dem Kaliklora ist die Zahnpasta für alle, welche mit dem Gesehnen rechnen, aber trotzdem das Beste zur Pflege ihrer Zähne haben wollen. Die Reinigungs-kraft der Kaliklora, ihre Milde und ganzliche Unschädlichkeit, ihre wunderbare Pfefferminzfrischung und ihre Ausdehnbarkeit wird von keinem anderen Präparat übertroffen, trotz des billigen Preises.

Der beste Werber erhält 2x 2000,- in bar
Der 2. beste Werber erhält 1000,- in bar
Der 3. beste Werber erhält 500,- in bar

7 Preise zu je 200,- in bar
20 Preise zu je 50,- in bar
50 Preise zu je 40,- in bar
1000 Trostpreise.

Kaliklora
Zahnpasta

Werbt Freunde
für die

Zulässige Bekannmachungen

Die Zulassungsbezeichnung für die Krupp-Strahlenfahrräder - 9,724 PS, III - 13277
 Eigentümer: Nat. der Leipzig, Tiefbauamt, Abteilung für Strahlenfahrräder, ist verloren worden.
 Zur Verhütung von Mißbrauch wird diese Zulassungsbezeichnung hiermit für ungültig erklärt. Kz. III 13277
 Leipzig, den 26. März 1928.
Das Polizeipräsidium.

Die Zulassungsbezeichnung für den Kraftwagen - 9,95/30 P. S. Prelo - III - 14715
 Eigentümer: Pampornifabrik „Germania“ Leipzig, Inh.: Ludwig Steene, in Leipzig-Gohlis Schönhaufenstraße 17, ist verloren worden.
 Zur Verhütung von Mißbrauch wird diese Zulassungsbezeichnung hiermit für ungültig erklärt. Kz. III 14715
 Leipzig, den 26. März 1928.
Das Polizeipräsidium.

Die Zulassungsbezeichnung für den Perionentraktwagen - 4,16 P. S. Doel - III - 28208
 Eigentümer: Fa. Otto Sichter u. Co., Stahlwaren-Großhandlung in Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 60, ist verloren worden.
 Zur Verhütung von Mißbrauch wird diese Zulassungsbezeichnung hiermit für ungültig erklärt. Kz. III 28208
 Leipzig, den 26. März 1928.
Das Polizeipräsidium.

Die Zulassungsbezeichnung für das Kraftrad - 2,35 4,5 PS Wanderer - III - 21774
 Eigentümer: Karl Wolf, P. Neustadt, Eisenbahnstr. 47, und der am 19. Juli 1924 vom Polizeipräsidium Leipzig unter Listen-Nr. 11161 ausgeteilte auf den gleichen Namen lautende Führerschein für Krafträder, sind verloren worden.
 Zur Verhütung von Mißbrauch werden diese Zulassungsbezeichnung und Führerschein für ungültig erklärt. Kz. III 21774
 Leipzig, den 27. März 1928.
Das Polizeipräsidium.

Begau Öffentl. Stadtverordneten-Sitzung, Freitag, den 30. März 1928, abends 7 Uhr, Stadtverordneten-Sitzungsaal, Tagesordnung: 1. Beschlusordnung. 2. Beschlusfassung über Einleitung des Einigungsverfahrens wegen der Steuervorlagen. 3. Anträge der Erwerbslosen.
Begau, am 28. März 1928.
Der Stadtrat.



Hönigsberg vergrößert!
 Morgen Freitag, früh 9 Uhr
Eröffnung
 unserer neuen Verkaufsstelle
Hallisches Tor
 gegenüber Meßhaus Union - Ecke Richard-Wagner-Straße
 Besichtigen Sie die reichhaltige Ausstellung
 unserer Frühjahrs-Neuheiten!
 Schuhwarenhaus
Hönigsberg

Gewerkschaftliche Anzeigen
 Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
 Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 340 21
Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig
 Uffhalteure, Sonnabend, den 31. März 1928, abends 19 Uhr: **Gruppenversammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vertreterversammlung, 2. Neuwahl der Gruppenleitung, 3. Gewerkschaftliches. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Leitung.

Baugenossenschaft L. Lindenau
 E. G. m. b. H.
 Freitag, den 30. März 1928, 19.30 Uhr
Haupt-Versammlung
 im Deutschen Haus (Kasinosaal) L. Lindenau
 Lindenauer Markt
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht.
 2. Genehmigung der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1927.
 3. Entlastung des Vorstandes.
 4. Verteilung des Gewinnes.
 5. Wahlen zum Aufsichtsrat. Es scheiden aus die Herren: Arthur Scheller und Karl Luther, beide sind wieder wählbar.
 6. Antrag der Verwaltung: Betr. Abänderung der Satzungen.
 7. Anträge der Mitglieder.
 Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch.
 Bitte pünktlich zu erscheinen.
Der Aufsichtsrat:
 J. A. Arthur Scheller, Oskar Gutjahr
Der Vorstand:
 J. A. A. Cyrus, Ferd. Tibke.

Ernst Brühl
Herti Brühl
 geb. Schönfeld
 Vermählte
 Leipzig C 1, am 30. März 1928
 Martinststraße 12
 Zur Zeit auf Reisen

Goldfrische 10 Stück Eier 95
 großartige Ware
Keine kleinen Mitteleier Pfennig
Teebutter F. E. K. 1/2-Pfd.-St. 120
 das allerfeinste was es gibt!
Andere billige Sorten zu niedrigsten Preisen
Große Auswahl in Tafel-Käse
 zu billigsten Preisen
Kunst-Honig Pfund-Tafel **43**
Blüten-Honig Pfund-Glas **135**
 garantiert rein
Die rühmlichst bekannte
Pfirsich extra-Margarine Pfund
 ersetzt **Butter 110**
Nur diesen Freitag, Sonnabend und Montag
bei Einkauf von 1 Pfund
2 Stück Eier gratis!
Nur in den angegebenen vorm. Niederlagen der Fa.
F. E. Krüger
 With. Rößling, Hainstraße 26
 Rich. Holzweißig, Zeitzer Straße 40
 Nanny Richter, A.-Cr., Ungestr. 2
 Ewald Martin, Neustadt, Eisenbahnstraße 51
 Alfred Wunsch, Rön. Dresdner Str. 51
 Friedr. Karl Köhler, Thonberg, Reitzenhainer Straße 4
 Hugo Spieser, Lea., Gundorf Str. 57
 Hugo Leutenachler, L. Markt 14
 Otto Heide, Pöggw., Zschoch Str. 36
 Otto Heide, Klein-Zschocher, Dieskaustraße 25
 Martha Reil, Go., Hallische Str. 79
 Richard Kronkol, Eutritzsch, Wühelminnenstraße 4

Wassgänse Pfund 75 Bfg., ausgeschlachtet Pfund 95 Bfg. Mastenten und Säbner billig.
Große frische Vandaier, Schaf 6.60 M
 Klein, Marktalle, Galerie, Stand 105 106

Wenn sie erzählen könnten,
 alle diejenigen, welchen während 400 Jahren das altberühmte „Köstritzer Schwarzbier“ Kräftigung gebracht hat, sie würden dankbar allen Schwachen, Blutarmen, Nervenleidenden usw. zur Stärkung nichts anderes empfehlen als diesen an Güte immer gleichen Stärkungstrunk. Überzeugen auch Sie sich von seiner wohltuenden Wirkung. Sie erhalten das echte herbwürzige Köstritzer Schwarzbier in den Bierhandlungen und Lebensmittelgeschäften. Man verlange ausdrücklich das echte Köstritzer Schwarzbier mit dem gesetzlich geschützten Wappen-Etikett, um vor Nachahmungen sicher zu sein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Gau Leipzig Tel. 198 44
 Geschäftsstelle: Leipzig, Geilertstraße 7/9.
Motorrad-Lehr-Kursus. Die Kameraden, welche sich am nächsten Kursus beteiligen wollen, treffen sich heute Donnerstag, den 29. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1.

Zur jetzigen Pflanzzeit:
Obstbäume u. Sträucher
Gehölze
Hedenpflanzen
Schlinggewächse
Magnolien
Rhododendron
 usw.
 empfiehlt in großer Auswahl
H. Rosenthal
Baumschulen, Röttha
 Verkaufsstelle Leipzig, Nähe Banziger Platz, Ecke Philipp-Rosenballstraße und Straße des 18. Oktober. - Telefon Nr. 16302.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 28. März unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urahnmutter, Frau
Henriette Bauchspleß
 im 79. Lebensjahre.
 Leipzig, den 30. März 1928
 Körnerstraße 30.
 In stiller Trauer
Die Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 31. März, 12.30 Uhr, von der Kapelle des Johannistriedhofes aus statt.

Freude und Leid
 verkündet Verwandten und Bekannten die
Familien-Anzeige

Selbsthilfe Leipzig
Diese Woche besonders günstig
H. ger. Kaffee 1/4 Pfd. 1.15 1.05 95 bis 65
Schokoladen bekannter Firmen . . . 100 g 70 bis 33
Kakao gar rein Pfd. 95
Eiersuppen-Einlage feinste süddeutsche . . . 1/4 Pfd. 22
Eiersuppen-Einlage feinsto 1/4 Pfd. 15
Eier-Hartgrieß-Makkaroni feinsto 1 Pfd. 85
Hartgrieß-Makkaroni 1 Pfd. 60
Hartgrieß-Bruch-Makkaroni 1 Pfd. 50
Eiernudeln beste südttsch. 1/2 Pfd. 43
Eiernudeln lose 1 Pfd. 55
Eierfädenudeln 1 Pfd. 65
Oster-Pudding in allen Sorten
Aprikosen kalif. Pfd. 1.40
Pflaumen kalif., groß . . . Pfd. 60
Pflaumen kalif., mittel . . Pfd. 46
Mischobst la o. Feigen . . Pfd. 80
Lösnitz-Erdbeeren la 1-Pfd.-D. 1.00
Heidelbeeren 2-Pfd.-D. 1.15
Pflaumen m. St. 2-Pfd.-D. 75
Gem. Gemüse (Allerlei), 2-Pfd.-D. 85
Karotten gov. 2-Pfd.-D. 50
Schnittbohnen fadenfr. 2-Pfd.-D. 70
Edamer Käse fein 1/4 Pfd. 35
Limburg, Stangenkäse 1/4 Pfd. 16
Flaumenmus la Pfd. 50
Aprikosen-Himbeermarmel mit Apf. 2-Pfd.-Elmer 1.00
Himbeersaft Pfd. 76
Feinstes Olivenöl extra vierge Pfund 1.80
Feinstes Erdnußöl das beste Pfund 76
Feinstes Speiseöl Pfund 64
Zucker gem. Pfund 29
Schweineschmalz amerik. Pfund 78
Anker-Zichorie 1/2-Pfund-Kerton Stück 15
 mit 6% Rückvergütung
in den bekanntesten Verkaufsstellen
 Am 1. April: Neueröffnung: Schließig, Körneritzstraße 82

Der Auftakt der Haushaltsplan-Beratung

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde mit der Beratung des diesjährigen Haushaltsplanes begonnen. Wir beschränken uns heute auf die Berichte über Ausführungen des Bürgermeisters Hofmann und des Genossen Fleißner. Ueber die Ausführungen der anderen Redner sowie über die übrigen Punkte der gestrigen Tagesordnung werden wir morgen berichten. Eine kritische Würdigung der gestrigen Verhandlungen behalten wir uns vor.

Bürgermeister Hofmanns Einleitung

Als erster Redner bei der Haushaltsplanberatung spricht Bürgermeister Hofmann. Er führt u. a. aus: Der städtische Haushaltsplan schließt mit 202 874 000 Mark. Wenn man dazu rechnen würde die 5,5 Millionen, die uns aus unserem Anteil aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer gar nicht ausgezahlt, sondern unmittelbar vom Lande Sachsen zu Schulzwecken verwendet werden, würde der Haushaltsplan mit rund 208 Millionen Mark anzusetzen sein, ein Betrag ungefähr gleich der Hälfte des Gesamtetats des Landes Sachsen, der 420 Millionen Mark ausmacht. Schule und Wohlfahrt sind die Hauptposten der Stadt. Die Schule erfordert 22,5 Millionen, das Wohlfahrtswesen 14 Millionen Mark. Wir haben bei dem diesjährigen Haushaltsplan den Grundgedanken des Gleichgewichts beibehalten, den Grundgedanken: keine Ausgabe ohne Deckung. Die Reichsteuern, die uns überwiesen werden, sind mit 2,5 Millionen Mark höher, so hoch wie möglich angelegt. (Zurufe rechts: Na, na!) Die Mietssteuer bringt 30 Millionen Mark. Ein Teil davon muß allgemeinen Finanzbedürfnissen und Wohlfahrtszwecken zugewendet werden. Für Wohnungsbau erhalten wir nur 25 Prozent. Eine Erhöhung von Steuern ist nur beim Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer vorgesehen. Die städtischen Werke sollen statt 5 Millionen 6 Millionen Mark zur Stadtverwaltung beitragen. Auf den diesjährigen Haushaltsplan müßte auch der Fehlbetrag von 1926 mit 1,9 Millionen Mark übernommen werden. Auch für 1927 werden wir noch einen Fehlbetrag übernehmen müssen. Diese Fehlbeträge abzudecken war vorderhand unmöglich, so daß wir sie noch durch eine Reihe von Jahren werden hindurchschleppen müssen. Die Nachbewilligungen für 1926 beliefen sich auf 9,5 Millionen Mark. Für 1927 werden sie etwa 6,5 Millionen betragen. In der Deffizitlosigkeit ist ausgesprochen worden, man erhalte über den Schuldenstand und das Stammvermögen der Stadt keine genügende Auskunft. Ich möchte dazu mitteilen, daß der Abschluß, der von Ihnen geforderten Bilanz des Stammvermögens in nächster Zeit bevorsteht. Die Arbeit war so ungeheuer, daß sie nicht rascher als in etwa zwei Monaten vollendet werden kann.

Unsere alten langfristigen Schulden belaufen sich auf 27,5 Millionen Mark, bei einem Aufwertungsgrad von 12,5 Prozent. Neu aufgenommen ist nur die amerikanische Anleihe im Betrage von 21 Millionen Mark. Kurzfristige Anleihen haben wir 7,5 Millionen Mark.

Mit diesem Schuldenstand kann sich die Stadt Leipzig gegenüber vielen Ländern durchaus sehen lassen. Die Gemeinden können ihre fähige der Anleiheprüfung durch den Reichspräsidenten Schacht auswärts Anleihegeber nicht herbeizulocken. Der Zinsfußmangel vermag die Anleihen für Gemeinden nur in durchaus ungenügendem Maße aufzubringen. So ist die Anleiheprüfung durch den Reichspräsidenten eine so ungeheure Schädigung, daß es wirklich Zeit wäre zu einer Einkehr und Umkehr.

Der Finanzausgleich ist immer noch nicht zustande gekommen. Durch ihn muß aber endlich Klarheit geschaffen werden über die Aufgaben, die den Städten zugeteilt sind und über die Quellen, die ihnen freistehen. Ich möchte den Rat noch gegen eine immer wiederkehrende Behauptung verteidigen, daß unser Haushaltsplan es an der gemäßigtesten Mäßigkeit und Klarheit fehlen lasse. Der Haushaltsplan ist überflüssig: Er muß reduziert werden. Das sei denjenigen ins Stammbuch geschrieben, die die angebliche Unklarheit als schöne Entschuldigung dann benutzen möchten, wenn sie sich bei ihrer Kritik gründlich verhaseln haben. Eins muß noch gesagt werden. Wir dürfen die Stadtgemeinde nicht in die Hände von Leuten fallen lassen, die sich sagen: Die Stadt braucht uns, jetzt wollen wir sie ausnützen und unser Geld so teuer wie möglich bezahlen lassen. Dagegen gibt es nur ein Mittel, größtmögliche Zurückhaltung bei den Ausgaben. Wir wissen gar nicht, ob es nicht doch eine Feindschaft der Freiheit der Städte gibt. Wenn wir uns dazu aufraffen, auch unseren Wählern gegenüber einmal zu sagen: Es geht nicht alles durchzuführen, was wir wünschen, so erwidert sich jeder, der dies auf sich nimmt, ein großes Verdienst um die Stadt. Ich möchte bitten, daß in diesem Sinne und Geiste der Haushaltsplan von Ihnen beraten wird.

Die Rede des Genossen Fleißner

Obwohl auch das abgelaufene Jahr noch nicht zu einer Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker geführt und manche Frage von eminenter Bedeutung offengelassen hat, kann es doch im allgemeinen als ein in wirtschaftlicher Hinsicht nicht unangenehm bezeichnet werden. Die Geschäftsabstufung fast aller Aktiengesellschaften, deren Geschäftsabstufung einigermaßen kontrolliert werden kann, weisen Gewinnquoten auf, die das in der Vorkriegszeit übliche Maß erreichen oder gar weit darüber hinausgehen. Demzufolge ist eine steigende Kapitalneubildung zu beobachten. Nach einem Bericht der Deutschen Bank wird diese Kapitalbildung bald ausreichen, um die deutsche Wirtschaft restlos mit Inlandsmitteln zu finanzieren. Schon im Jahre 1927 sind, nach der gleichen Quelle, rund 4 1/2 Milliarden Mark an Schuldverschreibungen und Aktien an deutschen Börsen untergebracht worden. Trotzdem sind im abgelaufenen Jahre die Gemeinden unter Führung des Reichspräsidenten der Reichsbank heftig bekämpft worden. Während jedem privaten Unternehmer der Auslands-Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt wurde, verbot man den Gemeinden, Auslandsanleihen aufzunehmen. Angeblich geschah das aus währungspolitischen Gründen. Von allen namhaften Volkswirten wird die schändliche Währungspolitik jedoch als falsch bezeichnet.

Produktive Sozialfürsorge tut not

Über auch der Vorwurf, daß die Verwendung von Auslandsgeld ausschließlich zu produktiven Zwecken bei den Gemeinden nicht sichergestellt sei, entbehrt jeder Begründung. Wenn sich die großen Gemeinden um Auslandsgeld bemüht haben, dann ausschließlich zu dem Zwecke, ihre technischen Werke zu verbessern und auszugestalten, oder um sonstige wichtige Aufgaben zu erfüllen, wie z. B. Wohnungen, Schulen und Bäder zu bauen, die Straßen wieder in Ordnung zu bringen, u. a. m. Alle diese Ausgaben und ebenso die, die für kulturelle und gesundheitliche Zwecke gemacht werden, stellen sich aber als im höchsten Grade produktiv dar. Die Produktivität der Industrie hängt nicht nur von der guten Ausstattung der Betriebe mit Maschinen ab, sondern im gleichen Maße, ja, noch vielmehr, von der körperlichen und seelischen Leistungsfähigkeit der in ihr Beschäftigten. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es schon gleich gar nicht zu verstehen, daß der Präsident der Reichsbank auch Auslandsgeld für den Wohnungsbau nicht zugestehen will.

Es kann unter vernünftigen Menschen doch kein Zweifel darüber herrschen, daß der Wohnungsbau weit produktiver und notwendiger ist, als der Bau von Kirchen und Klöstern, für die der Auslands-Kapitalmarkt jederzeit offensteht.

Schacht als Feind der Kommunalwirtschaft

Durch das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten werden die Gemeinden geradezu gezwungen, ihre technischen Betriebe in die Form privatrechtlicher Gesellschaften zu überführen, wollen sie von der Beratungsstelle unabhängig werden. Oder sie müssen sich Auslandsgeld auf indirektem Wege verschaffen. Es weiß ja heute jedes Kind, daß jede Gemeinde Auslandsgeld bekommen kann, soweit sie will, allerdings zu viel schlechteren Bedingungen, als bei direkter Aufnahme, weil sich erst die Banken oder sonstige Dritte die Finger daran vergolden.

Das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten gegen die Gemeinden ist nur verständlich als Kampfmaßnahme gegen die Kommunalwirtschaft gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand. Mit dem Verstopfen der ausländischen Kapitalquellen sollen die Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden an Lebensenergie getroffen werden.

Reichsdeutsches Volk hat das Privatkapital die billige Entwicklung der Gemeindebetriebe beobachtet. Hier scheint ihm eine neue Quelle großen Profites zu winken, deshalb mühen die Gemeindebetriebe bekämpft werden. Man hat sich sogar nicht scheut, den Gemeinden ganz offen den Rat zu geben, ihre technischen Betriebe an das Privatkapital zu verkaufen. Wir werden unter keinen Umständen zugeben, daß z. B. die Gas- und Elektrizitätsversorgung unserer Stadt zu einer Ausbeutungsquelle für das Privatkapital gemacht wird. Wir lehnen auch eine versteckte Privatisierung der Stadtwerke durch Umwandlung der Betriebe in sogenannte gemischt-wirtschaftliche Gesellschaften ab.

Nationalisierung zu Lasten der Gemeinden

Die Nationalisierung der Wirtschaft, die dem Unternehmertum so reiche Früchte getragen hat, hatte für die Arbeiter- und Angestelltenklasse nur Nachteile im Gefolge. Hunderttausende fleißiger Hände sind überflüssig geworden. Inbetriff werden davon auch die Gemeinden berührt. Auch die Stadt Leipzig wird hiervon betroffen. In Leipzig waren am 1. April 1927: Arbeitslose 30 016 vorhanden, darunter Kräfte für die Eisenbahn 5085; am 1. März 1928: Arbeitslose 21 630, darunter Kräfte für die Eisenbahn 3067.

In dem Haushaltsplan für 1928 sind für die Kräfte für die Eisenbahn 800 000 Mark eingelegt, wie hoch der Forderungsbetrag der Stadt durch ausgesetzte oder aus der Kräfte für die Eisenbahn entfernte Personen belastet ist, ist nicht genau feststellbar; sicher ist die Belastung nicht gering. Neben diesen Summen gehen der Stadt aber noch diejenigen Beträge verloren, die durch die Verminderung der Steuerkraft der Eisenbahn ausfallen.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß die Stadt in der Forderung für die Eisenbahn nicht nachläßt, und daß sie auch nach dem Übergang der Eisenbahnverwaltung auf das Reich nach wohnsahrsplagerischen Grundgedanken eingeteilt, wenn Eisenbahn- oder Kräfte für die Eisenbahnentlastung in besondere Not geraten.

Dem Rat ist es gelungen, den Haushaltsplan äußerlich ins Gleichgewicht zu bringen, dem Rat ist es aber nicht gelungen, daß dies nur dadurch möglich war, daß rücksichtslos der Kostpunkt angegriffen wurde, und viele dringend notwendige Ausgaben ohne Berücksichtigung gelassen sind. So sind z. B. keine Mittel eingelegt worden für die Herstellung wichtiger Verkehrsstraßen, den Umbau des Hauptbahnhofsvorplatzes, des Johannisplatzes, des Bayerischen Platzes, die tägliche Schulreinigung, die dringend notwendige und von uns immer wieder geforderte kostenlose Totenbestattung, den Ausbau des Ostbades u. a. m. In großem Umfange fehlt die Stadt an ihrer Substanz.

Die Drofflung der Gemeinden

Der nun fast lagenhaft gewordene Finanzausgleich ist auch im vergangenen Jahre nicht zustande gekommen. Ob dies im neuen Etatjahr der Fall sein wird, ist sehr zweifelhaft. Der Finanzausgleich muß den Gemeinden wieder weitere Freiheit der eigenen Entscheidung und der eigenen Verantwortung zurückgeben. Die Gemeinden sind immer mehr Kollongänger des Reiches geworden. Ihre Entscheidungsfreiheit ist gleich Null. Das zeigt folgende Feststellung: Unter den Steuereinnahmen der Stadt Leipzig befinden sich 36 275 000 Mark Ueberweisungssteuern, auf deren Höhe die Stadt überhaupt keinen Einfluß hat. Das sind 68 Prozent des gesamten Steuereinkommens. Bei weiteren 15 140 000 Mark Steuern sind die Zuschläge reichs- oder landesgesetzlich begrenzt. Das sind 28 Prozent des Steueraufkommens. Nur bei 4 Prozent der Steuereinnahmen, bei 1 751 000 Mark, ist die Stadt frei. Es handelt sich hierbei um die Hund-, Zuwachs- oder Wanderslagersteuer, deren Erhöhungen aus wirtschaftlichen Gründen kaum möglich ist. Hierin eine Änderung zu schaffen, ist ein Gebot der Notwendigkeit.

Der Finanzausgleich ist aber nicht nur eine Frage der Verteilung der Reichsteuern auf Reich, Länder und Gemeinden, er ist in noch viel höherem Maße eine Frage der Steuerpolitik überhaupt. Das jetzige Steuerwesen basiert auf den indirekten Steuern, den Zöllen und Verbrauchsabgaben, durch die die breite Masse der Bevölkerung in ganz ungerader Weise außerordentlich belastet wird. Dazu tritt die Lohnsteuer, die jeden Pfennig festes Einkommen erfaßt.

Die steuerliche Belastung der minderbemittelten Bevölkerung ist bis an die Grenze des Untragbaren hinaufgeschraubt worden. Zwei Drittel der Steuern werden von der breiten Masse abgetragen. Die verproportionierte Entlastung der Lohnsteuer ist abgelehnt worden. Dagegen hat der Bürgerklub im Reichstage die Vermögenssteuern und die Steuern von den großen Einkommen immer mehr ermäßigt.

Und doch sind die Kuhnheuer dieser ungerechten Politik noch nicht zufriedengestellt und verlangen weiteren Steuerabbau. Wenn jemand das Recht hat, über unerhörten Steuerdruck zu klagen, dann sind es die breiten Massen des Volkes, denen man den letzten Bissen Brot verweigert.

Her mit der Verwaltungsreform

In diesem Zusammenhang muß auch der Frage der Verwaltungsreform Erwähnung getan werden, die im vergangenen Jahre lebhaft diskutiert wurde. Die Gemeinden haben ein lebhaftes Interesse an einer guten Verwaltungsreform, deren Ziel die Verwirklichung des dezentralisierten Einheitsstaates auf der Grundlage weit ausgebauter Selbstverwaltung sein muß. Innerhalb der städtischen Verwaltung muß die Möglichkeit weiterer Re-

formen geprüft werden. Es ist höchst bedenklich, daß das Reich sich in immer größerem Umfange eigene Verwaltungen auch in der unteren Instanz schafft. Dadurch wird der Einfluß des Volkes auf die Verwaltung immer geringer und die Verwaltung selber immer umständlicher und teurer, und damit zugleich tritt eine kulturelle Ausschaltung der Provinz ein. Deshalb erhebt die Sozialdemokratie ihre Stimme für den Einheitsstaat auf der Grundlage freier Selbstverwaltung, wobei den Großstädten eine besondere Stellung eingeräumt werden muß. Als vorbereitende Maßnahmen sind dabei zu verlangen der

Erlaß einer Reichs-Städteordnung und einer Reichs-Gemeindeordnung, eine allmähliche Angleichung des Verwaltungs- und Steuerrechts in den Ländern unter Wegfall unnötiger Zwischenglieder in Gemeinde, Land und Reich.

Die Sozialdemokratie hat nicht eine Selbstverwaltung im Auge, bei der die Gemeindebürokratie oder die Oberbürgermeister herrschen und die gewählten Gemeindevertreter nichts zu sagen haben. Das zeigte sich in Leipzig bei der Zusammenkunft der gemischten Ausschüsse, die die Verwaltung vereinfachen sollten. Der Rat bestand stets auf Parteilichkeit, obwohl in anderen sächsischen Großstädten die Stadträte längst eine härtere Vertretung der Stadtverordneten zugestanden haben. Der Rat beschließt sich hierbei einer Prinzipienreiterei, die je länger je mehr geradezu lächerlich wirkt und das Verhältnis zwischen Rat und Stadtverordneten immer schwieriger gestaltet. Es gibt keine deutsche Großstadt außer Leipzig, wo der Rat noch so in den Anschauungen der früheren Zeit wurzelt. Würde der Rat mehr Wert auf Zusammenarbeit legen, wie dies z. B. in Chemnitz, Dresden, Berlin, Köln usw. der Fall ist, dann würde es unmöglich sein, so oft zur Anrufung der Gemeindekammer zu kommen. Daß sich damit Leipzig bald lächerlich macht, geht aus einem Auspruch eines anerkannt tüchtigen und prominenten sächsischen Gemeindeverwaltungsbeamten hervor, der kürzlich ironisch äußerte, man müßte bei der Gemeindekammer bald einen besonderen Leipziger Senat einrichten.

Man sollte sich doch darüber nicht im unklaren sein, daß der Einfluß der aufstrebenden Arbeiterklasse mit solchen kleinlichen Nadelstichen nicht aufzuhalten ist. Die Sozialdemokratie als Sachwalterin des werktätigen Volkes hat sich gegen ganz andere Widerstände siegreich durchgesetzt; sie wird sich auch gegen solche Donquixottentriebe durchzusetzen wissen.

Dem Rat ins Stammbuch

Die erste Bresse im Kampf um die Eroberung der Rathaus-herrschaft ist mit der Wahl unseres Kollegen Freitag zum Stadtrat geschehen. In der Reichspresse ist diese Wahl als Ausfluß einer „Futterkrippenpolitik“ bezeichnet worden. Nun, wer Futterkrippenpolitik treibt, das haben die letzten Wochen mit aller Deutlichkeit gezeigt. Es ist schon so:

Wenn ein Mann, der sich aus eigener Kraft von unten herausgearbeitet hat, an verantwortliche Stelle gestellt werden soll, dann schreit man über Futterkrippenpolitik. Wenn man aber auf einen geistig zwar mäßigen, aber mit dem Vorzug einer familiären Verwandtschaft ausgestatteten Angehörigen der Kreise zurückgreift, die angeblich zu Führern des Volkes geboren sind, dann ist dies beiseite nicht etwa auch „Futterkrippenpolitik“?

Das Verhalten der bürgerlichen Seite dieses Hauses ehrt unsern Genossen Freitag. Wir wünschen ihm auch in seinem neuen Wirkungskreise seinen erprobten alten Kampfgeist und hoffen, daß er bald Nachfolger bekommen wird.

Die unzulängliche Beamtenbefoldungsordnung

Die diesjährigen Haushaltspläne der Gemeinden stehen deutlich unter dem Schatten der Beamtenbefoldungsreform. Es wird keinen Bemühungen geben, der die Notwendigkeit der Beamtenbefoldungsreform nicht anerkennt, jedoch muß die Art, wie diese Reform durchgeführt worden ist, zu schärfstem Widerspruch herausfordern.

Die neue Befoldungsordnung läßt jeden Zug sozialer Gerechtigkeit vermissen. Diejenigen, die es am notwendigsten hätten, haben am wenigsten bekommen, aber denen, die schon vor der Reform nicht schlecht dran waren, hat man doppelt gegeben.

Leider war es uns hier im Stadtverordnetenkollegium nicht möglich, den Beamten das zu verschaffen, was wir ihnen gern zubilligen wollten. Wir sehen die Reform nicht als abgeschlossen an. Die Sozialdemokratie wird bestrebt sein, das Unrecht, das welchen Kreisen der Beamten zugefügt worden ist, wieder gutzumachen.

Eine Mahnung

Der Leipziger Haushaltsplanentwurf ist auch in diesem Jahre nach dem Grundgedanken aufgestellt worden, daß Einnahmen und Ausgaben balancieren. Dieser Grundgedanke, den wir anerkennen, darf nicht zum Vorwand genommen werden. Forderungen, die man aus irgendeinem Grunde nicht anerkennen will, abzulehnen. Von bürgerlicher Seite ist früher die Ansicht vertreten worden, daß man auf das Gleichgewicht im Haushaltsplan kein zu großes Gewicht zu legen brauche. Dabei wurde Dresden als Vorbild hingestellt.

Das Dresdner Vorbild laßt aber durchaus nicht zur Nachahmung. Dort sind im Jahre 1926 rund 3,6 Millionen Mark Fehlbetrag vorhanden gewesen. Dieser soll nun in drei Jahresraten von je 1,2 Millionen Mark in den Jahren 1928 bis 1930 gedeckt werden. Die Entlastung in einem Jahre hatte also eine Mehrbelastung für die nachfolgenden 3 Jahre im Gefolge.

Die Wohnungsnot

Das Kapitel „Wohnungsnot“ erfordert nach wie vor gespannteste Aufmerksamkeit. Noch immer sind in Leipzig rund siebenund-einhalbtausend Familien mit Kindern vorhanden, die noch keine eigene Wohnung haben. Dazu kommt das Heer der kinderlosen Ehepaare und der schlecht Untergebrachten. Alle diese unglücklichen Mitbürger warten sehnsüchtig auf eine eigene selbständige Wohnung mit erschwinglicher Miete, die ihnen Gesundheit und Lebensfreude und ein geregelter Familienleben bieten soll. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt deshalb, daß der Wohnungsnot ganz energisch zu Leibe gegangen und daß das Tempo des Wohnungsbaues wesentlich beschleunigt wird.

Wir bedauern lebhaft, daß es nicht gelungen ist, die städtische Wohnungsfürsorge-Gesellschaft ins Leben zu rufen, und damit die Spitzenfinanzierung durch Inanspruchnahme des Realcredits sicherzustellen.

Das ist das Verschulden der kommunistischen Fraktion. Sie hat die Politik der Prosa und der Agitation höhergestellt, als die praktische Arbeit. In Chemnitz und in Würzen haben die kommunistischen Stadtverordneten der Errichtung von städtischen Wohnungsgesellschaften zugestimmt, obwohl die in Frage kommenden Gesellschaftsverträge in den Grundbüchern mit dem Leipziger Entwurf übereinstimmen. Ich kann dabei jedoch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß auch der Rat an dem Scheitern der Vorlage über die Errichtung einer Wohnungsfürsorge-Gesellschaft nicht unschuldig ist. Hätte er, wie der Chemnitzer Stadtrat, sozial Entgegenkommen gezeigt, im Ausschussrat der Gesellschaft die Stadtverordneten stärker vertreten sein zu lassen, dann wäre der kommunistischen Fraktion die Ablehnung wahrscheinlich doch nicht möglich gewesen. Man gewinnt

den Eindruck, daß es dem Rat gar nicht so unlieb war, daß die Kommunisten auf die ausgelegte Leinwand traten.

Neben dem städtischen Wohnungsbau wünschen wir die bezugsfähige Förderung des gemeinnützigen Genossenschaftsbauens. Wenn auch die eigenen Mittel der Bauvereinigungen erklärlicherweise nicht allzu stark ins Gewicht fallen, so schlagen wir doch die im Genossenschaftswesen verarbeitete Erziehung zu verantwortlicher Selbstverwaltung außerordentlich hoch an.

Die Stadt muß aber auch Anleiheemittel für den Wohnungsbau bereitstellen. Die Stadt Berlin stellt z. B. im laufenden Jahre 50 Millionen Mark zu diesem Zweck bereit. Notwendig erscheint uns auch, die Mittel der Sparkasse in planmäßiger Weise dem Wohnungsbau nutzbar zu machen und die Stadtbank zur Zwischenfinanzierung heranzuziehen.

Die Städtischen Theater

Rechte Sorge macht uns der hohe Zuschuh für die Theater und das Stadttheater. Er beträgt zusammen 1801500 Mk. Wir erkennen gern an, daß die künstlerische Qualität der Leipziger Stadttheater auch im vergangenen Jahre sich erfreulich gehoben hat. Der hohe Zuschuh zu den Theatern ist für die Sozialdemokratie nur erträglich, wenn der minderbemittelten Bevölkerung durch billige Vereinsvorstellungen die Möglichkeit des Besuchs gewährleistet bleibt. Die sozialdemokratische Fraktion kann deshalb unter keinen Umständen eine Erhöhung der Preise für die vom Arbeiterbildungsinstitut veranstalteten Aufführungen gutheißen. Sollte es nicht möglich sein, genügende Garantien in dieser Richtung zu erhalten, müßte sie sich vorbehalten, den Zuschuh für die Theater wesentlich zu begrenzen oder ganz abzulehnen.

Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen

Einen breiten Raum im Haushaltplanentwurf nimmt das Kapitel Wohlfahrtspflege ein. Die Lasten, die sich daraus ergeben, machen und den fünften Teil der gesamten Ausgaben aus. Fast 27 Millionen Mark betragen die Zuschüsse, die geleistet werden müssen, wovon allein 14,7 Millionen Mark auf das Fürsorgewesen entfallen. Ende Januar 1928 sind allein 22 471 Personen in offener Fürsorge unterstützt worden. Das sind soviel, wie die Stadt Wurzzen insgesamt Einwohner hat. Dieser Vergleich zeigt erst einmal richtig die Größe der Aufgabe, die die Stadt zu bewältigen hat. Eine nennenswerte Abnahme der Unterstützten ist nicht eingetreten; sie ist im laufenden Jahre nicht zu erwarten. Das Reich hat es verstanden, die Unterstützung der Opfer des Krieges und der Inflation auf die Gemeinden abzuschieben. Denselben Vorgang beobachten wir jetzt wieder bei der Unterstützung der Arbeitslosen, wo rücksichtslos jeder nicht mehr voll Erwerbsfähige an das Fürsorgeamt abgehoben wird, bei dem Geseh zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, wo die Gemeinden die Lasten allein zu tragen haben, und bei anderen mehr.

Die Sozialdemokratie betrachtet es als eine Pflicht der Öffentlichkeit, die Opfer heutiger Gesellschaftsordnung so zu unterstützen, daß sie ihre Arbeitskraft erhalten können, oder soweit sie überhaupt arbeitsfähig sind, daß sie ergötzen können.

Nicht allenthalben Erreutesches haben wir über das Gesundheitsamt zu sagen. Wir haben den Eindruck, daß es an einer energischen, zielstrebigen und arbeitsfreudigen Leitung fehlt. Das zeigt sich bei der Frage der Errichtung eines Zentralmilchhofes ebenso,

wie bei der Durchführung der kommunalen Totenbestattung. Verschärfte in der Öffentlichkeit bekanntgewordene Missetände bei städtischen Einrichtungen, wie z. B. im Pathologischen Institut des Krankenhauses St. Georg, deuten ebenfalls darauf hin. Scharf zu kritisieren haben wir auch, daß der Stadtverordnetenbeschluss auf Kündigung des Vertrages mit dem Albert-Zweigverein immer noch nicht durchgeführt ist. Die zahlreichen Uebergriffen der bewilligten Mittel für Projekte, die dem Dezernenten des Gesundheitsamtes unterliegen, lassen ebenfalls den Eindruck entstehen, daß etwas nicht in Ordnung ist.

Zur Frage der kommunalen Totenbestattung habe ich zu erklären, daß meine Fraktion unter allen Umständen an ihrer Forderung festhält.

Die Städtischen Werke

Ueber die technischen Werke der Stadt habe ich schon eingangs gesprochen, ich kann mich deshalb auf wenige Bemerkungen beschränken. Die Bestrebungen auf Erweiterung des Abfahrgeländes für die Gaswerke finden bei uns größte Förderung. Wir betonen uns zum Vorkämpfer einer planmäßigen Gasfernverteilung im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet unter wesentlicher Anteilnahme der Leipziger Gaswerke.

Die Arbeiterschaft, die in voller Hingabe für die gemeinwirtschaftlichen Betriebe der Stadt gearbeitet hat, verdient Anerkennung und Dank. Auf ihr lastet eine hohe Verantwortung. Sie muß den Beweis liefern, daß der gemeinwirtschaftliche Regiebetrieb nicht nur ebenbürtig arbeitet wie der Privatbetrieb, sondern noch viel besser. In großem Umfange ist dieser Beweis bereits geleistet. Vor allen Dingen in den Betrieben, wo die Arbeiterschaft durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen ist, sind die Leistungen ganz ausgezeichnet. In einigen Betrieben, wo dies noch nicht der Fall ist, trägt daran das frühere System, daß nur Unorganisierte, Gelbe, eingestellt wurden, die Hauptschuld. Wenn sich auch ein Teil dieser Leute in der Zwischenzeit mit einer knattrigen Hülle und dem Abscheu der Sichel und des Hammers versehen hat, so hat diese Metamorphose doch den Kern und Geist noch nicht wesentlich verändert. Diese Kreise sehen die städtischen Werke als genau solch Ausbeutungsunternehmen an wie jeden privatkapitalistischen Betrieb. Es wird noch länger Erziehungsarbeit bedürfen, diese falsche Einstellung zu den gemeinwirtschaftlichen Betrieben der Stadt zu ändern und die Ueberzeugung Gemeingut werden zu lassen, daß die Stadtwerke Keimzellen einer künftigen sozialistischen Wirtschaft sind.

Aber auch von den Betriebsleitungen müssen wir verlangen, daß sie sich ihrer Aufgabe bewußt sind. Die vorzüglichste Organisation muß für städtische Betriebe gerade gut genug sein. Eine verständige Betriebsleitung wird auch besonderen Wert auf die enge Mitarbeit der Betriebsräte legen. Wir wünschen, daß hier bald eine Venderung zum Besseren eintritt. Man geniere sich nicht, auch einmal befähigte Kräfte aus den Volksschichten in verantwortliche Stellen zu setzen; man wird gewiß keine schlechten Erfahrungen machen.

Die Erhöhung des Betrages der Stadtwerke zu den allgemeinen Verwaltungskosten von 5 auf 8 Millionen Mark kann die sozialdemokratische Fraktion nur dann gutheißen, wenn Garantien gegeben werden, daß dadurch keinerlei Erhöhungen der Tarife eintreten.

Reaktionäre Schulpolitik

Das Leipziger Schulwesen stand im vergangenen Jahre sehr oft zur Debatte. Diese wurde eingeleitet durch die bekannte Neujahrstede des Herrn Oberbürgermeisters über die Volksschule. Wesentlich kritischer war im vergangenen Jahre der Bericht, auf dem Wege über ein Reichsschulgesetz die einheitliche Volksschule zu zerbrechen und sie in großem Umfange an die Kirchen auszuliefern. Wäre die Vorlage Geseh geworden, dann hätte die Stadt viele Millionen Mark an einmaligen und laufenden Mehrausgaben zu tragen gehabt. Dies schien den Rat aber wesentlich weniger zu bedrücken als die 100 000 Mark Mehrausgaben für die Durchführung der täglichen Schulreinigung, für deren Ablehnung logar der Herr Oberbürgermeister persönlich in die Schranken getreten ist.

Verwunderlich ist, daß der Rat zwar auf der einen Seite mit aller Gewalt sparen will, auf der anderen aber mit neuen unausgereiften Plänen hervortritt. So soll eine Kunstgewerbeschule aufgezogen werden, obwohl alle Fachleute sich darüber einig sind, daß der gewählte Zeitpunkt hierzu der allerungeeignete ist, weil sich das gesamte Kunstgewerbe in einer schweren Krise befindet. Die bekanntgewordenen Pläne des Herrn Professors Dr. Stahl haben jedenfalls in weiten Kreisen der Fachwelt Erstaunen und Kopfschütteln erregt. Ob die sozialdemokratische Fraktion hier mitgehen kann, erscheint sehr fraglich. Auf keinen Fall wird sie sich vor vollendete Tatsachen stellen lassen.

Großes Erstaunen hat die Art hervorgerufen, wie der Rat die Angelegenheit mit den angeforderten zwei Stadtschulräten behandelt hat. Als die Vorlage des erstmalig aufgedruckten, sollte die Anstellung stillschweigend erfolgen, da das Schulamt ohne sie nicht länger auskommen könne. Nachdem sich aber das Stadtverordnetenkollegium das Befähigungsrecht vorbehalten hat, ist das Interesse merklich abgeklüht. Die in diesen Tagen an die Stadtverordneten gelangte Zuschrift des Rates bringt nun endlich Klarheit.

Der Rat will offenbar vermeiden, daß ein linksstehender Mann in das Schulamt einzieht. Für die Volksschule habe sich kein geeigneter Bewerber gefunden und für die höheren Schulen ist der Erwählte natürlich ganz zufällig ein rechtsstehender Herr.

Es steht fast so aus, als ob die Anstellung der zwei Stadtschulräte gar nicht so unbedingt notwendig ist. Deshalb wird diese Frage erneut geprüft und gegebenenfalls werden die Stellen geleistet werden müssen.

Mit diesen wenigen Bemerkungen will ich meine Ausführungen zum Haushaltplan schließen. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich bei den anschließenden Ausschussberatungen bemühen, den Haushaltplan so zu gestalten, daß die Interessen der werktätigen Bevölkerung soweit als irgend möglich gewahrt werden.

Nach dem Genossen Fleißner sprach Stadtverordneter Schmidt von der Wirtschaftspolitischen Vereinigung. Ihm folgte der kommunalpolitische Vertreter Lieberach. Wir berichteten darüber morgen.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Gefüllte Kalbsbrust mit Kopfsalat 1.10 Sardellenklopp mit Kartoffeln 75 - Morgen: Linsen mit Schwarzwildsch 80 - Geschmorter Hammelkeule mit Thüringer Klößen 1.30 Schweinefleisch mit Meerrettich und Klößen

1 Waggon Geflügel
Vorzügliche russische Gefrier-Hühner

Fette Suppenhühner	1.25
Suppen-Hühner entdarmt	1.35
Einjährige Brathühner entdarmt	1.40

MAWMANN

Vorzügliche billige **Lebensmittel**

Fleisch und Wurst

Regensburger Würstchen	Pfd. 1.40
Kasseler Leberwurst	35
Blutwurst	35
Jagdw., Morladella	35
Mett- u. Knackwurst	35
Harto Knackwurst	32
Plockwurst	45
Savr. Bierwurst	45
Preßkopf	45
Fleischsalat	30
Schweinskopf, Gelee	30
Schinken, gekocht	50

Blut-Äpfelchen Pt. 40
III. Bl.-Äpfel, St. 16 1/2

Konserven

Gem. Gemüse	2-Pfd. D. 85
Leipziger Allerlei	1.00
Gemüse-Erbesen	58
Spinat (sandfrei)	65
Schnittbohnen I	85
Haricots verts	85
Pflaumen m. St.	75
Birnen (halbe Frucht)	1.30
Kirschen m. St.	1.30
Rolnclauden	1.45
Ananas, 8-g-Scheiben	1.45
Erdbeeren	1.65

Kranz-Felgen Pfd. 32
Amer. Äpfel Pfd. 65

Butter - Käse

Moikeralbutter	Pfd. 1.00
Reine Schmelzbutter	Pfd. 1.05
It. Schweizerkäse	Pfd. 45
It. Käse vollfett	Pfd. 33
Edamer Käse, vollfett	Pfd. 33
Holl. Käse o. R.	Pfd. 30
Limburger Käse	Pfd. 48
Ziegenkäse, groß St.	48
Ital. Sahnenkäse (1)	Pfd. 40
Fst. Roll. - Camembertca.	Pfd. 62
Emmentaler o. R. 6teil., Kart	85
Salzbrezeln, 4 Pakete	55

Preiswerte Osterhasen in großer Auswahl
Dragon-Eier 1/2 Pfd. 18

Frisch-Fleisch

von nur Schlachtvieh
1. Klasse

Ochsenfleisch

Querrippe	1.20
Hohe Rippe	1.30
Schmorl.	1.50
Rouladen	1.60

Schweinefleisch

Bauch	80
Keule	95
Kamm	1.10
Koteletten	1.20

Kalbfleisch

Kamm, Brust	1.30
Keule	1.40
Niere	1.40
Wickelbraten	1.35

Hammelfleisch

Bauch	1.20
Rücken	1.30
Keule	1.40
Gohacktes Rindfl.	1.20

Backwaren

Kaiser-Auszug-Mehl	5-Pfd.-Beut 1.70
Mehl 000	4 Pfd. 95
Mandeln, süß	Pfd. 1.90
Mandeln, bitter	Pfd. 1.90
Sultanninen	Pfd. 80
Korinthen	Pfd. 70
Große Rosinen	Pfd. 60
Kokosraspel	Pfd. 60
Blaue Mohn	Pfd. 70
Puderzucker	Pfd. 40

Faßweine

Insol-Samos	Lit. 1.85
Malaga-Gold	Lit. 1.70
Griech. Muskat	Lit. 1.50
Tarragona	Lit. 1.35
Erdbeerwein	Lit. 1.30
Johannisbeerwein	Lit. 1.05
Heidelbeerwein	Lit. 1.05
Apfelwein, süß	Lit. 85
Apfelwein, herb	Lit. 50
Haut-Sauternes, 1924er	Fl. 2.25
Dautacher Weinbrand	Fl. 3.60
Weinbr.-Varechn. 38%	Fl. 2.65

Sonder-Angebot!
Frische große Eier 10 St. 1.05

KAUFHAUS BRÜHL

Buchdrucker und Schiedsspruch

Sturm in Leipzig

Massenversammlung im Park Meusdorf

In einer von circa 5000 Kollegen besuchten überfüllten Versammlung, die wiederum im Park Meusdorf stattfand, nahmen die Leipziger Buchdrucker zu der neuen Situation, wie sie durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister geschaffen wurde, Stellung. Noch niemals hat eine Versammlung einen so stürmischen Verlauf genommen, wie diese. Die Buchdrucker, die sonst immer ruhig alles abwägen, waren diesmal den sachlichen Darlegungen der Sprecher des Gewerkschaftsrates nicht zugänglich. Sie konnten es nicht verstehen, daß dem Gewerkschaftsrat durch die Zwangslage, in die er durch die Verbindlichkeitsklärung geraten war, nichts anderes übrig blieb, als die dadurch geschaffene Rechtslage zu beachten. Nach dem Geheiß legt die Verbindlichkeitsklärung der Organisation die Friedenspflicht auf und verbietet ihr weitere Kampfhandlungen.

Wenn auch bemerkt werden muß, daß ein großer Teil der Versammlungsbesucher absichtlich einen ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlung von vornherein unmöglich machen wollte, so ist doch andererseits die Erregung begreiflich. Angesichts der einmütigen Kündigung und der Bereitwilligkeit, alle daraus entstehenden Konsequenzen zu ziehen, war es für die Organisationsleitung keine leichte Aufgabe, namentlich dazu aufzufordern, geordnet den Rückzug anzutreten. Teilweise war die Entzweiung so stark, daß die Versammlung in Tumult auseinanderbrach. Die Führer mühten Schmärgen und Schimpfworte über sich ergehen lassen, die eben nur aus der Erregung heraus zu erklären sind. Man machte sogar den Versuch, sie tätlich anzugreifen. Hoffentlich ist es in einer ruhigeren Zeit möglich, den Buchdruckern auseinanderzusetzen, daß sie auf Grund der Rechtslage nicht anders handeln konnten.

Ganz besonders war aber die Versammlung empört über die Hilfe, die der Reichsarbeitsminister durch die Verbindlichkeitsklärung des unzulänglichen Schiedsspruches den Unternehmern gewährt und somit einen Streik unmöglich gemacht hat. Eine Entschliebung, die der Gewerkschaft vorlegte, bringt das scharf zum Ausdruck. Außerdem legt sie klar, daß sie sich nur aus dem Grunde diesem Diktat des Reichsarbeitsministers fügt, um die Organisation vor noch größerem Schaden zu bewahren. Trotz der ungeheuren Erregung der Versammlung wurde der Entschliebung des Gewerkschaftsrates mit geringer Mehrheit zugestimmt. Dadurch war eine Resolution, die dazu aufforderte, am Freitag trotzdem die Betriebe zu verlassen, erledigt. Eine weitere Entschliebung fordert den Verbandsvorstand und den ADGB auf, alles anzuwenden, um die Schlichtungsordnung zu beseitigen, die sich in letzter Zeit nur als ein Instrument für die Unternehmer zur Niedrighaltung der Löhne herausgebildet hat.

Im übrigen mögen die Buchdrucker das beachten, was der Korrespondent am Schluss eines Artikels in Nr. 25, der zur Lage Stellung nimmt, schreibt: „Man muß diese unglückliche Wendung der Dinge von politischen Gesichtspunkten aus als weiteren Beweis einseitiger Gebundenheit der jetzigen Reichsregierung an Unternehmerninteressen bewerten und die entsprechenden Schlussfolgerungen in kommenden Zeiten als Staatsbürger daraus ziehen!“ Hoffentlich geschieht das von den Buchdruckergeschäften, die es als überflüssig erachten, sich auch politisch zu organisieren und die die bürgerliche Presse lesen.

Streik in München

München, 29. März.

In einer gestern abend abgehaltenen außerordentlichen Versammlung der Münchner Buchdruckergeschäfte wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, nach Ablauf der Kündigungsfrist am Freitag um Mitternacht in den Streik einzutreten. Die Streikleitung wurde bereits gebildet. Im Vollzug dieses Streikbeschlusses würden also vom Sonnabend früh an in München keine Zeitungen erscheinen.

Der Berliner Beschluß

Berlin, 29. März (Radio).

Die Berliner Buchdrucker hielten am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich hauptsächlich mit dem Schiedsspruch befaßte. Gegen eine kleine Minderheit wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 28. März 1928 tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer erklärt, daß sie nur dem Zwang gehorchen, um die Organisation vor größerem Schaden zu bewahren, den Anordnungen des Verbandsvorstandes folgen und von Kampfmaßnahmen gegen den Schiedsspruch absehen. Sie kann es aber nicht unterlassen, den

staatlichen Institutionen, welche ihre Macht zur Fesselung der Gewerkschaften und Niedrighaltung des Lebensstandards der Arbeiterklasse benutzen, ihre Mißachtung auszusprechen. Die Versammlung ist gewillt, das ihnen durch den Schiedsspruch Vorenthaltene ohne Schädigung der Organisation auszugleichen.“

Gemeindearbeiter Lohnerhöhung in Berlin

Berlin, 28. März.

Der Magistrat hat beschlossen, die Löhne der städtischen Arbeiter im Volk-Lohnvertrag mit Wirkung vom 2. April d. J. um 6 Reichspfennige und ab 1. Oktober d. J. um 4 Reichspfennige pro Stunde zu erhöhen. Die Stundenlöhne aller übrigen Arbeitsträfte erhöhen sich vom gleichen Tage im bestehenden Verhältnis. Diese Löhne gelten bis 31. März 1929. Das Volk-Lohnvertrag der städtischen Arbeiter wird vom 2. April d. J. an von 24 Jahren auf 21 Jahre herabgesetzt.

Der Berufsmusiker Eine Warnung an die Eltern

In ganz Deutschland gibt es annähernd 80 Orchester, deren Anstellungsverhältnisse als befriedigend bezeichnet werden können. In diesen sind etwa 5000 Musiker tätig, d. h. von der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Musiker etwa 4 bis 5 Prozent. Daneben gibt es noch eine Reihe von Theater-, Kino-, Kaffeehauskapellen, in denen gute Musiker ein bescheidenes Dasein finden. Aber schon bei diesen macht sich das Moment der wirtschaftlichen Unsicherheit von Zeit zu Zeit bedenklich geltend. Unlautere Konkurrenz durch ein Heer von nebenamtlich musizierenden Beamten, durch Reichswehrkapellen, Dilettanten und Puffler nehmen auch diesen Musikern die Sicherheit ihrer wirtschaftlichen Existenz. Viel schlimmer aber ergeht es der großen Masse von Musikern, die auf Ausübung von Musikgeschäften von Fall zu Fall angewiesen sind. Diese kommen wirtschaftlich nie zur Ruhe, und widrige Konkurrenz aller der vielen nebenberuflich Tätigen schmälert ihr Einkommen und ihre Verdienstmöglichkeiten. Unter solchen Verhältnissen kann man nur dringend vor der Wahl des Musikerberufes abraten.

Nur in dem Maße, daß besondere, unzweifelhaftige Begabung und unüberwindliche Neigung den jungen Menschen für den Beruf bestimmt erscheinen lassen, wenn ferner die Möglichkeit gegeben ist, ihm eine zweitmäßige und vielseitige Ausbildung zuteil werden zu lassen, die ein ruhiges Entwickeln und Ausreifen seiner natürlichen Fähigkeiten sicherstellt, nur dann soll man ihn als Musiker ausbilden lassen und dann wird es ihm vielleicht möglich sein, eine gesellschaftlich und wirtschaftlich befriedigende Stellung durch die Ausübung seines Berufs zu erlangen. Auskünfte über Musikausbildungsfragen erteilt bereitwilligst der Deutsche Musikerverband, Berlin SW. 11, Bernburger Str. 19.

Arbeitsmarkt kritisch

Die neuesten Nachweisungen des Reichsarbeitsministeriums über die Zahl der versicherungstatistisch erfaßten Arbeitslosen lassen die Lage des Arbeitsmarktes weiterhin sehr kritisch erscheinen. Es wurden gezählt:

	Mitte Januar	Mitte Februar	Mitte März
Arbeitslosenversicherung:			
Hauptunterstützungsempfänger	1 371 000	1 238 000	1 200 000
Kollisionsarbeiter	22 500	51 500	53 800
Zusammen	1 393 500	1 289 500	1 253 800
Krisenunterstützung:			
Hauptunterstützungsempfänger	228 000	215 000	212 300
Kollisionsarbeiter	8 500	16 000	17 000
Zusammen	236 500	231 000	229 300
Insgesamt	1 620 000	1 520 500	1 483 100

Der Rückgang vollzieht sich außerordentlich langsam. Während er in den drei Halbmonatsperioden von Mitte Januar bis Ende Februar durchschnittlich je 33 200 betrug, war er zwischen Ende Februar und Mitte März 37 400.

Der Fleischerverband im Jahre 1927

Die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse haben sich auch stark auf das Fleischergewerbe ausgewirkt. Demzufolge und weil die Lehrlingshaltung außergewöhnlich groß ist, hat die Arbeitslosigkeit immer noch einen Jahresdurchschnitt von 15 Prozent aufgewiesen. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres zeigte sich eine merkliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Die Ergebnisse des Verbandes zeigen sich nicht allein in Mitgliederzuwachs von 14 018 auf 15 643 und finanziell, sondern auch in

sozialer Beziehung. Der Kampf um die Sonntagsruhe führte in Groß-Berlin dazu, daß ab 1. März d. J. die volle Sonntagsruhe auch im Fleischergewerbe durchgeführt ist. Der Kampf um die Befreiung von der Unfallsteuer und die Durchführung der Sozialversicherung für die Kopf- bzw. Lohnschlächter in den Schlachthöfen hat recht gute Erfolge gezeitigt. Der Zentralverband steht im Gegensatz zu dem Reichs- und Provinzialverband grundlegend auf der Ein- und Durchführung des Achtstundentages bzw. der 48-Stunden-Woche. Schon darum ist es verständlich, daß die Fleischerinnungen den Bund zu Tarifabschlüssen anfordern, weil dieser mindestens 55ständige wöchentliche Arbeitszeit abschließt, sich auch um die Einhaltung keiner Tarifverträge nicht bemüht.

Daß Kampf nicht zugleich Streit bedeutet, das zeigte sich, indem der Verband nur vier Kämpfe mit Arbeitseinstellungen zu führen genötigt wurde in 16 Betrieben mit 1050 Beschäftigten. Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen fanden statt in 212 Fällen in 241 Orten mit 21 602 Betrieben und 36064 Beschäftigten. Solche zur Abwehr von Verschlechterungen fanden statt in 11 Fällen in 48 Orten mit 2068 Betrieben und 4653 Beschäftigten. Erfolge hatten: Arbeitszeitverkürzung 11022 Personen mit zusammen 83 299 Stunden je Woche; Lohnreduktionen 21 319 Personen mit 63 514 Mark je Woche; sonstige Erfolge (Verbesserung von Überstunden, Ferien und andere Vergünstigungen) 19 600 Personen. Abgemindert wurden: Arbeitszeitverlängerung für 2255 Personen 12 705 Stunden je Woche; Lohnreduktion für 1469 Personen 4886 Mark je Woche und sonstige Verschlechterungen für 3652 Personen.

Der Lohnkampf in der bayrischen Provinz-Metallindustrie ist durch Entscheidung des Staatsministers für soziale Fürsorge, Oswald, beigelegt worden. Die Entscheidung wurde von beiden Parteien als rechtsverbindlich anerkannt.

Das Wirtschaftsprogramm der französischen Sozialisten

Von Paul Szende (Paris).

Das neue Programm der französischen Sozialisten, vor kurzer Zeit veröffentlicht, enthält, wie die meisten sozialistischen Programme, einen allgemeinen und einen besonderen Teil, der letztere gilt zugleich als Wahlprogramm. In der Einleitung erklärt die Partei, daß das Endziel seiner Aktion die soziale Revolution ist, die „nichts mehr und nichts weniger bedeutet als die Erhebung des jetzt herrschenden Wirtschaftssystems, gegründet auf das kapitalistische Privateigentum, durch ein kollektivistisches System der Erzeugung, des Verkehrs und des Verbrauches. Der Sozialismus als unumkehrliche Erbe der kapitalistischen Wirtschaft, deren Reichtum der ausgehöhlten Arbeit der Generationen zu verdanken ist, hat bereits jetzt die Verpflichtung, seine Erbschaft zu schütten und vorzubereiten.“ Der Erfüllung dieser Pflicht dient auch das Uebergangsprogramm.

Kein Teil des Programms wird so stark durch die Stellungnahme des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (Confédération générale du Travail, kurz die CGT) beeinflusst wie eben die wirtschaftlichen Forderungen. Es ist eine bekannte und vielfach erörterte Tatsache, wie sich das Verhältnis, das vor dem Kriege zwischen Partei und CGT bestand, in der Nachkriegszeit ins Gegenteil umgekehrt hat. Vor dem Kriege war die CGT äußerst radikal und schaute mit Verachtung auf die „reformistische“ Partei hinunter. Jetzt ist die CGT dermaßen reformistisch geworden, daß gegen den Geist seines letzten Programmes, erlassen im November 1927 nicht nur Zpromski, einer der Führer des linken Flügels der Partei, protestierte, sondern auch Léon Blum es für nötig fand, einen Trennungspunkt zwischen dem reformistischen Opportunismus der Gewerkschaften und dem prinzipiellen Politik der Partei zu ziehen. Eine bürgerliche Partei — die radikale — nahm hingegen das Programm der CGT ohne mit der Wimper zu zucken an. Es ist hauptsächlich die Frage der Rationalisierung, die diesen Stellungswandel der CGT veranlaßte. Ihre Führer sind der Meinung, daß dieser Prozeß ein unauflöslicher ist. Werden die Interessen der Arbeiterklasse nicht energig verteidigt, dann kommt sie unter die Räder. Diese Verteidigung kann aber erst dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Gewerkschaften an der Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen einen aktiven Anteil nehmen, wenn — wie Zpromski sagte — „die Arbeiterklasse in den Bourgeoisstaat eingeschaltet wird“.

Die Rationalisierung ist zweifellos eine Forderung des Tages, ein Prozeß, der, ob man will oder nicht, zwangsläufig vor sich geht, sie ist aber gleichzeitig ein Schlagwort, das jetzt hoch in der Mode steht. Seitdem es einen Kapitalismus, ja überhaupt ein Lohnverhältnis gibt, versuchen immer die Unternehmer, die Ertragskraft der Produktion auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen. Nach den Bewältigungen des Krieges gewann dieses Problem eine erhöhte Wichtigkeit und einige neue Gesichtspunkte; die übermäßige Bedeutung aber, die ihr beigelegt wird, ist eher aus politischen als wirtschaftlichen Gründen zu erklären. Die Rationalisierungsfrage bzw. ihre Ueberschätzung gab der CGT die erwünschte Folie,

Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat April: Freitag, den 30., und Sonnabend, den 31. März, 18—20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltungsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** karte. — Die mit * versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen. Als Ausweis dient die Stempelkarte. Nach Ablauf des Anmeldezeitraumes können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat April nicht mehr berücksichtigt werden, damit das Verteilungs- und Kontrollsystem so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

Verbilligtes
Zeitungs-
Abonnement
für Arbeitslose

Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen

Die Anmeldungen müssen jeden Monat erneuert werden

Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:

- Mit-Leipzig:** Filiale der Volkszeitung, Zeiger Str. 32.
- Rosener Leipzig:** Filiale der Volkszeitung, Tauchaer Str. 19/21, I. rechts.
- Dübener:** Filiale der Volkszeitung, Elisenstraße 19, L. Schönefeld.
- Filiale der Volkszeitung, Stettiner Str. 64, L. Stütz.**
- Otto Schmidt, Karl-Härtling-Str. 8, III. r. L. Paunsdorf.**
- Karl Köstlich, Riesaer Str. 53, Engelsdorf, Reinhold Prell, Hauptstr. 8, II. Althen, Gatzhof.**
- Neuhäuser Dübener:** Taucha, Hamann, Lindenstraße 20 Dübener, Gottfried Buhstump Panitzsch, Richard Knaak, Querstraße 64 Portig, Albert Wohlfahrt Nr. 35 h.
- Südlicher:** L. Thonberg, Bibliothek, Stötteritzer Str. 17, L. Südlicher.
- Filiale der Volkszeitung, Ferdinand-Johst-Str. 27, L. Probstheida, Bibliothek, Ruffenstraße 14, Großpössa, Wilm**

- Wesner, Hauptstr. 24, Holzhausen, Heinrich Rohnte, Bahnhofstr. 30, Liebertsdorf, Paul Gebhardt, Markt 1, Müllau, Wilhelm Küttig, Hauptstr. 17, Zweinandorf, Otto Linz, Hauptstr. 26, Schwick, Albin Sommer, Dechow Nr. 9, Südmital, Otto Krause, Nr. 42, Bachau, Joh. Garmann, Am Bach 27 c.**
- Südlicher:** Leipzig-Connewitz, Bibliothek, Döliger Straße 18 (Hof), Leipzig-Löhne, Friedrich Mohr, Colloredostraße 10 part. rechts (Meldezeit von 17 Uhr bis 19 Uhr), Döllig, Ernst Hoffmann, Friederichstraße 9, Eröber, Karl Bahl, Kirchstraße 11, Marktleeberg, Walter Franke, Bergstr. 14 Döllig, Julius Schmidt, Gauß, Albin Weidner, Jochen, Adolf König, Jöbiger, Alfred Albrecht, Koburger Str. 9, Zwenkau, Artur Wolf, Bahnhofstr. 6, Großpössa, Otto Wülfner, Turnerstr. 5, I. Gatzhof, Hermann Dettel, Hauptstraße 58.
- Westlicher:** L. Lindenau, Filiale der Volkszeitung, Obermannstraße, L. Plagwitz-Schleußig, Filiale der Volkszeitung, Weiß-

- Leiser Straße, L. Kleinhschocher, Filiale d. Volkszeitung, Diestaustraße 5, L. Großhschocher, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 30, L. Leutzsch, W. Klein, Lindenauer Straße 9, I. Böhmig-Ehrenberg, W. Mawuschke, Vielstr. 21, II. Bösdorf, Arno Keller, Zwenkauer Str. 37 f. Knautleeberg, Otto Jonak, Leipziger Str. 32, Müldersdorf, Albin Langrock, Frankenheim, Schönau, Paul Wiedemann, Löhner Str. 31.**
- Neuhäuser Westlicher:** Markranstädt, Filiale der Volkszeitung, Schkeuditzer Str. 15 Böhmig, Reinhold Georat.
- Nordlicher:** L. Cunitzsch, Bibliothek, Wilhelmstraße 23, L. Gohlis, Filiale der Volkszeitung, Lindenthaler Str. 22, L. Mödern, im Heim, Wöhlstraße, Leipzig-Wahren, Albert Rocius, Hallische Straße 387, Quasnik, Kasino Lindenhof, Max Bauer, Heerstr. 8, Pödelwitz, Franz Selmann Nr. 20, Wiederrisch, Konsumverein, Modau, Richard Hessel, Gontardweg 108.

den Uebergang zum Reformismus zu vollziehen. Obzwar das Parteiprogramm — sowohl im allgemeinen als auch im besonderen Teil — mit nicht geringer Vorsicht dieses Problem behandelt. „Es soll dabei die Arbeiterschaft vor der Illusion bewahrt werden, als ob zwischen Arbeiterschaft und Kapital eine grundsätzliche Interessengemeinschaft bestünde.“ Es konnte aber doch nicht umhin, die Nationalisierungsfrage in den Mittelpunkt seines Wirtschaftsteiles zu stellen. Die einzelnen Forderungen dieses Teiles — größtenteils bekannt aus früheren sozialistischen Programmen — gelten eigentlich nur als Maßnahmen, deren Bestimmung ist, die schädlichen Folgen der Nationalisierung für die Arbeiterschaft auszugleichen oder auf das Mindestmaß zu reduzieren.

Zu diesem Behufe verlangt das Programm vor allem die Nationalisierung der tatsächlichen Monopole, wie Versicherung, Petroleum, Zucker, Alkohol, chemische Düngemittel und Eisenbahnen. Durch diese Maßnahmen kann einerseits die Herabsetzung der Tarife, der Preise und der Steuerlast in die Wege geleitet, andererseits der Einfluß der Bevölkerung auf die Verwaltung dieser Betriebe gestärkt werden. Was die Partei verlangt, ist keine Verstaatlichung im älteren Sinne, sondern eine industrielle Nationalisierung. Alle Betriebe sollten von einem Aufsichtsrat geführt werden, der drei Kategorien enthalte: die Delegierten der Unternehmer und der Arbeiter der betreffenden Branche, dann die der Verbraucher, einseitig einerseits durch die Industriezweige, die Verbraucher des Monopolarbeitels sind, andererseits durch die Konsumgenossenschaften, endlich Vertreter der Staatsbehörden. Bisher gelang es der energischen Aktion der Partei, die Verstaatlichung des Zündholzmonopols an den Schwedentrost zu verhindern. Bleibt nach den Wahlen Poincaré an der Regierung, dann wird das obgenannte Programm von der negativen Seite aus eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Außer dem Zündholz müssen auch Tabak, Telephon und die Staatsbahnen verteidigt werden.

Einen großen Raum nimmt in dem Programm der Kampf gegen die Teuerung ein, denn solange der Franken nicht stabilisiert ist, muß die Teuerung fortschreiten, nicht nur infolge der Erhöhung der Erzeugungskosten und der Weltmarktpreise, sondern auch infolge der Schwankungen der Valutakurse. Die Partei verlangt von den Behörden, daß sie die Märkte ständig überwachen, und wenn die Gefahr der Preistreibelei vorliegt, im Verein mit den Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften Waren zu billigeren Preisen in den Verkehr bringen; weiter eine scharfe Überwachung der Gebahrung der Kar-

teille und der Trusts, energische Maßnahmen gegen die Spekulation, die Schaffung eines Ernährungsamtes in jeder Gemeinde wie auch in den Départements, ein staatliches Konjunkturforschungsinstitut, das seine Daten ständig veröffentlicht, Erweiterung des Betätigungsfeldes der Genossenschaften usw.

Gegen den Absolutismus der Unternehmer fordert das Programm die Betriebskontrolle durch die Arbeiter, vor allem im Interesse der reiblosen Durchführung der bestehenden sozialpolitischen Gesetze. Auch die Ausbreitung dieser Kontrolle auf die Betriebsführung wie auch auf die kommerzielle Gebahrung der Unternehmung wird verlangt und mit der Nationalisierung in Verbindung gebracht.

Es ist merkwürdig, daß das Programm in bezug auf die Zollpolitik jede ausführliche Stellungnahme vermeidet, was um so mehr überrascht, da die Sozialisten — von den Kommunisten abgesehen — die einzige Partei im Abgeordnetenhaus waren, die die zuletzt vorgenommene empfindliche Erhöhung der Zölle energisch bekämpften. Nur dort, wo es von der Neubehaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit und von der Steigerung der Produktion spricht, nimmt es gegen die Schutzzölle, die die wirtschaftliche Tätigkeit durch ihr künstliches System lähmen, Stellung. Einen verhältnismäßig großen Teil nehmen die agrarpolitischen Forderungen ein. Ich hoffe, mich mit der französischen Agrarfrage in einem späteren Artikel ausführlich beschäftigen zu können.

Mit der Rücksichtnahme auf die CGT hängt auch die Bedeutung zusammen, die das Programm dem Nationalen Wirtschaftsrat beimißt. Diese Lieblingsidee, um nicht zu sagen Stiefkinder — der CGT wurde durch eine Verordnung der Regierung herabgesetzt im Jahre 1925 verwirklicht. Er vereinigt die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter, weiter verschiedene Delegierte der öffentlichen Kassen. Manche Kreise, auch die radikale Partei, erblicken in dieser Institution eine geeignete Stätte für das Zusammenarbeiten zwischen Kapital und Arbeit. Von ihrer bisherigen Tätigkeit ist nicht viel Aufhebens zu machen. Das Parteiprogramm verlangt eine gesetzliche Grundlegung der Rolle des Wirtschaftsrates, die Erweiterung seines Wirkungsbereiches, es betrachtet ihn als einen möglichen Ersatz für den Senat, dessen Abschaffung die Partei fordert.

Vom französischen Sozialismus behaupten viele — die einen rühmend, die anderen lobend — daß er mehr die Ideen Broudhons als den Geist Marx' widerspiegelt. Der grundsätzliche Teil des jetzigen Parteiprogramms ist — von einigen Abweichungen abgesehen — Marx'scher Herkunft. Wie es im Leben vertreten und

ausgelegt wird, gehört auf ein anderes Blatt. Wichtig ist aber, daß die französische Partei in ihrem Programm ihre Solidarität mit den marxistischen Ideen offen bekundet.

Lindbergh will den Pazifik überfliegen

SPD London, 28. März.

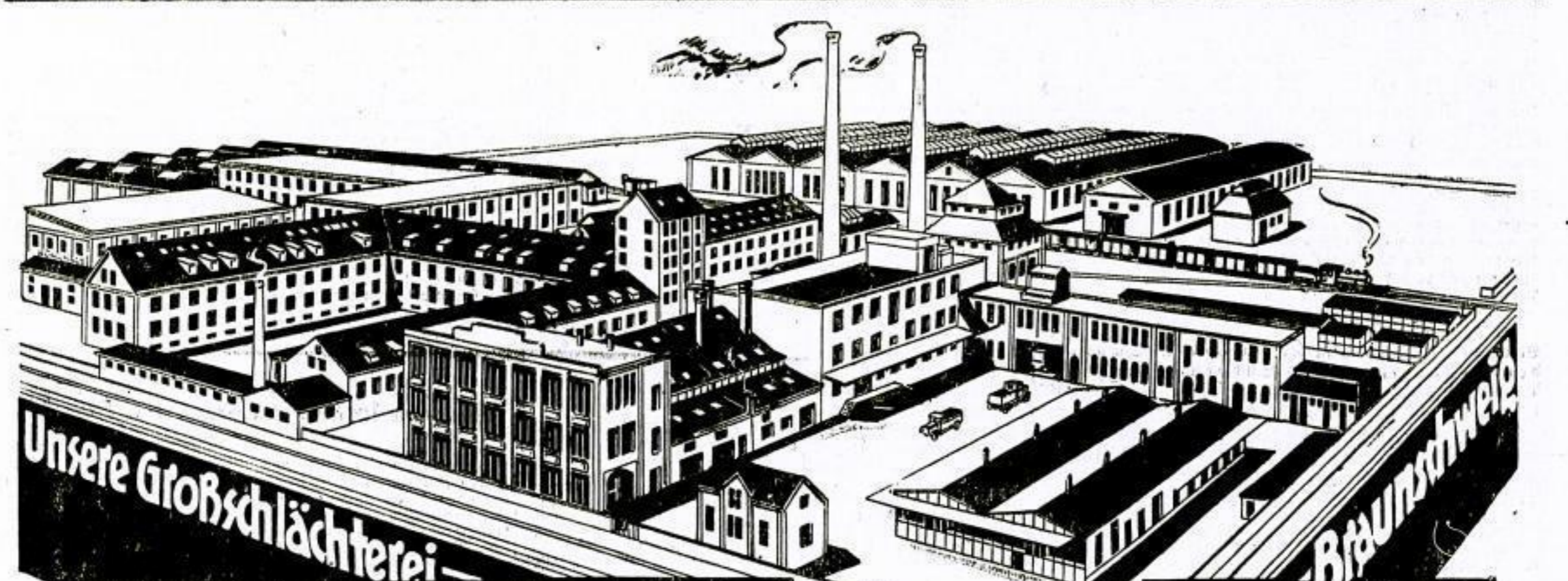
Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Dzeanflieger Lindbergh in einer Besprechung mit dem amerikanischen stellvertretenden Staatssekretär Dids seine Absicht bekanntgegeben, den ersten ununterbrochenen Flug über den Stillen Ozean zu unternehmen. Als Ziel seines Fluges wird Tokio genannt. Es verlautet, daß diese Überfliegung des Stillen Ozeans seitlich als erste Etappe eines Fluges um die Welt gedacht ist. Bisher wurde noch kein Versuch der Überfliegung des Stillen Ozeans gemacht, der wegen der Größe der über dem Wasser zurückgelegenden Strecke, welche über 4000 Meilen beträgt, einer Überfliegung mit Aeroplanen größere Schwierigkeiten entgegensetzt als die Überfliegung des Atlantik.

Ein grauenhafter Fund

WZ Gelsenkirchen, 28. März.

Als heute mittag ein Betriebsassistent der Gelsenkirchener Hauptpost in seinem Schrebergarten eine dort liegende Zeitung zum Einwickeln von Suppengrün benutzen wollte, fand er zu seinem Entsetzen in dem Zeitungspapier die Gesichtsteile eines Mannes. Der Finder benachrichtigte die Polizei, die ihre Ermittlungen an der Fundstelle aufnahm. Der Fund wurde zur Untersuchung nach Münster gesandt. Nach Auffassung der Polizei kann das Paket kaum länger als einige Stunden am Fundort gelegen haben. Der Fund scheint mit der Ermordung des Abiturienten Daube in Gladbeck in Zusammenhang zu stehen.

Zu der Meldung über den grauenhaften Fund in Gelsenkirchen wird weiter berichtet, daß der mit der Untersuchung der gefundenen Fleischteile betraute Arzt nicht mit Sicherheit feststellen konnte, ob es sich tatsächlich um die Genitalien eines Menschen handelt. Der in Gladbeck erneut in Haft genommene Abiturient Humann wurde heute nachmittag einem weiteren Kreuzverhör unterzogen. Er beteuerte aufs neue seine Unschuld. Er wird morgen dem Essener Untersuchungsrichter vorgeführt werden.



Preiswerte Lebensmittel

1/2-Kilo-Dosen	
Gemüse-Erbsen . . .	60.5
Junge Erbsen . . .	75.5
Erbsen, mittelfein . . .	85.5
Erbsen, fein . . .	1.35
Kaiserschoten . . .	1.65
Erbsen m. Kar.geschn. . .	65.5
Gemischtes Gemüse . . .	90.5
Gem. Gemüse, mittelf. . .	1.25
Gem. Gemüse, fein . . .	1.65
Gem. Gemüse, extra fein . . .	1.90
1/2-Kilo-Dosen	
Brechspargel, stark . . .	3.00
Brechsp., extr. stark . . .	1.70, 3.25
Riesen-Brechsparg. . .	3.50
Stangensparg., Kalif. . .	2.95
Stangensp., sehr st. . .	1.85, 3.60
Stangensp., ext. st. . .	1.95, 3.60

1/2-Kilo-Dosen	
Pflaumen mit Stein . . .	70.5
Pflaumen ohne Stein . . .	90.5
Apfelsmus . . .	90, 70.5
Birnen, ganze Frucht . . .	95.5
Heidelbeeren . . .	95.5
Preißelbeeren . . .	1.20
Stachelbeeren . . .	1.20
Mirabellen . . .	1.25
Kirschen, rot od. schw. . .	1.30
Hawai-Ananas . . .	1.35
Reineklauden . . .	1.50
Erdbeeren . . .	1.65
Aprikosen, 1/2 Frucht . . .	1.85
Gemischte Früchte . . .	1.75
Pfirsiche zur Bowle . . .	1.75
Kalif. Birn., Aprik., Pfirs. . .	1.95

Rindertalg . . .	Pfd. 42.5
Margarine Pfd. . .	62, 50, 45.5
Kokos-Speisefett Pfd. . .	58.5
Amerik. Schmalz Pfd. . .	78.5
Blasenschmalz . . .	Pfd. 80.5
Vollmilch, große Dose . . .	50.5
Frische Eier, 10 Stück . . .	88.5
Deutsch. Käse, 6 Stück . . .	20.5
Frühstückskäse Stück . . .	20.5
Limburger Käse Pfd. . .	48.5
Emment. Käse Kart. . .	95, 50.5
R.-Camemb., halbf. 5St. . .	75.5
Camemb., 1/2 Tell Kart. . .	89.5
Tilsit. Käse, halbf. Pfd. . .	88.5
Harz-Käse, ca. 60St.-Kist. . .	98.5
Schweizer Käse Pfd. . .	1.68

Preiswerte Weine

einschließlich 1/2 Flasche	
1926. Hainf. Kapellenw. . .	1.40
1924. Stiefersh. Sandberg . . .	1.60
1922. Oberh. Rothenberg . . .	1.70
1924. Nierst. Monzenberg . . .	1.80
1925. Rüdesh. Riesling . . .	2.10
1922. Oppenh. Goldberg . . .	2.20
Blut-o. Leberwurst Pfd. . .	75.5
Mager-Speck . . .	Pfd. 1.28
Knoblauchwurst Pfd. . .	1.20
Knackw., Thür. Art Pfd. . .	1.40
Mettw., Brschw. Art Pfd. . .	1.40
Pökelfleisch	
Keule . . .	1 Pfund 1.00
Rücken . . .	1 Pfund 1.30
Ramm . . .	1 Pfund 1.15
Kakao . . .	82.5

Weine vom Faß:

Dürkheimer, rot . . .	1.20
Original Insel Samos . . .	1.55
Sherry golden . . .	1.60
Tarragona (Typ Mad.) . . .	1.80
Apfelwein . . .	50.5
Johannisbeerwein . . .	95.5
Heidelbeerwein . . .	95.5
Kirschwein . . .	1.40
Backartikell	
Kartoffelmehl . . .	Pfd. 35.5
Maiskernpuder . . .	Pfd. 35.5
Sultaninen Pfd. . .	1.10, 95, 45.5
Rosinen . . .	Pfd. 80.5
Kokosnuß, Therasp. Pfd. . .	80.5
Korinthen . . .	Pfd. 75.5
Mandelersatz, süß Pfd. . .	60.5
Mandelersatz, bitf. Pfd. . .	1.50
Mandeln, süß, bitf. Pfd. . .	1.90
Kaiserauszugsmehl . . .	1.15
5-Pfd.-Beutel . . .	1.75 1.50

Preiswerte Weine

einschließlich 1/2 Flasche	
1922. Nierstein. Domthal . . .	2.45
1921. Wöllstein. Hollberg . . .	2.75
1924. Utteil (span. Rotw.) . . .	1.25
1924. Calderon . . .	1.45
1922. San Esteban . . .	1.75
Dom. de la Porte . . .	1.95
1920. Clos de Lagd. Bord. . .	2.60
Nuß-Schinken . . .	Pfd. 1.95
Risbein oh. Kn. Pfd.-Dos. . .	1.10
Plochwurst . . .	Pfd. 1.48
Zervelat od. Salami Pfd. . .	1.69
Gek. Schinken 1/2 Pfd. . .	45.5
Geflügel	
Suppenhühner 1 Pfd. . .	1.28
Brathühner . . .	1 Pfd. 1.35
Gefrier-Gänse 1 Pfd. . .	75.5
Molkereibutter	
.	1.00

und Wurstfabrik in

Der größte Teil der hier abgebildeten Fabrikanlage wird von unserer Großschlächterei und Konservenfabrik ausgefüllt. Diese ist auf das modernste eingerichtet. Sie kann täglich die Schlachtung und Verarbeitung von ca. 1500 Stück Groß- u. Kleinvieh bewältigen.

Schweinefleisch

Köpfe ohne Backen . . .	1 Pfd. 40.5
Bauch . . .	1 Pfd. 80.5
Fettes und Schmer . . .	1 Pfd. 80.5
Dickbein . . .	1 Pfd. 80.5
Keule . . .	1 Pfd. 95.5
Gehacktes . . .	1 Pfd. 1.10
Kotelotten . . .	1 Pfd. 1.20

Fettes zum Ausbraten 1 Pfund 65.5

Rindfleisch

Herz . . .	1 Pfd. 80.5
Beinfleisch, mit Knochen . . .	1 Pfd. 1.10
Hohe Rippe . . .	1 Pfd. 1.10
Goulasch . . .	1 Pfd. 1.25
Schmorfleisch, ohne Kn. . .	1 Pfd. 1.45
Rouladen . . .	1 Pfd. 1.35

Querrippe . . . 1 Pfund 95.5

Kalbfleisch

Pfefferfleisch . . .	1 Pfd. 85.5
Kamm . . .	1 Pfd. 1.20
Blatt . . .	1 Pfd. 1.30
Keule . . .	1 Pfd. 1.35
Wickelbraten . . .	1 Pfd. 1.35
Kalbsnierenbraten . . .	1 Pfd. 1.40

Bratwürste . . . Stück 30.5

Gefrierfleisch

Suppenfleisch . . .	1 Pfd. 60, 50.5
Goulasch . . .	1 Pfd. 85.5
Bratenfleisch, ohne Kn. . .	1 Pfd. 1.10
Hammelbauch u. Ragout . . .	1 Pfd. 85.5
Hammelrücken . . .	1 Pfd. 95.5
Hammelkeule . . .	1 Pfd. 1.10
Hammel	
frisch Rücken . . .	1 Pfd. 1.10
frisch Keule . . .	1 Pfd. 1.30
frisch Keule . . .	1 Pfd. 1.50

ATTENTION



Leipzigs Oberbürgermeister

Der gewöhnlich Sterbliche wird annehmen, daß die Aussprache... Der gewöhnlich Sterbliche wird annehmen, daß die Aussprache... effieren muß, besonders aber, was der Redner der stärksten Fraktion des Stadtparlaments zu dem Etat zu sagen hat.

Schon während der Rede des Bürgermeisters Hofmann fiel Herr Dr. Kothe durch sein Verhalten auf. Geradezu provozierend verhielt er sich aber, als der sozialdemokratische Stadtratredner, Genosse Fleißner, sprach. Während des ersten Teils der Rede hatte der Ober nichts anderes zu tun, als mit den besetzten Ratsmitgliedern zu tuscheln oder Zeitungen zu lesen.

Der derzeitige Leipziger Oberbürgermeister ist wahrscheinlich sehr stolz darauf, an der Spitze einer Stadt zu stehen, von der Goethe sagte: 'Leipziger lob' ich mir, es ist ein Klein-Paris und bildet seine Leute. Daß diese Goethe-Worte auf Herrn Dr. Kothe zutreffen, kann man nicht behaupten. Er ist zwar auf den hohen und höchsten Schulen des Landes gebildet worden und hat sich, weil sein Vater über einen größeren Geldbeutel verfügte, das Wissen aneignen können, das ihm den Weg bis zum Posten des Leipziger Oberbürgermeisters öffnete.

Gegen die Schulpolitik des Rates

Vor den weltlichen Elternräten berichtete am 27. März Genosse Kainig über den vorliegenden Haushaltsplan der Stadt Leipzig. An einzelnen Beispielen zeigte der Redner, mit welcher Rücksichtslosigkeit im Leipziger Rathaus Schulpolitik im Interesse des Bürgertums getrieben wird. Geradezu empörend ist die Stellung des Rates zur Frage der Erziehungsbeihilfen.

Handelskammer und Verwaltungsreform

Die Leipziger Handelskammer nahm am Montag nach einem Vortrage von Dr. Glad Stellung zu dem Schlesischen Entwurf der Verwaltungsreform in Sachsen. In einer Entschließung spricht sie aus: 1. Die Verwaltung gehört grundsätzlich in die untere Instanz. Die oberen und mittleren Behörden sind durch weitgehende Dezentralisationsarbeit von Verwaltungsgeschäften zu befreien.

Die Handelskammer ist der Auffassung, daß das Ziel der Verwaltungsreform in erster Linie eine rein technische Verbesserung ist, daß einschneidende organisatorische Änderungen dagegen vermieden werden müssen, um dem gleichmäßigen Aufbau der Verwaltung über das ganze Reich hinweg, der wesentlich von der Erledigung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden abhängig wird, nicht vorzugreifen. Ziel auch dieser organisatorischen Veränderung wird sein: möglichst Selbständigkeit für die unterste Verwaltungsbehörde, beschränkt nur durch einen vernünftigen Rechtschutz in Verwaltungssachen, auf den unter keinen Umständen verzichtet werden kann.

Den unteren Verwaltungsinstanzen mehr Bewegungsfreiheit zu geben, ist auch eine von der Sozialdemokratie erhobene Forderung. Und soweit die weiteren Punkte der Entschließung zum Zwecke haben sollen, den lahm einwirkenden Amtsschimmel die Bahn zu verfrachten, ist auch dagegen nichts einzuwenden. Ob die Handelskammer nur diese Zwecke mit ihren Forderungen verfolgt, ließe sich erst erkennen, wenn sie aus der allgemeinen in eine auf das Konkrete eingehende Formulierung gebracht wären.

Der Vorkämpfer des Proletariats

Wie in der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Drechsler August Bebel und dann fast zwei Jahrzehnte später der Drechsler Heinrich Lange auf ihrer Wandererschaft mehr zufällig als absichtlich nach Leipzig kamen, hier in das politische Getriebe verwickelt und dauernd mit dem Fleißer-Athen verbunden und dann zu hervorragenden Kämpfern für die Arbeiterklasse wurden, so kam auch Friedrich Seger auf seiner Handwerksburshenwanderfahrt aus seiner badischen Heimat nach der Stadt, in der der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet und lange Zeit der Zentralrat der Eisenacher Parteiorganisation war, wo auch ihn seine politische Verantwortung zu dauerndem Bleiben und regem politischem Wirken veranlaßte, bis nun, nach fast vierzehnjähriger aufreibender Parteiarbeit tödliche Krankheit ihn zwingt, seiner öffentlichen Tätigkeit ein Ziel zu setzen, diese Krankheit, die unseren Freund nötigte, auf eine Wiederaufstellung für die bevorstehenden Reichstagswahlen zu verzichten und nun auch seine erspriechliche Tätigkeit im Leipziger Stadtverordnetenkollegium vorzeitig zu beenden und damit seine öffentliche politische Tätigkeit endgültig abzuschließen.

Was Friedrich Seger für die Partei gewesen ist, wurde in diesen Blättern am 1. Juli 1926 aus Anlaß seines 25jährigen Redaktionsjubiläums an der Leipziger Volkszeitung und dann am 25. Februar vorigen Jahres, als er seinen 60. Geburtstag begehen konnte, ausführlich geschildert. Schon ehe er seinen Weg nach Leipzig fand, gewann er als Siebzehnjähriger Anschluß an die Partei, zu einer Zeit, wo das Sozialistengesetz im ganzen Reich die brutalsten Organe feierte. In Leipzig war Seger zunächst in der Gewerkschaftsbewegung, bald jedoch in der politischen Organisation eifrig und intensiv tätig, und schnell folgte nun sein politischer Aufstieg, der durch seine kritische Veranlagung und seinen theoretischen Sinn wesentlich gefördert wurde.

Lange Jahre gehörte Freund Seger dem Agitationskomitee und der späteren Parteileitung an, die er richtunggebend auf das stärkste beeinflusste, ein Einfluß, der sich auch in der Landesorganisation bemerkbar machte. So entschieden unser Freund seinen politischen Standpunkt bei den verschiedensten Gelegenheiten verfocht, wobei es nur zu oft an persönlichen Auseinandersetzungen nicht fehlte, einen persönlichen Gegner und Feind hat Seger nie gehabt, dazu war seine ganze Art und Kampfweise zu konziliant. Seine praktische und theoretische Begabung führten ihn schließlich in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung, in der er, wie schon gesagt, 1926 sein 25jähriges Jubiläum feiern konnte. Als Verantwortlicher hat er in der Mehrzahl der Jahre auch der Klassenjustiz in der Strafanstalt Hoheneck opfern müssen. Durch seine journalistische Begabung gelangte er bald vom Berichterstatter zum Lokalredakteur und weiter in die politische Redaktion. Schon eine Reihe von Jahren jedoch machte sich die Krankheit, die ihn jetzt zum Rücktritt aus dem politischen Leben nötigt, bemerkbar, die auch zu der allmählichen Einschränkung und endlichen völligen Aufgabe der redaktionellen Tätigkeit zwang.

Einen wichtigen Teil im politischen Leben Segers macht seine Tätigkeit im Stadtverordnetenkollegium aus, in das er 1910 gewählt wurde und in dem er längere Zeit die Zügel der Präsidialgeschäfte führte. Seine Schrift 'Dringliche Reformen' offenbarte auch weiteren Kreisen den Umfang seines kommunalpolitischen Wissens und Könnens. Welchen Fleiß und welche umfangreiche Tätigkeit Friedrich Seger als Kommunalpolitiker entwickelte, zeigt die Tatsache, daß Seger als Stadtverordneter Mitglied des Kreisauschusses, des Sächsischen Gemeindetages und der Sächsischen Gemeindekammer war und auch wiederholt auf den Deutschen Städtetag delegiert wurde. Die allgemeine Achtung, die Friedrich Seger auch bei den Gegnern genoß, kennzeichnet die Lauterkeit seines Charakters.

1915 wurde Friedrich Seger in einer Nachwahl für den Redakteur der 'W. Genossen' Reimling, der auch ein Opfer des schrecklichen Krieges geworden ist, in den Landtag des Kuratensystems gewählt, dem er bis zu den Volkskammerwahlen angehörte. Die ersten Wahlen nach der Revolution machten ihn zum Mitglied der verfassunggebenden Nationalversammlung, spätere Wahlen zum Mitglied des Reichstags, dem er auch jetzt noch angehört. Eine besonders aufreibende Tätigkeit entfaltete Seger neben Geyer, Lipinski und anderen nach der Revolution. Der Leipziger Soldatenrat, dessen Vorsitzender er war, schickte ihn auf den Kongress des ersten Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin, den ihn seinerseits in die Leitung wählte. Er gehörte auch der Leitung des sächsischen Arbeiter- und Soldatenratskongresses in Dresden an.

Es war also eine ungemein reiche und aufreibende öffentliche Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse und des Sozialismus, die Seger in fast vierzehnjährigen Verriehet hat. Und dieser tegsamen, allezeit kampfrohe Geist soll nun vorzeitig die Waffen strecken! Schmerzhaft empfinden dies die Parteigenossen, an deren Führung er so lange hervorragend und erzieherisch beteiligt war, am schmerzhaftesten wird es unser Friedrich selbst fühlen, nun zur Untätigkeit verdammt zu sein, ihm, bei dem es im wahrsten Sinne des Wortes zutrifft: Leben heißt kämpfen! Doch mag es unserem Freunde Genugtuung und Befriedigung gewähren, wenn er auf sein Lebenswerk zurückblickt, auf die Erfolge, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen ihre Feinde errungen, die uns auch weitere Erfolge verbürgen, aus denen nach unserer sozialistischen Erkenntnis jene Gesellschaft entstehen muß, die, das Schöne und Ziel der

Arbeiterklasse, mit aller wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit aufräumen wird: die sozialistische Gemeinschaft, der Sozialismus.

So schmerzhaft es ist, unsern Freund aus dem öffentlichen Leben scheiden zu sehen, so aufrichtig wünschen wir, daß es nicht ein Scheiden für immer, sondern daß es uns doch noch vergönnt sein möchte, den alten Kämpfern später wieder aktiv in den Reihen des Klassenbewußten Proletariats wirken zu sehen.

Der Kommunalpolitiker

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung teilte der Vorsitzende Dr. Hübler mit, daß der Genosse Friedrich Seger gebeten habe, sein Stadtverordnetenmandat aus Gesundheitsrücksichten niederlegen zu dürfen. Genosse Hübler widmete dem scheidenden Kollegen die folgenden Worte:

Friedrich Seger gehört seit 2. Januar 1911 dem Kollegium an und ist eins von den beiden dienstältesten Mitgliedern. Er war Vorsitzender des Kollegiums vom 26. Januar 1919 bis 31. Dezember 1922 und vom 1. Januar 1924 bis 29. Januar 1924; 1. Vizevorsitzender vom 2. Januar 1923 bis 31. Dezember 1923 und vom 30. Januar 1924 bis 31. Dezember 1926; Mitglied des Finanz- und Ausschusses von 1911 bis 1918; des Verfassungsausschusses von 1919 bis 1926 (gleichzeitig dessen Vorsitzender); des Wahlausschusses vom 6. Mai 1914 bis 31. Dezember 1914 und seit 1919 als Vorsitzender des Wahlausschusses von 1919 bis 1922 und vom 1. Januar bis 29. Januar 1924. Kollege Seger gehörte ferner an dem Ausschuss für Neuerungen im Steuerwesen vom 6. Mai 1914 bis 31. Dezember 1926, dem Theaterausschuss 1918 und dem Ausschuss zur Verjüngung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vom 18. September 1912 bis 1918. Er war Mitglied des Kreis- und Ausschusses vom 1. Oktober 1919 bis 23. September 1925, gleichzeitig des sächsischen Gemeindetages und der Gemeindekammer.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß diese Aufzählung der Bedeutung unseres scheidenden Kollegen Seger in keiner Weise gerecht wird.

Herr Kollege Seger hat als Mitarbeiter in unserem Kollegium von jeher eine so ausgeprägte Persönlichkeit dargestellt, daß er mit Recht den Namen eines Führers verdient. Die meisten von uns haben sein Bild in der Erinnerung vor sich, als die Krankheit, die ihn jetzt zum Rücktritt veranlaßt, ihn noch nicht befallen hatte und als sein immer frisches, jugendliches Wesen, sein starkes Temperament als eine Selbstverständlichkeit erschien. Von Haus aus eine Kampfnatur, in einer von früherer Jugend auf erworbenen, durch theoretisches Studium und praktische Arbeit gefestigten Weltanschauung groß geworden, war er zu sachlichen Kompromissen wenig geneigt. Er war gewöhnt, seine Meinung mit aller Schärfe, unbeirrt um gegnerischen Widerspruch, zu vertreten. Dennoch hat er damit einen Sinn für eine gerechte und menschliche Betrachtung der Dinge verbunden, so daß kaum einer seiner Gegner ihm die persönliche Achtung verweigern dürfte. Sein lauterer Charakter, seine lebendige, trotz zahlreicher durchkämpfter Tage und durcharbeiteter Nächte, heitere, offene und lebenswürdige Art machten den persönlichen Umgang mit ihm zu einer Freude.

Er hat sich als Kommunalpolitiker umfangreiche Kenntnisse erworben, und er ist als Kommunalpolitiker nicht nur in unserem Kollegium, sondern auch als Schriftsteller tätig gewesen. Ich erinnere an seine Schrift 'Dringliche Reformen' aus dem Jahre 1911. Seine Persönlichkeit beweist, daß es bei Menschen mit seiner Begabung und seinem eiferigen Fleiße vollkommen gleichgültig ist, in welcher Stellung sie ihre Kenntnisse erworben haben.

Dabei hat sich seine Bedeutung keineswegs mit seiner Tätigkeit als Kommunalpolitiker erschöpft. Uns allen ist bekannt, daß der Herr Kollege Seger auch im Reichstage seinen Mann gestellt hat, und es wird kaum einen unter den Älteren geben, der sich aus der Arbeiterbewegung Leipzigs, zumal in der ereignisreichsten Zeit seit der Revolution 1918 die führende Persönlichkeit Segers hinwegdenken könnte.

Herr Kollege Seger hat im letzten Jahre seinen 60. Geburtstag feiern können. Zahlreiche Wünsche sind ihm von allen Seiten entgegengebracht worden. Leider haben sie sich infolgedessen nicht erfüllt, als die Krankheit, unter der er leidet, von ihm nicht gewichen ist. Auch heute gehen meine Wünsche in erster Linie dahin, daß unser Kollege Seger Genesung finden möge. Seine Fraktion erleidet durch sein Ausscheiden einen schweren Verlust, einen Verlust, der mit Bitterkeit verbunden ist, weil Seger vorzeitig ein Arbeitsfeld verläßt, auf dem er noch vieles leisten konnte. Wenn irgend etwas ihn und alle die ihm Nahestehenden über sein viel zu frühes Ausscheiden zu trösten vermag, so ist es das Bewußtsein, daß er trotzdem ein dauernd fortwirkendes Lebenswerk hinterläßt, das ihm die dankbare Erinnerung aller derer sichern wird, denen der kommunalpolitische und soziale Fortschritt in unserer Stadt am Herzen liegt.

Keine Straßenbahnverbindung nach Wölkau

Wiederholte Eingaben an Rat und Stadtverordnete, eine Straßenbahnverbindung mit Wölkau zu schaffen, haben nun den Rat veranlaßt, zu erklären, daß die Voraussetzungen dazu nicht gegeben seien. Die Baukosten würden 490 000 Mark betragen, der Betrieb jährlich einen Fehlbetrag von etwa 70 000 Mark ergeben, wenn kein Zuschlag für die Fahrt außerhalb des Stadtbereichs erhoben werde. Bei einem Zuschlage von 5 Pfennig pro Fahrt würde sich der Fehlbetrag auf 55 000 Mark, bei einem Zuschlage von 10 Pfennig auf 37 000 Mark herabmindern. Die Beträge könnten von der Straßenbahn selbst getragen und daher an den Bau der Strecke nur gedacht werden, wenn von Wölkau oder anderen Interessenten ein Baukostenzuschuß geleistet, ein Darlehen für angemessene Verbindungen beschafft und eine Garantie zur Deckung der Fehlbeträge übernommen werde. Da die Gemeinde Wölkau die Garantieübernahme abgelehnt habe, sei der Bahnbau nicht durchführbar. Im übrigen sei auch die Stadt für diesen Verkehrswinkel nicht zuständig. Durch die mit der Außenbahn getroffene, von den Stadtverordneten mit beschlossener Vereinbarung vom 28. Oktober 1927 sollen neue Außenlinien in Zukunft von der Leipziger Außenbahn-A.G. gebaut werden. Nur die Strecken Dölkau-Warkleeberg, Probstheida-Liebertsdorf und Lindenau-Schnöau seien davon ausgenommen worden. Die Interessenten müßten also an die Außenbahn herantreten.

Wo ruft die Pflicht?

Unterbezirk Borna.

Für Freitag, den 6. April, 9 Uhr, in Borna, Volkshaus, beruft der Unterbezirksvorstand eine Unterbezirkskonferenz ein. Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen 1928. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Severing. 2. Unsere Vorbereitungen. Wir erjuchen die Ortsgruppen, alle Genossen und Genossinnen als Funktionäre zu dieser Konferenz besonders nochmals zu laden. Jeder Besucher hat sich durch sein Mitgliedsbuch auszuweisen, daselbe ist unbedingt vorzulegen.

Frauen.

Alt-Leipzig-Nord, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr, Klückerstraße 14, Frauenabend. Wir behandeln „Wege der Liebe“, von A. Kollontaj.

Vöhlitz, Montag, 2. April, 20 Uhr, im Kinderheim, Lichtbildvortrag der Genossin Bauer: Die proletarische Frau — das proletarische Mädchen.

Gohlis, Dienstag, 3. April, 20 Uhr, im Rida-Ausgang, Vortrag des Genossen Riß, Lehmann: Was lehrt uns der Krankheits-Projekt?

Osten, Montag, 2. April, 20 Uhr, in den Reichshallen, Vortrag des Gen. Rauch: Auflösung der Ehe.

Schule.

Kinder der Jugendweiche. Alle Kinder, die am Sonntag, dem 1. April, um 9 und 11 Uhr an der Jugendweiche in der Albertshalle teilnehmen, müssen am Freitag, dem 30. März, 15 (3) Uhr, zur Hauptprobe des Sprechers im großen Saal des Volkshauses eingetroffen sein. Die einzelnen Schulen kommen geschlossen.

Die Jugendweiche der 58. und 59. Volksschule, die am Sonntag, dem 1. April, 10.30 Uhr, an der Jugendweiche im Lunapark teilnehmen, müssen am Sonntag, dem 31. März, 15 (3) Uhr, im Schulsaal der 58. Volksschule zur Hauptprobe des Sprechers eingetroffen sein. Begleitung muß von den betreffenden Eltern eingebracht werden.

Jugendweiche der 30. Volksschule. Morgen Freitag, 14.10 Uhr, Treffen am Stützerter Rathaus.

Gemeinschaft Kinderkreunde.

Eutritzsch. Wer sich noch an der Osterfahrt beteiligen will, muß bis Montag den Betrag von 3,80 Mk. bezahlt haben.

Sten II. Freitag, 19 Uhr, ist in der 18. Volksschule, Brandiser Straße (Doppelklassenzimmer) unter Elternabend. Alle Eltern sind herzlich dazu eingeladen. — Gruppe Mag: Morgen muß das Spielen ausfallen.

Mitglieder-Veranstaltungen

Alt-Leipzig, Westen I. Morgen Freitag, 20 Uhr, bei Brüdnert, Kolonnenabende. Gen. Stadtrat Freitag spricht: Aus der Tätigkeit des Kommunalsekretariats. Ferner Stellungnahme zur Elternratswahl.

Honberg-Neureuditz. Filmabend in der Taubstummenanstalt am Sonntag, dem 31. März, 20 Uhr. — Freitag, 20 Uhr, Vorstandssitzung in der Bibliothek.

Ostsch-Gaußsch. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Mittelpunk, 1. Die Korruptionsfandale im Reich und die bürgerliche Politik. Redner Gen. Reichstagsabg. Sauppe. 2. Verschmelzung der Gemeinden Ostsch und Gaußsch. Gen. Richter, Martlickeberg.

Reberwitzsch. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Schwarzen Hof, Mitgliederversammlung.

Banklehnung Engel in Zürich verhaftet

p Naheim beim Kriminalamt eingegangenen Telegramm der Kriminalpolizei in Zürich wurde dort der nach Verübung eines Diebstahls von 25 000 Mark zum Nachteil einer hiesigen Großbank seit dem 8. d. M. flüchtige Banklehnung Paul Heinz Engel festgenommen. Von der Staatsanwaltschaft Leipzig wird das Auslieferungsvorhaben betrieben werden.

Kabelbriefe. Die Oberpostdirektion gibt bekannt: Vom 1. April an werden Kabelbriefe im Verkehr mit Afrika, Indien, Niederländisch-Indien, Australien und Neuseeland eingeführt. Die Kabelbriefe müssen mit der Wegangabe via Emden-Ostern versehen sein. Vor der Anschrift ist der gebührenpflichtige Vermerk — RT — anzugeben. Sie werden am Bestimmungsort 48 Stunden nach der Auslieferung zugestellt. Kurzanfragen und der besondere Vermerk — AB — sind zugelassen. Für die Abfassung der Kabelbriefe, sowie wegen Erstattung der Gebühren gelten im übrigen die Vorschriften für zurückgeschickte (RG-)Telegramme. Die Vorkostenbeiträge für Kabelbriefe nach Südafrika und Südwestafrika 49 Pfg., nach Indien, Birma und Ceylon 44 Pfg., nach Niederländisch-Indien 1,10 Mk., nach Australien und Neuseeland 80 Pfg. Mindestens wird der Betrag für 20 Wörter erhoben. Kabelbriefe können auch nach anderen Gebieten Afrikas gesandt werden. Alle weiteren Angaben, auch die Gebühren für die hier nicht genannten Gebiete sind bei den Telegraphenanstalten zu erfragen.

Für Hausbesitzer. Der Vorkostenbeitrag schreibt: Vom 1. Januar 1928 an beträgt nach § 28 des Aufwertungsgesetzes der Zinsfuß für die aufgewerteten Hypotheken 5 Prozent. An die Sparkasse der Stadt Leipzig sind die Hypothekenzinsen erstmals am 1. April d. J. nach diesem erhöhten Satze zu entrichten.

Dirigenten des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Leipzig. Sonntag, den 1. April, 14.30 Uhr, wichtige Sitzung im Volkshaus, Gartenkolonnade 3. Alle Dirigenten werden gebeten, zu erscheinen.

Aufführungsvorträge für die Jugend! Der Ortsausschuß Leipzig der deutschen Jugendverbände teilt mit: Am Sonnabend, dem 31. März, findet ein Vortrag des Herrn Dr. med. Blumberg statt, Thema: „Die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten“. Am Dienstag, dem 3. April, wird Herr Dr. med. Salowewitsch über „Sexualität und Geschlechtskrankheiten“ sprechen.

Die Vorträge finden im Konferenzsaal des Ringelshauses statt (Einweg durch die Halle), Beginn pünktlich 18.30 Uhr, anschließende Besichtigung der Ausstellung. Eintrittskarten können zu wesentlich ermäßigten Preisen in unserer Geschäftsstelle und beim Heimwart, Töpferstr. 2, Jugendheim, entnommen werden. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese Vorträge in erster Linie für die schulentlassene Jugend bestimmt sind und erwarten, daß die Jugend in großer Anzahl zu diesen Vorträgen kommt.

ABZ Kunststelle. Für die am Freitag, 30. März, stattfindende Vorstellung: „3 Wölfe auf dem Baue“ sind noch Karten zu haben.

Freibank I. Morgen Freitag, den 30. März, freier Verkauf.

Sächsische Angelegenheiten

Erschütternde Feststellungen

Die gesundheitlichen Verhältnisse an den Volksschulen.

Das Volksbildungsministerium Sachsens hat sich dieser Tage gelegentlich der Beratungen des Volkschulrats im Ausschuß A des sächsischen Landtages auch über die gesundheitlichen Verhältnisse der Schulkinder und Lehrer geäußert. Folgende erschütternde Feststellungen hört man: Aus den Berichten der Schulleitungen und Schulärzte geht hervor, daß der Gesundheitszustand der Schulkinder zwar besser geworden ist als in den Vorjahren, daß aber als auffällige Erscheinung mehrfach die große Zahl der Rückenwüchlinge, die Zunahme der Schilddrüsen-erkrankungen und der Herzleiden bei den Kindern hervorgehoben wird. Es herrscht keine volle Übereinstimmung darüber, ob der Zustand der Vorkriegszeit bereits wieder vollständig erreicht ist. Nun, das sind knappe amtliche Betrachtungen. Sie schildern dennoch in aller Deutlichkeit den schlechten Gesundheitszustand der Kinder in der Volksschule, die ja in der Hauptsache Arbeiterkinder sind. Der Gesundheitszustand der Kinder war schon in der Vorkriegszeit schlecht. Wenn auch noch nicht bei allen Bezirksschulräten, so herrscht aber doch bei den Sozialhygienikern volle Übereinstimmung darüber, daß selbst der schlechte Gesundheitszustand der Vorkriegszeit noch nicht erreicht worden ist. Darum wäre es zwingend notwendig, daß in den sächsischen Haushaltpflan Mittel für Schulkindererpeisungen in höherem Maße als bisher eingestellt werden. Eine Kürzung der Mittel, wie sie die Bürgerbüroregierung vorgehen hat, ist gerade im Hinblick auf die Feststellungen des Volksbildungsministeriums eine Verhängung an den schlecht ernährten und kranken Schulkindern. Deswegen hat ja auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion eine erhebliche Höherziehung der Etatmittel für Schulkindererpeisungen von 150 000 auf 500 000 Mark verlangt. Im Ausschuß A lehnte der Bürgerklub einschließlich ABP diese so notwendige Summe rückstills ab.

Auch der Gesundheitszustand der Lehrer ist schlecht. Nach den Jahresberichten haben nur einige Bezirksschulräte einen befriedigenden Gesundheitszustand der Lehrer feststellen können. Die meisten Berichte sprechen von einer großen Zahl von Beurteilungen wegen Krankheit. Einige bemerken auch, daß die Zahl der Erkrankungen gegenüber den Vorjahren zugenommen haben und etwa ein Drittel der Berichte nennt den Gesundheitszustand der Lehrer wenig befriedigend bzw. auffallend ungünstig.

Wenn das bei den Lehrern zu verzeichnen ist, bei einer Beamtengruppe, die doch immerhin über ein festes Einkommen verfügt, um wieviel mehr muß dann der Gesundheitszustand der Arbeitererschaft, besonders der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, zu den allerschwersten Befürchtungen Anlaß geben.

Sachsens Agrar-Parlament

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wirkt demoralisierend.

er. Die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen hielt am 28. März in Dresden ihre 6. Gesamtsitzung ab. Den Verhandlungen wohnte der Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda mit zahlreichen Regierungskommissaren bei. In der Eröffnungssprache des Präsidenten, Rittergutsbesitzer Vogeljang, spielte natürlich die „Not der Landwirtschaft“ die Hauptrolle. Wenn man seinen Worten glauben dürfte, so wäre die furchtbare Lage der Erwerbslosen noch trost zu nennen im Vergleich mit der Not der Großarbeiter. Die Lage der Landwirtschaft — so erklärte der Herr — hat in der letzten Zeit eine wesentliche Klärung erfahren, allerdings eine Klärung, die nicht nur bei uns, sondern bei jedem anderen denkenden Deutschen die größte Beforgnis hervorruft. Durch das Notprogramm der Reichsregierung — so wurde weiter erklärt — könne eine Gesundung der Landwirtschaft nicht erwartet werden. Eine grundlegende Besserung sei nur möglich, wenn auch gleichzeitig die gesamte Wirtschaftspolitik eine weitgehende Veränderung erfahre. Wenn es wahr sein sollte, daß der Reichswirtschaftsminister seine Zustimmung nur gegen Zugeständnisse im polnischen Handelsvertrage gegeben hat, dann sei das ein Beweis dafür, daß er dem landwirtschaftlichen Berufsstand noch wesen fremd gegenüberstehe, daß ihm die notwendigen Voraussetzungen fehlen, die von dem verantwortlichen Leiter der deutschen Wirtschaft verlangt werden können.

Herr Vogeljang behauptete auch, die politischen Parteien beuten die Notlage der Landwirtschaft in gerader bzw. demagogischer Weise aus. Damit wollte er natürlich den Vorkriegsparteien einen Hieb versehen, während es bekanntlich gerade die Deutschnationalen sind, die die von ihnen selbst verschuldeten Bauernnot als zugrundeliegende Wahlsache, deren sie so dringend bedürfen, benutzen. Dann dankte der Redner dem sächsischen Wirtschaftsminister den Dank für seine weitgehenden Hilfsmaßnahmen ab, um aber gleichzeitig hinzuzufügen, daß zur Abwendung der Not der Landwirtschaft noch ganz andere Dinge erforderlich sind. Vor allem verlangte er ein klareres „nationales“ Wirtschaftsprogramm, ohne sich jedoch weiter auf Einzelheiten einzulassen. Und zum Schluß drohte er mit neuen Bauernrevolten und mit dem Streik der Landwirtschaft, wenn weitere Volksknoten, Regierung und Parlament noch immer nicht zur Einsicht kommen und wenn sie glauben, über die in den Entschuldigungen des Reichslandtages niedergelegten Anträge und Forderungen einfach hinweggehen zu können.

In der Ansprache über den Geschäftsbericht der Landwirtschaftskammer im Jahre 1927 bezeichnete Direktor Dr. Schöne die Lage der landwirtschaftlichen Genossenschaften als äußerst angepaßt. An eine Rückzahlung der kurzfristigen Darlehen sei vorläufig nicht zu denken. Die Rückzahlung der ersten Rate sei ja auch vom sächsischen Wirtschaftsministerium gestundet worden. Die Frist müsse aber noch weiter verlängert werden. Ein anderer Redner verlangte, daß die Rückzahlung erst in 15 Jahren zu erfolgen hat.

Dann wurde über die hohen Beiträge zur staatlichen Schläpplerversicherung Beschwerde geführt und behauptet, daß sie mit der schwersten sozialen Belastung darstellten. Vom Arbeitslosen-

versicherungsgesetz wurde gesagt, daß es große Mängel aufweise, den Bedingungen der Landwirtschaftsbetriebe nicht gerecht werde und nicht geeignet sei, den Arbeitermangel in der Landwirtschaft zu beheben, daß es vielmehr demoralisierend wirke. Das alte Lied, das bekanntlich vor kurzem auch auf der Zunftversammlungsfeier in hohen Tönen angestimmt wurde.

Die entlarvten Wirtschaftsparteiler!

In der Sitzung des Rechtsausschusses am 28. März 1928 unternahm die sozialdemokratische Fraktion einen Vorstoß, durch den das eigenartige Spiel entlarvt wurde, das gegenwärtig die Koalitionsparteien in Sachsen aufzuführen. Die Wirtschaftsparteiler drohen mit der Auflösung des Landtages. Sie gebärden sich, als wollten sie jeden Tag die Koalition sprengen. Wenn es aber gilt, ihre Worte in die Tat umzusetzen, dann versagen sie. Das zeigte sich deutlich in der Rechtsausschusssitzung, in der von den Vertretern der SPD beantragt wurde, den sozialdemokratischen Antrag auf Aenderung der in Sachsen bestehenden Wahlbestimmungen, die der Staatsgerichtshof in andern Staaten für verfassungswidrig erklärt hat, zu beraten. Dieser Antrag ist zwar nach mehrfacher Vertagung im Plenum des Landtages in der ersten Beratung behandelt worden, doch wurde er von der Beratung im Rechtsausschuß abgesetzt, und die Koalitionsparteien beschloßen, ihn solange zu vertagen, bis der Staatsgerichtshof über die Gültigkeit des sächsischen Wahlgesetzes entschieden hat. Dadurch besteht die Gefahr, daß bei einer plötzlichen Auflösung des Landtages unter Wahlbestimmungen gewählt werden muß, die verfassungswidrig sind und eine nochmalige Neuwahl nötig machen würden. Diese Gefahr auszuhalten, sollte im Interesse jeder Partei liegen. Von bürgerlicher Seite wurde denn auch erklärt, daß ein gemeinsames Interesse vorhanden sei, daß eine Neuwahl des Landtages unter verfassungsmäßigen Vorschriften vollzogen werde. Doch widersprach man trotzdem dem sozialdemokratischen Geschäftsordnungsantrag, der dadurch zu Fall gebracht war.

Immerhin hatte der sozialdemokratische Vorstoß in doppelter Hinsicht Bedeutung. Er zwang die Koalitionsparteien, zu bekunden, daß auf jeden Fall vor einer Neuwahl des Landtages verfassungswidrige Wahlvorschriften abgeändert werden müssen. Dann aber, und das war politisch bedeutungsvoller, entlarvte er die Wirtschaftsparteiler. Durch den sozialdemokratischen Antrag veranlaßt, erklärte der frühere Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm, es sei unmoralisch und feig, den Hausbesitzern die berühmten 1/3 Prozent Miete vorzuenthalten. Auf diesen Hieb reagierten die Koalitionsparteiler aber nicht. Sie hatten es nicht nötig, denn Wilhelm plauderte weiter aus, eine Gefahr bestehe kaum, daß der Landtag demnachst aufgelöst werde. Jedenfalls würden die Wirtschaftsparteiler eigene Anträge stellen. Aus Wilhelms weiteren Darlegungen ergab sich, daß es sich bei den Drohungen der Wirtschaftsparteiler auf Landtagsauflösung um ein Druckmittel handelt, erhöhte Mittel in die Tasche des Hausbesitzes zu leiten. Eine Absicht, den gegenwärtigen Koalitionszustand zu ändern, besteht aber nicht. Wahrscheinlich ist, daß trotzdem der Streit im Koalitionslager bis zur Neuwahl des Reichstages nicht verkommen wird. Immer wieder ergab sich in der Sitzung des Rechtsausschusses, daß die Angst vor der Sozialdemokratie auch in den Fragen die Koalitionsparteien zusammenschlingt, die stärksten Konfliktstoffe in sich bergen. Es kommt also in der gegenwärtigen Situation darauf an, das Spiel der reaktionären Politiker zu entlarven. Das ist durch die Sitzung des Rechtsausschusses geschehen.

Zur Auflösung der Lehrerseminare

Das Ministerium für Volksbildung hat folgende Rundgebung erlassen:

Ostern 1928 wird der Abbau der sächsischen Lehrerseminare im wesentlichen beendet, ihre nahezu anderthalb Jahrhunderte umfassende Geschichte abgeschlossen sein. Aus einfachen Anfängen heraus in stetiger Fortentwicklung haben die Seminare an der Ausbildung eines tüchtigen Volksschullehrerstandes, an der Förderung der Erziehungs- und Unterrichtswissenschaft mit Hingabe gearbeitet, durch ihre Pflege der musikalischen Kultur reichen Segen gesendet. Die Staatsregierung dankt ihnen und ihrer Lehrerschaft für die Treue, mit der sie jederzeit ihre verantwortungsvollen Aufgaben durchgeführt haben.

Die Geschichte der sächsischen Lehrerseminare in ihrer Verflochtenheit mit der Entwicklung des gesamten Erziehungs- und Volkswirtschaftswesens und mit dem geistigen Leben überhaupt auch späteren Geschlechtern zu überliefern, sieht die oberste Schulbehörde als eine Dankspflicht an, für deren Erfüllung die notwendigen Maßnahmen bereits getroffen sind.

Keine Unregelmäßigkeiten in der staatlichen Gemäldegalerie

Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über angebliche Unregelmäßigkeiten in der staatlichen Gemäldegalerie in Dresden hat die Regierung jetzt schriftlich geantwortet. In der Antwort wird betont, daß die Nachprüfungen keinerlei Mängel in der Gemäldegalerie ergeben haben. Die Beschildigungen, die ein Teil der in der Galerie tätigen Kopisten gegen den Generalinspektor Anders erhoben, haben sich als nicht zureichend erwiesen. Ein Ausschuß der kopierenden Künstler hat sich in einer Erklärung gegen das Verhalten einzelner Kopisten gewandt.

Dresden. Tödllich verunglückt auf der Landstraße. Nahe dem Moritzburger Schloß wurde nachts ein Motorradfahrer von den Infassen eines Autos bewußtlos auf der Straße liegend aufgefunden. Er wurde nach Moritzburg gebracht, wo er bald darauf starb. Der Verunglückte ist der Installateurmeister Paul Menzel aus Ober-Mittel-Ebersbach (Amtsgerichtsbezirk Nadeburg). Er scheint mit seinem Kraftrod gegen einen an der Straße stehenden Baum gefahren zu sein.

Chemnitz. Ein Auto umgekippt. Auf der Harthauer Höhe verlor ein Auto einen anderen Kraftwagen zu überholen. Dabei geriet das Auto ins Schlingern und kippte um. Von den Infassen wurde ein Kind sofort getötet, die anderen schwer verletzt. Das Auto wurde zertrümmert.

Mühsdorf. Ein schwerer Motorradunfall trug sich hier zu. Durch starken Nebel kam ein Motorradfahrer mit Sozius von der Straße ab und fuhr an die Saatkübel einer Wirtshaus an. Bei dem heftigen Anprall wurde der Lenker des Rades sofort getötet, während der Besatzfahrer schwerverletzt in ein Krankenhaus übergeführt wurde.



Die richtige Stimmung

zu Ostern ist in der Familie nur dann vorhanden, wenn alles gut geklappt hat. Vor allen Dingen muß der Festkuchen gut geraten sein. Setzen Sie also Ihre guten u. reichl. Zutaten nicht aufs Spiel, sondern backen Sie mit Dr. Oetker's Backpulver, „Backin“, das Sie ebenso wie Dr. Oetker's Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. stets frisch in allen Geschäften erhalten. — Viele neue und wirsivolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen das neue farb. Illust. Oetker-Rezeptbuch, Ausg. F. d. 15 Pfg. in allen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über d. vorzügl. Backapparat „Küchenwunder“, mit dem

Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten u. kochen können. Invollständig neuer Bearbeitung ist Dr. Oetker's Schulkochbuch, Ausg. C. wieder erschienen. Das Buch ist mit seinen ca. 500 Koch-, Back- u. Einmacherezepten u. vielen farb. Tafeln für jede Hausfrau u. besonders f. die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung. Es berücksichtigt d. veränd. wirtsch. Verhältnisse, sowie d. neuen Forschungsergebnisse l. d. Ernährungs-wissenschaft. Wenn nicht vorr., i. d. 150 Seiten starke Buch l. dauerhaft. Pappband gegen Einzeld. u. 30 Pfg. in Marken von mir portofrei zu beziehen. Dr. August Oetker, Bielefeld.



Aus der Umgebung

u. Pusch. Aus dem Gemeindeparlament. Die Neuorganisation der Beamtenschaft wurde vom Ausschuss nochmals besprochen und darüber in der Vollversammlung Bericht erstattet. Daraus ergab sich, daß die Arbeit überflüssig war. Der Sprecher der SPD sprach von Ueberzumpelung. War eine solche überhaupt möglich? Es hat sich um etwas anderes gehandelt. Die Tatsache, daß die Besoldung bisher und noch ungenügend sei für die unteren Gruppen, wurde unter Führung der SPD auch von den Bürgerlichen nicht anerkannt. In der großen Öffentlichkeit tritt auch die SPD für eine „angemessene, ausreichende“ Besoldung ein. Kommen diese Kommunisten aber einmal in die Lage, den „Arbeitsgeber“ zu spielen, dann wird das Gesicht ein vollkommen anderes. — Die Zustände auf dem Sportplatz hatten die Arbeiterfußballabteilung erneut veranlaßt, um Beseitigung der Uebelstände und Mängel zu ersuchen. Es wird einstimmig beschlossen, den Sportplatz nach den Anregungen wieder herzurichten und durch weitere Maßnahmen, falls solche notwendig werden sollten, zu schützen. Zu einem gewissen Teile trage die Schuld an dem schlechten Zustande auch außenstehende Kreise. Die Kontrolle und Ueberwachung des Sportplatzes soll eine durchgreifende werden. Auch sollen die Sporttreibenden mehr als bisher ihr Augenmerk auf Einhaltung der Ordnung legen. — Von der Konstituierung der freiwilligen Feuerwehr nimmt man Kenntnis. Gegen die gewählte Leitung werden keine Einwendungen gemacht. Die Anschaffung von weiterem Schlauchmaterial wird beschlossen. — Ein Antrag des früheren Gemeindevorstehers um Bewilligung einer Abfindung für Benutzung seines Werkzeuges zu Gemeindefürsorge, obwohl viel bestritten, findet Annahme. Um solchen zweifelhaften Fällen aus dem Wege zu gehen, wird beschlossen: der Gemeindevorsteher erhält das erforderliche Arbeitsgerät von der Gemeinde, eine Entschädigung für zur Verfügung gestelltes oder benutztes Werkzeug und dergleichen wird in Zukunft nicht bewilligt. — Die diesjährige Besoldung der Straßen soll durch einen Unternehmer erfolgen und ist zu diesem Zwecke auszuschreiben. — Der im Vorjahre beschlossene Rückkauf eines Wielengrundstückes ist bisher nicht vorgenommen worden. Eine Anregung zur nunmehrigen Regelung ergab eine Aussprache, in welcher festgestellt wird, daß die damals vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig sind. Dementsprechend wurde der Rückkauf jetzt abgelehnt. — Einstimmig wird der Beitritt der Gemeinde zum Landespenionsverband sächsischer Gemeinden beschlossen. Damit ist einer schon vor Jahren angeregten und besprochenen Beitrittserklärung Rechnung getragen worden. Bekannte Mühlen mahlen langsam.

Marxstadt. Jugendweihe. Am kommenden Sonntag findet im Festsaale des hiesigen Volkshauses die Jugendweihe statt. Die Knaben und Mädchen versammeln sich von 9 Uhr an in der Aula der neuen Schule. Auch die Eltern werden gebeten, sich dort einzufinden. (Für sie werden die Plätze im Saale freigehalten!) 9,50 Uhr geht es im feierlichen Zuge nach dem Volkshaus, wo um

10 Uhr die Feier beginnt. — Aus Anlaß der Jugendweihe ist 10 Uhr in demselben Raume eine große Abendfeier. Allen Freunden der Jugend und des Fortschritts wird der Besuch beider Veranstaltungen dringend empfohlen.

Großsch. Ab 25. März 1928 wird die Chausseelinie Großsch-Zwenkau-Leipzig nicht mehr über Schnaudertrebnitz fahren, weil der Zustand der Straße für einen Omnibusverkehr ungeeignet ist. Der Omnibus wird deshalb die Staatsstraße nach Audigast benutzen und an der Straßenkreuzung vor Pegau halten. Danach können in Zukunft auch Pegauer die Linie benutzen. Außerdem wird der Omnibus in sämtlichen Ortschaften nach Zwenkau bei Bedarf halten, und zwar in Audigast am Feldschlösschen, Kohlschütz am Gasthof „Rüben am Gasthof“, Lohschütz am Gasthof und Zinnitz am Bergschlösschen. Eine Fahrplanänderung ist insoweit eingetreten, als der Frühwagen zukünftig (auch Sonntags) 8,35 Uhr Großsch verläßt, während der Nachmittagswagen nicht 18,20 Uhr, sondern bereits 18,10 Uhr, also 10 Minuten früher, hier abfährt. Im dem Fahrpreis ändert sich trotz der Umgehung nichts. Die Bedarfsstationen am Gasthof zum Kronprinz in Großsch fällt bis auf weiteres fort.

Eisenburg. Die Jugendweihe findet Sonntag, den 1. April, 9,30 Uhr, in der Stadthalle statt. Mitwirkende: Freier Sängerkorps und deutscher Musikerverband. Die Weiberode hält der Genosse Lehner Karl Vogel, Leipzig. Alle Freunde und Gönner sind zu dieser Veranstaltung hiermit eingeladen.

— Eine Mitgliederversammlung der SPD findet am Mittwoch, dem 20. April, 20 Uhr, im großen Saale der Stadthalle statt. Genosse Karl Le n z, Paris, spricht über: Frankreich und die französische Arbeiterkraft. Gäste sind willkommen.

Das Erdbeben in Norditalien

hat größere Verwüstungen angerichtet, als zuerst angenommen wurde. Die Erdstöße in Friaul dauerten mehr als 10 Sekunden und hatten den Einsturz zahlreicher Häuser zur Folge. Außer 12 Getöteten sind über 50 Schwerverletzte festgestellt worden. Die Bevölkerung von Triaul brachte die Nacht zum Mittwoch im Freien zu, da man mit Wiederholungen des Bebens rechnete. Auch im Arginostal sind mehrere Personen durch Einstürze schwer verletzt worden. Das Zentrum des Bebens, das auch in Prag und Wien deutlich verspürt wurde, befand sich in der Gegend nördlich von Udine am Abhange der Karnischen Alpen. In Cavazzo Carnico sind drei Personen getötet und elf verletzt worden; 12 Häuser stürzten ein, die übrigen sind unbewohnbar geworden. Die Landstraßen weisen große Risse auf. In San Florino zählt man zwei Tote und mehrere Verletzte, in Chiavis zwei Tote, in Busea drei Tote. In Tolmeina ist fast ein Drittel aller Häuser so schwer beschädigt worden, daß sie geräumt werden mußten. Auch das Krankenhaus von Tolmeina mußte von den Insassen verlassen werden, da es Risse bekommen hatte. Der Turm des Domes von Tolmeina droht zusammenzubrechen.

Rundfunkprogramm Leipzig

Freitag, den 30. März.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorhersage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmitteilungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vor-M.G., Berlin.
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 14,30—15,00 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Kinderstunde: Kinderlieder, Leitung: Gertrud von Eyseren.
- 15,00—15,30 Uhr: Proben aus den Neuerwerbungen auf dem Musikmarkt.
- 16,30—18,00 Uhr: Operettenmelodien (Von 17,00—18,00 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandender.) Das Leipziger Rundfunk-Orchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 18,05—18,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerwerbungen auf dem Bildmarkt.
- 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentrat Friedel und Viktor Mann: Englisch für Fortgeschrittene.
- 19,00—19,30 Uhr: Dr. Richard Riedel: „Der Maler van Gogh.“ (Zum Gedächtnis seines 75. Geburtstages.)
- 19,30—20,00 Uhr: Vortragsreihe: „Das Wesen der deutschen Musik.“ Dr. Alfred Heuß: „Die Durchdringung des Ecclesiastischen mit dem Musikalischen.“
- 20,00 Uhr: Wettervorhersage, Schneeberichte und Zeitangabe. Zugleich Uebertragung auf den Deutschlandender.)
- 20,15 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Dr. F. K. Duxle.
- 21,15 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Schendrei. Solistin: Irma Grippain (Klavier). Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Satz: Chopin: Nocturne für Orchester (Op. 15). 2. S. Cia-pounow: Rhapsodie über ukrainische Themen für Klavier und Orchester (Op. 28). Irma Grippain. 3. Bernhard Selles: Serenade für kleines Orchester (Op. 14). I. Thema mit Variationen. — II. Scherzino. — III. Divertimento in Fugenform. — IV. Intermezzo. — V. Finale.
- 22,15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15—24,00 Uhr: Tanzmusik. Feiner-Freudenberg-Orchester.

Versammlungskalender

Donnerstag, 29. März 1928.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz, Vertreterversammlung, Volkshaus, 19 Uhr.

Freitag, 30. März 1928

Vaugenossenschaft L.-Lindenau, Hauptversammlung, Deutsches Haus, Lindenau, 19,30 Uhr.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Funktionäre, Volkshaus, 19 Uhr.

Band sog. Freidenker, Neue Feuerbestattungsgasse organ. Freidenker, Volkshaus, 19,30 Uhr, Funktionärversammlung.

Zur
Konfirmation u. Jugendweihe
passende Geschenke in
**Kemski Nachf. Uhren
Leipzig u. Goldwaren**
Nürnberger Straße 6 Zahlungerleichterungen!

Wir eröffnen
am Freitag, dem 30. März 1928,
in dem neubauten Häuser-Block
Zschochersche Str. 93

eine neue Verkaufsstelle
Butterhandlung
Zu den drei Glocken
G. m. b. H., Leipzig

Verkaufsstellen:

- Leipzig, Bayerische Str. 40
- L.-Lindenau, Lützner Str. 186
- L.-Lindenau, Mersaburger Str. 31
- L.-Plagwitz, Zschochersche Str. 71
- L.-Plagwitz, Zschochersche Str. 32
- L.-Schleußig, Könnertstr. 61
- L.-Schleußig, Könnertstr. 24
- L.-Leutzsch, Friedrich-Ebert-Str. 68
- L.-Kleinzschocher, Diekaustr. 36
- L.-Kleinzschocher, Zschochersche St. 93
- L.-Großzschocher, Hauptstr. 61

Am Eröffnungstage erhält jeder in der neuen Verkaufsstelle beim Einkauf von Mark 2.— einen Luftballon gratis!

Sie sparen alle Zutaten

Sie schonen Ihre Wäsche

Suma schaff

Ihnen doppelt so viel waschkräftige Saube!

SUMA hilft Ihnen sparen-

es gibt keinen wahren Satz als diesen! Betrachten Sie die Bilder und hören Sie folgende Tatsachen:
Sie brauchen für einen gewöhnlichen Waschkessel (Inhalt 40 Liter = 4 Eimer Wasser) nur ein Paket Suma. Kein anderes Waschmittel reicht so weit.
Sie brauchen auch keinerlei Zutaten - vor allem nicht künstliche Bleichmittel! Suma wäscht allein. Es enthält beste Seife in überaus reichlichem Maße, und zufolge seiner Eigenart bildet es im Kessel Millionen Bläschen, die den Schmutz lockern, absaugen und emportragen - allen Schmutz!
Suma schonet die Wäsche in bisher unbekanntem Maße: jedes Fädchen bleibt unversehrt. Suma schützt Sie daher gegen vorzeitige Wäschezerstörung.
Suma hilft Ihnen also tatsächlich sparen!
Preis nur 50 Pfennig.

SUNLICHT GES. MANNHEIM

Vertrag zwischen England und Transjordanien Die Lage im Irak

Im London, 27. März.

Die englische Regierung veröffentlicht in einem Weißbuch den Text eines am 20. Februar in Jerusalem zwischen England und Transjordanien unterzeichneten Vertrages...

Wie aus Basra berichtet wird, ist mit weiteren ernsthaften Übergriffen der Wahabis vor dem Eintritt der kalten Jahreszeit nicht mehr zu rechnen...

Kampf um das Getreidemonopol

SWD In der Schweiz ist der Kampf um das Getreidemonopol aufs neue entbrannt. Das Land führte bei Kriegsbeginn ein sozialdemokratisches Antragsentscheidungsmonopol ein...

Jetzt hat der Bundesrat dem Nationalrat ein Gesetz zugestimmt, das die Getreideversorgung nach dem 30. Juni 1929 — nach der Volksabstimmung vom Dezember 1926 — regeln soll...

Ermächtigung der Regierung, Getreidebörse festzusetzen, das Brot verteuert wird. Vor der Einführung des Getreidemonopols machte der Ring der Getreideimporteure in der Schweiz — das Land importiert zwei Drittel seines Getreidebedarfs — kolossale Gewinne...

Ein „Friedensministerium“ in Kanada?

Im London, 28. März.

Wie aus Ottawa berichtet wird, beschäftigt sich das kanadische Parlament gestern mit einer Entscheidung für die Errichtung eines Friedensministeriums...

Spiel, Sport, Körperpflege

Der Medizinball als Volksgerät

„Der sechs Pfund schwere Ball“, bemerkt R. B. J. H. R. in seinem Vorwort zum „Medizinball“ (Arbeiterturnverlag, Leipzig)...

Aus diesen Gründen ist der Ball für die Jugend unentbehrlich. Er hat durch seine Schwere die Eigenschaft, die Muskeln zum Wachstum anzuregen...

Bei der Körperausbildung haben wir vor allen Dingen auf eine gute Durchbildung der Rumpfmuskeln Wert zu legen. Im Kampf spielen die lebenswichtigen Organe, die durch starke Muskelposten geschützt sind...

Durch das Fangen, Werfen, Tragen und Stoßen des Balles bekommen die Muskeln eine Schnellkraft, die für alle leichtathletischen und spielerischen Übungen von großer Wichtigkeit sind...

Hier bietet die Arbeit mit dem Medizinball die beste Gelegenheit, neben der Freiluftgymnastik, die nicht zu rhythmisch sein darf, dem Körper die notwendige Standfestigkeit, Kraft und Geschwindigkeit zu geben.

Auch für unsere Altersturner und Frauenabteilungen gibt es kaum ein besseres Spielgerät in gymnastischer Form, wie der Medizinball.

Anball. Die Zeitnahme und Kennzeichnung im Alter wird bestimmt vermindert, wenn statt mit Hoffmannsportkleidung mit dem Ball gearbeitet wird.

Auch unsere Kinder tragen, rollen und spielen gern den großen Ball, so daß mit Recht behauptet werden kann:

Der Medizinball ist ein Volksgerät zur körperlichen Ausbildung aller Sportler, aller Geschlechter und aller Altersklassen.

Internationale Ringkämpfe

Mitte März veranstaltete der finnische Arbeiter-Sportverein „Jyry“ im Zentralen Arbeiterheim in Helsinki internationale Ringkämpfe, an denen sich 70 Kämpfer beteiligten...

Der inoffizielle Landbund

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden beschloß kürzlich auf sozialdemokratischem Antrag, die Position für Sports- und Volkshilfspflege auf 25.000 RM. zu erhöhen...

Turnspiele.

Schlesien am 1. April 1928.

- Wettbewerbsliste mit Namen, Orten und Ergebnissen von Turnspielen in Schlesien am 1. April 1928.

Leben und Sterben von Sacco und Vanzetti

Von Eugen Lyons.

Deutsche Zeitungrechte: Ernst Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 8.

Schuldig!

Thayers Richterlich war mit Blumen beladen, als er den Geschworenen seine Instruktionen erteilte. Seine Anhänger hatten ihm für die Art seiner Prozeßführung ihre Anerkennung ausgesprochen...

Wieses Bemerkenswertes geschah, was nicht in den Akten zu lesen ist. Es gab feindsich triumphierende Blicke, höhnischelnde Lippen, heimliche Unterredungen, die nicht protokolliert wurden...

Die Blumenpenden waren ebenso eine Demonstration in diesem Prozeß, wie die patriotische Huldigung vor dem Sternbanner am Eröffnungstage...

Dann folgte die Verlesung der Anklage an die Geschworenen. Professor Frankfurter sagt über diese Anklage: „Die Darlegung der Anklage des Richters Thayer appelliert ausgesprochen an das Gefühl...“

„Die Darlegung der Anklage des Richters Thayer appelliert ausgesprochen an das Gefühl. Was ist der Leitsatz? Die Anklage ist vierundzwanzig Seiten lang; vierzehn davon sind mit juristischen Gemeinplätzen und moralischen Ermahnungen ausgefüllt...“

In diesem Falle lag das Schwergewicht in den Identifizierungen. Die widerspruchsvollen Identifizierungsaussagen werden in zwei von den vierundzwanzig Seiten abgetan...

Dreizehntes Kapitel. Folterung durch Hoffnung.

Die Arbeiterschaft protestiert gegen das Urteil. „Sono innocente!“ Aus dem eisernen Käfig rief es Sacco in den Gerichtssaal von Dedham.

„Sie iden unschuldige Menschen!“ sagte ruhig Vanzetti. Bewaffnete Wachen führten beide ab. Wieder gingen sie unter den uraltan Urmen in das Gefängnis zurück...

Die Lokalpresse jubelte über das Urteil. „Die Gerechtigkeit nimmt ihren Lauf“, erklärte wohnigglücklich die Bostoner Presse. „Die Gerechtigkeit wird sich von ihrem Kurs durch die Schreie der Rabulanten nicht ablenken lassen...“

* Felix Frankfurter: „The Case of Sacco and Vanzetti“, Boston, 1927.

Leukoplast spart Geld!

Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.) Achten Sie auf den Namen Leukoplast, da Nachahmungen im Handel sind. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften in Rollen von 30 Pf. an.



Leukoplast ist immer gut. Wenn man sich verwunden tut. Aber nicht nur zu Verbänden. Kann man Leukoplast verwenden: Pappe, Porzellan und Glas, Alles, Alles kittet das. Anteschlössen, Bilderrahmen, Schachteln, Schirme, Puppentheater, Gummischläuche, Badskappen, Regenmäntel, Aktenmappen, Noten, Bilder, Thermometer, Goethes Faust und Struwwelpeter, Alles klebt das LEUKOPLAST. Sorg, daß Du's im Hause hast!

Der Schrank

Von S. Holm.

Peterjen war „Antiquitätenhändler“ und wohnte auf Besterbro.

Nun trachtete er danach, irgendeinen „Feinschmecker“ zu finden.

Diesen Herrn suchte Peterjen eines schönen Tages auf.

Herr Holm, der gerade damit beschäftigt war, die Zeitung zu lesen.

„Ja, billig ist er gerade nicht. Eigentlich muß ich fünfzehnhundert Kronen dafür verlangen.“

„Fünfzehn... sind Sie des Teufels, Mann, keine Rede davon — einfach ausgeschlossen.“

Eines Tages stand in Herrn Holms Magenblatt folgende Anzeige:

Für Ausländer wird ein antikes Möbelstück zu kaufen gesucht.

„Ihre Angebot angenommen, komme morgen, um mit dem Schrank anzusehen.“

„Ja —, schmunzelte der Antiquitätenhändler, hat der Herr Großfitt sich die Sache überlegt?“

„Nein, nein, danke — das hat Zeit, bis ich nach Hause komme.“

„Denke — fünfzehnhundert Kronen!“

„Ja wohl, aber ich verkaufe ja nur gegen bar, wie Sie sehen, Herr Holm.“

Er zeigte auf ein Plakat, das er aufgehängt hatte, für den Fall, daß...

„Was? Ja — haben Sie denn kein Vertrauen zu mir?“

Peterjen war freundlich, aber unerbittlich: „Die Waren werden bei mir bei Ablieferung bezahlt.“

Das war nun mal sein Prinzip.

Er erhielt einen Scheck über 1500 Kronen und der Herr Großfitt bekam den Schrank.

Peterjen sah bald darauf mit einem Freunde in einem kleinen, abseits gelegenen Café.

„Ich gab 200 Kronen für den Schrank, 100 Kronen, um ihn antifizieren zu lassen.“

Das Herzstückchen war nur etwa ein Zehntel Milligramm schwer.

Das wunderbarste ist, daß sich die Zellen genau so erhalten haben.

Wie am ersten Tag, so daß es dem erfahrensten Fachmann nicht möglich ist.

Die Zellen sind noch immer so lebensfröh wie vor 16 Jahren.

Das wunderbarste ist, daß sich die Zellen genau so erhalten haben.

Stoffe schon durch künstlich hergestellte erzeugen können.

Der Fortschritt ist schon ungeheuer groß.

Alleerdings ist der Mensch dazu erforderlich.

„Es ist doch gut, daß der Mensch die Unsterblichkeit des Huhns noch in Händen hat!“

Honeggers Judith

Das Ganze: eine positive Sache, und neben Rodalns Walm und des namlchen Honeggers „König David“.

Gebaut ist das dramatische Oratorium nach dem Rezept des erfolgreichen „König David“.

Der Riedelverein, der vorher drei prächtige Volk-Chöre vorzüglich zum Klängen brachte.

Wenn Honegger in seiner Weltanschauung so zu fassen wäre.

Kleine Chronik

Pioniere in Ingolstadt. (Uraufführung in der Dresden-er „Komödie“).

Die Aufführung (Spielleiter Mordó) wurde dem Stück gerecht.

Nirjam Lehmann-Haupt vom Leipziger Stadttheater wurde von Max Reinhardt für die nächste Spielzeit an das Theater in der Hofstraße in Wien verpflichtet.

Die Zensur in Venedig. (Uraufführung in der Dresden-er „Komödie“).

Die Zensur in Venedig. (Uraufführung in der Dresden-er „Komödie“).

Die Zensur in Venedig. (Uraufführung in der Dresden-er „Komödie“).

Die Zensur in Venedig. (Uraufführung in der Dresden-er „Komödie“).

Die Zensur in Venedig. (Uraufführung in der Dresden-er „Komödie“).

Carlens in Leningrad und Moskau feiern begangen.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Von dem allerunglücklichsten Plan für eine Ibsenfeier im Städtischen Schauspiel hatte man sich zu dem historisch richtigsten durchgefunden.

Wenn man sich dieses bitter-süßlichen Lustspiels erinnert, dann kommt einem geradezu der Gedanke.

Was aber den gar nicht heiteren Ibsen und seine „Gespenster“ betrifft.

An und für sich aber ist dieses Stück, das die Segualität des Bürgers aus dem Aktoven in das Licht des ärztlichen Konfliktationszimmers verweist.

Es ist das Schicksal aller nicht vorwiegend schönen, sondern vorwiegend interessanten Dichtungen.

Wenn die „Gespenster“ in solchem Sinne wirken sollen, und nur in diesem Sinne können sie es noch.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.

Die Carlens ist eigentlich für solche würdigen und gefühlvollen älteren Damenrollen noch nicht bestimmt.



Die neue Kinderheilstätte Adorf Ein Erfolg sozialistischer Gemeindepolitik

Oben im Vogtlande, wo fast ein volles hundert Ortsnamen auf grün enden, hat die Stadt Leipzig eine neue Heilstätte errichten lassen, eine Heilstätte für lungenkranke Kinder. Drei Kilometer von dem industriell sehr regen, in seinem ältesten Teile aber etwas verträumten Städtchen Adorf mit gepflegten Goetheerinnerungen ist sie errichtet worden, angegliedert der bereits seit 1906 bestehenden Leipziger Lungenheilstätte für Erwachsene. In 500 Meter Meereshöhe, mit Wald- und Bergschuß nach Westen, Norden und Osten, breitet sie sich an sonnenbeschienenem Hang, einen weiten Blick gewährend nach Süden bis ins Böhmerland hinein. Grün überall, wohin der Blick sich wendet,



Der Spielsaal mit den lustigen Figuren-Lampen an den Wänden und der Filmzielschildung.

und köstlich die Luft der stundenweiten Fichtenwälder, die dieser jene Würze geben, die so heilsam für den armen Lungenkranken ist — so heilsam auch den Kindern sein wird, die da oben Genesung finden sollen.

Der neue Bau, den wir in unsern Bildern zeigen, repräsentiert sowohl in seinem Äußeren, wie in seinem Innern den letzten Fortschritt der Hygiene. Die Schlafräume haben sozusagen überhaupt keine Wände, nur riesige Fenster, so daß es in ihnen wohl kaum einen Schattenwinkel geben dürfte. Sie stehen dazu alle in unmittelbarer Verbindung mit der sonnigen Terrasse, auf die geradeswegs die Betten mit den Kleinen geschoben werden können. Auf dieser aber sind noch Vorkehrungen, die es ermöglichen, den Kindern auch die würzige Luft der linden Sommernächte zu ihrem Vorteil teilhaft werden zu lassen. Und wie in den Schlafräumen, so überall: Licht, Bergluft, Sonne! — Und das alles in so ausgiebiger Weise, daß keines der 60 Kinder, die die Heilstätte aufnehmen vermag, zu kurz kommen könnte.

Die Heilstätte ist in allen ihren Teilen auf das Kind eingestellt. Es soll, wie der Arzt mit erfreulicher pädagogischer Einsicht bemerkte, nicht nur eine Heilstätte, sondern auch ein Heim sein, ein richtiges Kinderheim, in dem sich die Kinderpatienten

wohl fühlen können. So sind die Wände und Türen mit allerhand lustigen Malereien versehen, unter denen wir freilich auch einige bemerkt zu haben glauben, die für Kinder höchst ungeeignet sind. So sind ferner in den Aufenthaltsräumen die Lampen mit lustigen Figuren verziert und ein Pfeiler an der Treppe mit Holzschnitzereien aus der allerdings auch rückwärts gewandten Märchenwelt. Im übrigen ist alles, was mit den Kindern unmittelbar in Berührung kommt, recht farbenfreudig gehalten. So gar die Kleidung, die nicht die übliche uniforme Anstaltskleidung ist, sondern eine bunte Mischelart von Röschchen und Hosen und Mähen, die dem Kinde seine Individualität lassen. Dann ist neben der körperlichen auch für die geistige Nahrung des Kindes gesorgt. In einem mit modernen Möbeln ausgestatteten Schulzimmer wird den Kindern, soweit sie dafür in Betracht kommen, Unterricht von einem Lehrer aus Adorf erteilt. In welcher Weise, war bei Besichtigung des übrigens nicht ganz fertigen Baues nicht zu erfahren. Wir nehmen aber an, daß der Rat hier nicht versucht, auf Umwegen eine rückwärts gewandte Beeinflussung der Kinder zu betreiben. Das gleiche erwarten wir von den Kinovorführungen, für die in dem kleinen Saal eine besondere Apparatur eingebaut ist.

Daß alle modernen hygienischen Einrichtungen verwendet worden sind, erwähnten wir schon. So hat die Kinderheilstätte ausgezeichnete Bäder und dazu ein Planschbecken im Hause für den Winter und ein solches im Freien für den Sommer, hat Operationsaal und Röntgenraum, hat Höhen- und Isolierstation, so daß nach unserm Ermessen alles geschieht, die Heilstätte in dieser Beziehung zu einer modernen zu gestalten.

Der Anstalt steht vor ein Arzt, dem an Personal eine Oberärztin und 10 Schwestern beigegeben sind. Die wirtschaftliche Leitung liegt in den Händen des bewährten Oberinspektors Loos, der auch die Verwaltung des zur Anstalt gehörigen Gutes hat. Ihm zur Seite stehen in der Anstalt selbst 10 Hausmädchen.

Aus den Aufnahmestimmungen wäre zu erwähnen, daß Aufnahme finden Knaben und Mädchen im Alter von 3 bis 14 Jahren, die an Tuberkulose vorzugsweise der Drüsen, Bronchialdrüsen und Lungen leiden, aber auch Kinder, die besonders der Gefahr ausgelegt sind, tuberkulös angesteckt zu werden, dazu unterernährte Kinder aus der Umgebung offen Tuberkulöser; weiter Kinder mit leichteren Knochengelenkerkrankungen, die nicht doc-



Das Schulzimmer hat die hohe Aktenregale verstellbare Stühle und Unterrichtstische.

fachorthopädischen Behandlung bedürfen, sowie Kinder mit sämtlichen Formen der Bauchtuberkulose. Aufnahmegebende sind an den Rat der Stadt Leipzig — Krankenhausamt, Neues Rathaus, Hauptgeschloß, Zimmer 341 — zu richten. In allen nicht ganz zweifelhaften Fällen findet eine Voruntersuchung im Kinderkrankenhaus der Stadt Leipzig statt. Kinder, die zur Untersuchung oder Aufnahme gebracht werden, dürfen nicht an Masern, Keuchhusten, Scharlach, Diphtherie, Ruhr, Typhus oder sonst an einer ansteckenden oder ekelerregenden Krankheit leiden oder aus einer Familie kommen, in der eine dieser Krankheiten während der letzten sechs Wochen vor der Antragstellung eingetreten ist. Bei Aufnahme müssen die Kinder frei von Angezieler sein. Der Verpflegungsbetrag bis auf weiteres für Einheimische 4 M., für Auswärtige 5 M. für den Tag. Für den Verpflegungsbetrag werden gewährt: Wohnung, Leibwäsche, Kleidung, Verpflegung, Aufsicht, Unterricht, Pflege und ärztliche Behandlung.

Die neue Anstalt, die der Betämpfung der furchtbaren Proletarierkrankheit Tuberkulose dienen soll, ist ein weiteres erstes Zeugnis für die energische und fruchtbar sozialpolitische Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, deren ununterbrochenes Drängen den Rat veranlaßte, diesen Bau in Angriff zu nehmen. Die bevorstehende Reichstagswahl möge die Arbeiterkammern veranlassen, so zu wählen, daß die Sozialdemokratie imstande ist, von Reichs wegen größere Mittel für derartige sozialpolitische Zwecke frei zu machen. Dabei wir nicht unterlassen wollen, daran zu erinnern, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages es ablehnte, auch nur 5 Millionen Mark für Kindererziehungen auszuwerfen, dafür aber mit Freuden bereit war, einen Reichswehretat von rund 700 Millionen zu bewilligen. Was da beweist, daß eben allein die Sozialdemokratie die Trägerin des sozialpolitischen Fortschritts ist! —



Im Waschraum hat jedes sein Waschbecken mit warmem und kaltem Wasser.

Tragödie einer Ehe

SPD Berlin, 28. März.

Das siebenjährige Martrium einer Ehe wurde am Mittwoch vor dem Potsdamer Schwurgericht aufgerollt. Angeklagt ist die Hausgarniererin Frieda Schmidt, die beschuldigt wird, in der Nacht zum 9. November 1927 ihren Ehemann, den Giebereiarbeiter Emil Schmidt aus Lützenwalde, vorsätzlich und mit Liebesgung getötet zu haben. Die Frau ist durch ein Filmstück zur Ermordung ihres Mannes mit veranlaßt worden.

Die Angeklagte heiratete im April 1920, ohne zu wissen, daß ihr Mann ein notorischer Säufzer war. Jahrelang wurde sie von ihrem ständig betrunkenen Mann, der Geld und Wirtschaft verbrant, brutal mißhandelt. Eines Tages führte eine Freundin die Angeklagte in eine Kinovorstellung. Der Inhalt des Stückes zeigte die Schrecknisse einer Ehe: der Ehemann verbrant Haus und Hof und wurde schließlich von seiner Frau ermordet. Seit diesem Kinobesuch war die Angeklagte wie umgewandelt. Sie hatte nur den einen Gedanken, so, wie im Film, müßte auch ihr Peiniger enden. Als eines Tages der Ermordete wieder total betrunken nach Hause kam, sich in eine Ecke warf, um sofort einzuschlafen, riß der Frau die Geduld, zumal sie erfahren hatte, daß ihr Mann ihr 12 Mark entwendet hatte, für die sie sich ein Paar Lederschuhe kaufen wollte. Die Frau schlich leise in das Zimmer, in dem ihr Mann schlief, drehte den Gashahn auf und fuhr dann nach Berlin.

Zu der Verhandlung sind 36 Zeugen und 5 medizinische Sachverständige geladen. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.



Sachlichkeit

wird dem Deutschen nachgerühmt!

Unsächlich ist eine Cigaretten-Luxuspäckung, deren hohe Kosten bei der Qualität des Tabaks eingespart werden müssen.

Sachlich ist höchste Steigerung der Qualität der Cigaretten unter Verzicht auf jeden Packungsluxus.

Falls Sie dieser Ansicht sind, so prüfen Sie unsere neue Marke

Rekord 6 Pfg.

Sie ist hergestellt unter der Parole:

ALLES FÜR DENTABAK

A
B
C

NICHTS FÜR DEN AUSSTATTUNGSLUXUS

JOE LOE

A. BATSCHARI CIGARETTENFABRIKA G.

Für Feinschmecker



Anerkannt beste Tafelbutter
in den meisten einschl. auch durch Plakate kenntlichen Lebensmittelgeschäften stets frisch zu haben
Auf Anfrage weise Verkaufsstellen nach

Leser der Volkszeitung
berücksichtigt unsere Inserenten!

Konfirmation Schulianfang

vergeßt nicht
den Weg zum
Photographen

Wein

Hochf. echte Liköre, Fl. 3,00 u. 3,50
Deutscher Weinbrand, Fl. v. 3,00 an
Dt. Weinbr.-Verschn. Fl. 2,25 u. 2,75

Weißweine, Fl. 1,10, Ltr. v. 1,40 an
Rotweine, Fl. v. 1,00, Ltr. v. 1,10 an
Tarragona, Fl. v. 1,10, Ltr. v. 1,40 an
Malaga, Fl. v. 1,25, Ltr. v. 1,80 an
Samos Musc. Fl. v. 1,25, Ltr. v. 1,80 an
Portw. v. 2,50 an, Madeira, Sherry,
Wermut v. 1,25, Sekt v. 4,00 an
Obstw. v. 0,50, Obstschäumw. 1,80 an

A. Friese
Kellerei Hof, Tel. 26387, Kein Laden

Teilzahlung



**Fahrräder
Käfigmaschinen
Sprechapparate
Schallplatten
Wringmaschinen
Reparaturen**

Fabriklager

Leipzig C 1, Königstr. 16

Bundesgeschäft des A.-R.-B. Solidarität
Konkurrenzlos in Preis und Qualität.

Tel. 17514

8tung Beachten Sie Nürnberger Str.
unsere neuen
Ausstellungsräume 27

Stellenangebote

Zurichter

werden sofort eingestellt
Adolf Bekold
Lübner Straße, am Kanal

Formertechniker

stellt ein
Metalgießerei Selbig & Co.
Leipzig-Blaswitz, Marktstraße 14

Gesucht wird zum 1. Mai ein Hausmädchen

(nicht unter 18 Jahren) solides Leben.
Angebote erbeten **Hotel Europäischer Hof** in
Hilfenburg i. Tb. (Bel. Wilh. Thierfelder)

Aufw. d. a. wäscht ges.
Czermakgasse 9, II. l.

Verkäufe

Von Herrschaften
wenig getragene
Herr- u. Damen-
Garderobe
Maßarbeit *
sow. neuwertiger,
zu sehr bill. Preis.
Frack-, Gehrock- u.
Smoking-Anzüge
u. bill. vertrieben
Friedmann
Ranstädter Stein-
weg 13, I.
Ein- u. Berl.-Geld.

Von Herrschaften
wenig getragene
Herr- u. Damen-
Garderobe
Maßarbeit *
sow. neuwertiger,
zu sehr bill. Preis.
Frack-, Gehrock- u.
Smoking-Anzüge
u. bill. vertrieben
Friedmann
Ranstädter Stein-
weg 13, I.
Ein- u. Berl.-Geld.

Auf Kredit
Schlafzimmer
Rüchen
mit 5 Mark Abzahlung
Hilf- u. Werk- u. Haus
Hans Hoffmann
Schnitzgasse 10, I. Etage

Schlafzimmer 550 Mk.
Speisezimmer 550 Mk.
Küchenmöbel 200 Mk.
Sofa 100, Stuhlsetz. 39
Betten, Stühle vertil.
Kost
Turnerstr. 7, I., 5. Etg.

DAMEN- Mäntel — Kostüme Kleider

HERREN- Anzüge — Mäntel Sportkleidung

auf Teilzahlung!
Beamte ohne Anzahlung

BRECHER

Richard-Wagner-Str. 12
3. Stock (Fahrstuhl)
3 Mk. erhält Vorzeiger dieses
bei Kauf gutgeschrieben

Dauerwurst

besonders hart, hergestellt aus erstklassigem Fleisch eigener Schlachtung.

Knackwurst Pfd. 2,20
Salamiwurst Pfd. 2,50
Zerbellaufwurst Pfd. 2,50

Frischfleisch

aus eigenen Schlachtungen in nur guter Qualität.

Schweinefleisch

Bauch, ohne Beilage Pfd. 0,90
Keule Pfd. 1,00
Schulter Pfd. 1,00
Rotelett, kurz gehackt, mager gehalten Pfd. 1,30
Leber Pfd. 1,50
Schnitzel Pfd. 1,50
Prima Schweinefleisch Pfd. 0,50

Rindfleisch

Suppenfleisch (Bauch, Flanke, Quersippe) Pfd. 1,10
Bratenfleisch, ohne Knochen Pfd. 1,40
Roaßfleisch, ohne Knochen Pfd. 1,50
Rouladen, ohne Beilage Pfd. 1,50
Leber Pfd. 1,50

Frisches Kalb- und Hammelfleisch

aus eigenen Schlachtungen in nur guter Qualität stets preiswert vorrätig.

Gefrierfleisch

sehr preiswert

Gefrier-Rindfleisch

Suppenfleisch Pfd. 0,50
Rouladen Pfd. 1,10
Bratenfleisch ohne Knochen Pfd. 1,00

Gefrier-Hammelfleisch

Bauch — Schulter Pfd. 0,80
Rücken Pfd. 0,80
Keule Pfd. 0,90

Thüringer Blutwurst 1/4 Pfd.	0,27
Hausmacher-Leberw. 1/4 Pfd.	0,27
Schüßelfülze 1/4 Pfd.	0,20

Delikateßfülle 1/4 Pfd. 0,30
Schmer, Fettes ohne Schwarte Pfd. 0,80
Talg, ausgelassen 1/4-Pfund-Päckchen 0,30

Konsumverein

Leipzig-Blaswitz und Umg. e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder



Edel-Buchrosen



das Edelste, was darin
erzittert, vom dunkelsten
Rot bis zum zartesten
Gelb, dicht gefüllt, schon
in diesem Jahr uner-
müdlich blühend. Büsche
1 Stück 45 Bfg., 10 St.
3,50 Mk., 25 St. 9 Mk.,
100 St. 34 Mk. Friedhofs-
rosen in Schneeweiß oder
leuchtendrot 1 St. 45 Bfg.,
10 St. 3,80 Mk., 25 St.
9 Mk. Hochstammrosen, gerade 1-1,40 m
hohe Stämme mit schönen vollen Kronen,
1 St. 2 Mk., 10 St. 18 Mk. Teuerrosen-
hochstämme 1 1/2-2 m hohe Stämme, deren
Zweige herabhängend, 1 St. 3,80 Mk.
Halbkugelige Rosenkränzenbüschchen mit
vollen Kronen, 40-70 cm hoch, 1 St.
1,40 Mk., 10 St. 12 Mk. Schling- oder
Kletterrosen 1 St. 60 Bfg., 5 St. 2,50 Mk.,
10 St. 4,50 Mk. Rosenkulturberatung
zur Erzielung von Prachtrosen füge ich
bei. Nachnahmevertrieb in guter Was-
serröhre. Bahnstation bitte angeben.
Katalog für Sämereien und Obstbäume,
die ich sehr preiswert liefere, gratis.
Biele Dankschreiben. **Versandkär-
tnerlei Hülse, Ratzeburg 151.**
Grüßer Rosenversand Deutschlands an Private.

Lederjacken

n. Chromappa f. Damen u. Herren, auch n. Maß,
in mod. Ausföhr., stets gr. Ausw., einh. Anstell.
Billige Preise: **Gold & Co., Münzpassage 9**

Spelezzimmer, Herrenzimmer

Schlafzimmer, Rüchen, noch wirklich
sehr billig. **Möbel-Müller,**
Grimmaischer Steinweg 10, I.

Diverses

Heraus mit Ihren Stoffen!

Wir fertigen Ihnen
für
29 Mk.
inklusive haltbarer
Futterzutaten,
Anzug od. Paletots
nach genommenem
Maß
aus mitgebrachten
Stoffen.
Verarbeitung II. 37 Mk.*
Tadelloser Sitz, neueste Modelle
Maßanfertigung Jakobstr. 6

Zur Anschaffung empfehlen wir:

EIN SPIEL VOM LEBEN

Den Jugendweihkindern
von Leipzig gewidmet von
GERHARD WAHNER

Preis 50 Pfennig
Das Aufführungsrecht wird
erworben durch Ankauf
von 10 Exemplaren

Alle Austräger und Filialen
der Volkszeitung nehmen
Bestellungen entgegen

**LEIPZIGER
BUCHDRUCKEREI A.-G.**
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21